

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 3 vom 21. Januar 1983

17. Jahrgang

1 DM

Angst?

Offensichtlich hat man sich verschätzt, in den Planungsstäben der CDU. Das Hamburger Wahlergebnis ist ihnen an die Nieren gegangen. Jetzt kommen die großen Kampagnen, den CDU-Kahlschlag doch als sozial darzustellen. Im ersten „CDU-extra“ für den Wahlkampf lauten die Schlagzeilen „Wir schützen den Mieter“ und „Die Renten sind sicher“. (Wobei man so tut, als wüßte niemand etwas davon, daß die groß propagierte Rentenerhöhung eine Verschiebung ist). Und die Ergänzungsgeldabgabe soll nun doch nicht zurückgezahlt werden, sozusagen um was für die „soziale Ausgewogenheit“ anbieten zu können. Die Siegeszuversicht, die vielgerühmte, das Kohlsche Strahlen, als er endlich den langersehnten Posten bekam, das alles ist heute schon weniger glänzend. 5 Monate Kohl — mehr als genug — schrieben wir im letzten „Roten Morgen“. Dabei bleiben wir.

Konkret

Konkret sah man die Wende bei „konkret“. Nahtlose Anknüpfung an Andenauer Methoden mit der kritischen Presse umzugehen. Vom Innenministerium abgesegnet, was keinen wundert. Hier sollen Signale gesetzt werden — zur Einschüchterung all jener, die hinter die Behauptungen dieser Regierung und ihres Propagandaapparates schauen. Daß man es dabei mit geltenden rechtlichen Bestimmungen nicht genau nimmt, die Betroffenen sogar vorsätzlich täuscht — das hat wohl mit jener Beschleunigung von juristischen Verfahren zu tun, die auf dem Rechtspolitischen Kongreß der Urheber dieser Aktion so laut gefordert wurde.

Alleingelassen

Letzte Meldungen vom Streik der dänischen Hafenarbeiter berichten von großen Straßenschlachten an der deutsch-dänischen Grenze. In Padborg kamen 400 Hafenarbeiter zusammen, um die Ein- und Ausfuhr von Gütern zu verhindern, die statt in dänischen über westdeutschen Häfen laufen sollen.

Gezwungen, auch die Auto-Grenzübergänge zu blockieren, sind die dänischen Hafenarbeiter, weil es den Unternehmern leicht gemacht wird, ihren Streik zu unterlaufen.

Die ÖTV verweigert ihre Solidarität aus vorgeschobenen, formalen Gründen. Die dänischen Hafenarbeiter aber haben recht: Boykott dänischer Schiffe und dänischen Frachtguts — auch in westdeutschen Häfen.

IGM-Vorstand gegen Forderungen der Basis

Verstaatlichung der Stahlindustrie — bei Arbeitsplatzgarantie!

Die Spekulationen darüber, was nun die von der neuen Regierung berufenen Stahlmoderatoren konkret vorschlagen werden, gehen hin und her. Tatsache ist, daß jeder von dieser Seite zu erwartende Vorschlag auf jeden Fall eines bedeuten wird: Der Plan für den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen. Im Dienste der Banken, die die westdeutsche Stahlindustrie beherrschen, sollen weitere „Überkapazitäten“ abgebaut werden. Das ist die Krisenpolitik des Kapitals in einer Branche, die immer tiefer in den Krisenstrudel gerät, wie der Vergleichsantrag von Korff gezeigt hat. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz muß die Antwort der Stahlarbeiter sein, und der einzig gangbare Weg zur Schaffung einer dafür nötigen Kampffront ist die Forderung nach Verstaatlichung.

Diese Forderung wurde von den Gewerkschaftsorganisationen der betroffenen Belegschaften in den vergangenen Wochen verstärkt erhoben. Insbesondere deutlich von der IG Metall in Dortmund und den Hoesch-Vertrauensleuten.

Wie soll man sich dazu verhalten? So, wie es offensichtlich der IGM-Vorstand tut, der sich gegen diese Forderung wendet und sie bestenfalls (geheuchelt) als „letzte Möglichkeit“ gelten lassen will? So wie verschiedene andere Kräfte, die aus dieser Kampffront ausscheren unter Hinweis darauf, daß auch bei staatlichen Betrieben entlassen werde? Beides heißt, der einzigen möglichen Kampffront der

Arbeiter in den Rücken zu fallen.

Nein, der einzige Weg der gangbar ist, ist die Frage der Verstaatlichung klar und deutlich zu stellen, mit Bedingungen zu verknüpfen, die unmöglich machen, eine Verstaatlichung als bloße Schau durchzuziehen. Und das heißt eben: Arbeitsplatzgarantie und Bankenverzicht. Denn: Ohne eine politisch erkämpfte Arbeitsplatzgarantie bleibt nicht nur die Verstaatlichung ein leeres Gebilde und durchaus fürs Kapital zu nutzen, sondern ohne dies gibt es auch keinen Weg zur Erhaltung der Arbeitsplätze.

Und ohne die Streichung der verschiedenen Ansprüche der

Banken würde das nur bedeuten, daß diese dann noch mehr Staatsgelder bekommen. Dies ist genau der Weg, den jetzt beispielsweise die nordrhein-westfälische Landesregierung der SPD einschlagen will, wenn sie von einer finanziellen Beteiligung des Landes an einer beibehaltenen „Ruhrstahl“-Lösung spricht: So bekommen die Banken noch mehr Steuergelder in die Tresore.

Arbeitsplatzgarantie und Forderungsverzicht der Banken sind unverzichtbare Bestandteile eines politischen Kampfes für die Verstaatlichung, wenn diese wirklich zum Nutzen der Stahlarbeiter geschehen soll! (Siehe auch Artikel auf Seite 3 „Das Ende der Stahlzeit“.)

Dänemark: Neue Polizeieinsätze gegen Streikende

Die Hafenarbeiter halten durch

Vier Wochen Streik gegen Lohnabbau

DÄNEMARK. — Auch vier Wochen nach Streikbeginn haben die dänischen Hafenarbeiter noch nicht aufgegeben. Seit dem 15. Dezember kämpfen sie gegen die staatlichen Maßnahmen des Sozialabbaus, die für sie vor allem eine enorme Kürzung des Arbeitsausfallgeldes bedeuten. In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ berichteten wir über die Anfänge und die Ziele dieses Streiks, der schon einem dänischen Arbeiter das Leben kostete. Jetzt liegen neue Meldungen über die Blockadeaktionen vor.

Schon einige Male hatten Polizeieinheiten und Streikbrecher versucht, in den bestreikten Häfen Schiffe zu löschen. Jetzt, wo

vor allem für die dänische Landwirtschaft eine Futtermittelknappheit auszubrechen droht, gehen Unternehmer immer öfter



Dänische Polizei gegen demonstrierende Hafenarbeiter. Aber die Kollegen haben nicht aufgegeben.

Zum Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932:

Die Legende von der faschistisch-kommunistischen Allianz.

Seite 12/13



Verhaftungen in Jena

Erneut sind in Jena drei Leute festgenommen worden. Sie waren an dem Versuch, am 24. Dezember eine öffentliche Schweigeminute für den Frieden abzuhalten, beteiligt. Bei den drei Festgenommenen wurden die Wohnungen durchsucht. Der Maler Frank Rub (31), der Liedermacher Peter Kähler (28) und der Autoschlosser Edgar Hillmann werden von den Staatssicherheitsbehörden als „aufässig“ bezeichnet.

Es wird vermutet, daß in Jena noch mehr Ermittlungsverfahren gegen Oppositionelle laufen.

Gegen das Sparprogramm der Regierung Generalstreik in Italien

Am Dienstag, den 18. Januar, findet in Italien ein Generalstreik gegen die Fanfani-Regierung und deren Sparpolitik statt. Dabei zeigt es sich so klassisch wie selten, daß die Gewerkschaftsführungen hier einfach dem Druck der Basis nachgeben mußten, und daß sie andererseits versuchen, diese Aktionen möglichst begrenzt zu halten.



Italienische Arbeiter fordern Kampfmaßnahmen

Die Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen italienischen, großen Gewerkschaften begannen mit den Kompromissen, die von den Gewerkschaftsführern in der Frage der „scala mobile“ des Inflationsausgleichs geschlossen wurden, die eine rund 10prozentige Kürzung dieser Skala bedeuteten.

Nun, da die neue Fanfani-Regierung der Christdemokratischen und der Sozialistischen

Partei ein Sparprogramm vorgelegt hat, das nach gewerkschaftlichen Berechnungen jeden Haushalt der Arbeiter mit durchschnittlich 100 Mark im Monat belastet, ist die Kampfbereitschaft der Arbeiter nochmals deutlich angestiegen.

In dieser Lage erscheint es fraglich, ob die Gewerkschaftsführer ihre Absichten durchsetzen können, den Generalstreik zeitlich und regional (auf die Industriezentren) zu beschränken.

Demonstrationen und Kundgebungen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis

FRANKFURT

29. Januar 1983

Demonstration und Kundgebung.

Stellplatz: F-Sachsenhausen, Brücken-/Textorstraße. Beginn: 11 Uhr. Kundgebung: Paulsplatz, 12.30 Uhr. — Kontakt: Roland Neuhaus, Rossertstraße 4, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/721883.

HAMBURG

29. Januar 1983

Demonstration und Kundgebung.

Beginn: 11 Uhr. Veranstalter: DGB Hamburg. Diese Demonstration wird unterstützt vom Aufruferkreis für eine Demonstration und Kundgebung zum 50. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler und der Hamburger Antifaschistischen Initiative. — Kontakt: Hamburger Antifaschistische Initiative, Simon-von-Utrecht-Str. 4d, 2000 Hamburg 4, Tel. 040/314254.

KÖLN

29. Januar 1983

Demonstration und Kundgebung.

Stellplatz: Friedrich-Ebert-Platz, Beginn: 11 Uhr. Kundgebung: Neumarkt, 12.30 Uhr. — Kontakt: Walter Kuchta, Euskirchener Str. 6, 5000 Köln, Tel. 0211/335020.

MÖSSINGEN/BADEN-WÜRTT.

29. Januar 1983

Kundgebung und Demonstration. Turnhalle Lichtensteinstr./Lange Str. Beginn: 15 Uhr. — Kontakt: Fritz Besnecker, Wagenburgstr. 26, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/465113.

MÜNCHEN

29. Januar 1983

Demonstration und Kundgebung.

Stellplatz: Geschwister-Scholl-Platz. Beginn: 11 Uhr. Kundgebung: Marienplatz, 12.15 Uhr. — Kontakt: Marion Lehmcke, Minveriusstr. 11, 8000 München 19, Tel. 089/531786.

Demonstration in Duisburg

Bereits am 22.1. findet in Duisburg eine antifaschistische Demonstration statt, zu der ein breites Aktionsbündnis aufgerufen hat. Abmarsch ist um 10 Uhr in Duisburg-Stadtmitte, Münzstraße vor Quelle.

Fortsetzung auf Seite 11

Wahlkampfaktionen

Herrn Zimmermann verging die Freude

(Leserbericht aus Leutkirch)

Leutkirch ist ein kleines Städtchen im Allgäu, das bei Wahlen im Schnitt 80 Prozent CDU-Stimmen aufweist. Also, kurz gesagt, eine Hochburg der CDU. Und diese CDU hielt gestern Abend in unserer Festhalle eine Wahlversammlung mit Innenminister Zimmermann (auch als Old Schwurhand oder Affären-Friedrich bekannt) ab. Besser gesagt: sie versuchte es. Doch gestern Abend geschah etwas, was es in Leutkirch bisher noch nicht gegeben hat.

Und zwar sammelten sich etwa 100 bis 150 — meist jugendliche — Bürger unserer Stadt vor der Halle und man ging gemeinsam hinein. Man teilte sich in drei Gruppen auf und bildete Blocks. Als nun Old Schwurhand auf die Bühne kam, um uns seine Wahlkampflügen zu erzählen, begann stürmischer — Applaus in der total überfüllten Halle. Auch wir fingen an zu klatschen und Affä-

ren-Friedrich und die restliche CDU-Prominenz waren hoch erfreut über diesen donnernden Applaus, vor allem über den Applaus der vielen Jugendlichen.

Aber diese Freude währte nicht lange, denn der Faschist Zimmermann wollte endlich mit seiner Rede beginnen, doch wir hörten mit unserem Beifall und unseren Bravo-Rufen nicht mehr auf. Jetzt wurde Zimmermann ernsthaft böse, drohte uns hinauszuerwerfen, aber die Jugendlichen überhörten diese Drohung, Beifall und Bravo-Rufe wurden lauter und lauter, so daß man Old Schwurhand nicht mehr hören konnte. Jetzt versuchte uns Zimmermann un-demokratisches Verhalten vorzuwerfen — ausgerechnet der Faschist Zimmermann wirft uns so etwas vor! Wo sein politischer Weg von Korruption, Meineid und sonstigen Sauereien gepflastert ist.

Als auch dieser Versuch scheiterte, rief er in den Saal, daß er im Krieg Soldat war, worauf er sehr stolz ist — und daß wir nicht auf eine Wahlversammlung sondern in eine Disco gehören. Worauf Beifall und Bravo-Rufe so laut wurden, daß er aufhörte zu sprechen.

Dann trat Raubritter von Waldburg-Zeil ans Mikrofon und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Weil es Herrn Zimmermann nicht zuzumuten sei, in einer solchen Atmosphäre zu reden. Für uns Jugendliche in Leutkirch war dies ein Riesenerfolg, denn mit solch einem Faschisten zu reden ist vergebene Zeit. Daß Old Schwurhand anschließend gefeiert hat, kann ich mir nicht vorstellen. Aber dafür wir — bis in die frühen Morgenstunden.

Mit heißesten Siegesgrüßen
Michael aus Leutkirch,
14. Januar

Angehörige der wegen oppositioneller kommunistischer Tätigkeit in der DDR Verhafteten und zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten, Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt, haben den nebenstehenden Appell an den Ministerrat der DDR initiiert.

Mittlerweile haben ihn weit über 250 Menschen unterschrieben, unter ihnen so Prominente, wie der frühere Regierende Bürgermeister von Westberlin, Heinrich Albertz, der Nobelpreisträger Heinrich Böll und viele andere Wissenschaftler, Literaten und Ärzte.

Wir möchten alle „Roter Morgen“-Leser aufrufen, ebenfalls die unten abgedruckte Solidaritätserklärung zu unterzeichnen und an die angegebene Adresse einzusenden.

Solidarität tut not.

Freiheit für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR.

APPELL AN DEN MINISTERRAT DER DDR

An den
Ministerrat der DDR

Dr. med. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31
2804 Lillienthal

Sehr geehrte Damen und Herren, im April, Juni und Juli dieses Jahres wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von amnesty international als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurde damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt

Ich/Wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

Name _____ Anschrift _____

Unterschrift _____

Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lillienthal

Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen

Was für ein „anderes System“?

Erste Bemerkungen zu einer Auseinandersetzung

Am vergangenen Wochenende tagte in Sindelfingen die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, um über deren Wirtschaftspolitik zu diskutieren und zu beschließen, was im November in Hagen nicht zustande gekommen war. Verlauf wie Ergebnis dieser Debatte sind mit Sicherheit so vielschichtig, wie es verschiedene politische Strömungen innerhalb der Grünen gibt, weshalb es not tut, sich gründlich politisch damit auseinanderzusetzen — was wir in den nächsten Wochen auch tun werden.

In der Tat gibt es zu der Vorlage für diese Konferenz und zur Diskussion darüber Verschiedenes zu sagen, Positives wie Negatives. Hier soll es zunächst einmal nur um eine Frage, die grundsätzliche nämlich gehen: für was für eine Gesellschaftsordnung treten die Grünen ein?

Denn jene Zeiten, da man von der „Ein-Punkt-Partei“ oder, positiver, von einer Bewegung, die sich eines sehr wichtigen Problems angenommen habe, sprach und sprechen konnte, die sind seit längerem vorbei. Erst recht aber nach dieser Konferenz mit ihrer Programmatik zur Wirtschaftsordnung.

Jetzt wurde ein Sofortprogramm verabschiedet, in dem es eine ganze Reihe diskussionswürdiger Punkte gibt. Entscheidend für die Beurteilung der grundsätzlichen Fragen sind die in der Präambel ausgeführten Perspektiven grüner Wirtschaftspolitik.

Und diese Perspektive ist ebenso eindeutig wie falsch und trotz aller Beteuerungen gegen die Arbeiter gerichtet: sie lautet

nämlich nach wie vor und wie früher schon oft herauszuarbeiten der war, Abschaffung der Großindustrie. Stahlbetriebe und Werften, Automobilfabriken, chemische, pharmazeutische und Verpackungsbetriebe, das sind für die Grünen allesamt Branchen, in denen Überkapazitäten und schädliche Produktionen langfristig abgebaut werden müßten. Das eben sind keine Fragen des Umweltschutzes, des Gesundheitsschutzes mehr, sondern grundlegende Fragen, die die Gesellschaftsordnung betreffen.

Abgesehen davon, daß dies weiterhin auch nicht nur eine grundsätzliche Stellungnahme ist, sondern auch in aktuelle Bewegungen, in den Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten, wie er sich gegenwärtig abspielt, eingreift — und dies keinesfalls zugunsten der Arbeiter, beinhaltet diese Perspektive aber ja noch mehr.

Sie beinhaltet auch — angeblich — die Abschaffung der Lohnarbeit. Und zwar nicht etwa durch die Einführung so-

zialistischer Verhältnisse sondern durch den Aufbau selbstverwalteter Betriebe. Das ist das einzige, was zu Eigentumsverhältnissen gesagt wird — wobei neben dieser Art auch das direkte Privateigentum bestehen bleiben soll — also die kapitalistische Konkurrenz beibehalten.

Da hilft es insgesamt auch nichts, wenn man sich dann doch für die 35-Stunden-Woche bei (teilweise) vollem Lohnausgleich (vom Personal ist nicht die Rede) ausspricht: die aufgezeigten Perspektiven haben den Arbeitern wahrhaft nichts Besseres als Kleinkapitalismus zu bieten, und in ihrer konkreten Auswirkung sind solche Thesen gegen den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze gerichtet — so wie man es beispielsweise schon aus Dortmund kannte, wo sich die Grünen frühzeitig gegen ein neues Stahlwerk, wie es die Hoesch-Arbeiter forderten, aussprachen.

Sicher: das ist, wie schon oben gesagt, nicht das einzige, was zu diesen ganzen Debatten zu sagen ist, und es ist auch bei weitem nicht alles so negativ zu beurteilen wie diese — keine Perspektive bietenden — Aussagen. Aber diese Haltung zu einer Zeit, da der Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen sich ausdehnt, ist ein grober Klotz. Und darauf paßt nun mal ein grober Keil.

Sprachrohre des Großkapitals tagten

Rechter rechtspolitischer Kongreß

Wie man Kapitalistenpläne rechtlich absichern will

In Karlsruhe fand am vergangenen Wochenende ein weiterer der zahlreichen Kongresse und Konferenzen statt, mit denen CDU und CSU die Bundestagswahlen vorbereiten wollen. Diesmal ging es um die Rechtspolitik. Dabei wurden eine offene Sprache wie selten zuvor gesprochen — nicht von allen Rednern, aber vor allen Dingen von der CSU. Es geht darum, wie man durch Gegenreformen in der Rechtsprechung die Pläne des Großkapitals gegen Protestbewegungen absichern kann.

Die deutlichste Rede hielt dabei der bayerische Staatssekretär Vorndran, der seinem Namen alle Ehre machte. Das Grundproblem, so Herr Vorndran, seien die politischen und rechtlichen Schwierigkeiten, Großvorhaben im Bereich Energie, Verkehr oder Abfallbeseitigung in angemessener Zeit durchzusetzen. Hier blühe der Egoismus und die gesellschaftsfeindliche Einstellung. Dadurch seien der „Allgemeinheit“ viele Nachteile entstanden.

Die Allgemeinheit, die Vorndran meint, sind natürlich die nicht besonders repräsentativen Kreise, die am AKW-Bau oder an der Startbahn West und ähnlichem verdienen wollen — und denen sind allerdings bestimmte Nachteile durch Protestbewegungen entstanden.

Dafür braucht man eine Änderung des Demonstrationsrechts: damit hat man mit den „Geldstrafen“ Lothar Späths schon begonnen, dafür braucht man aber auch eben diese rechtspolitischen Veränderungen, was Verbandsklagerecht und die Beschleunigung von Massenverfahren betrifft. Die Gerichte seien schließlich dazu



da, so die Schlußfolgerung des bayerischen Staatssekretärs, Recht zu sprechen und nicht zu planen. Und vor allem wohl, nicht etwa in die Planungen, die in den Vorstandsetagen der allgemeinen Aktiengesellschaften wie Siemens usw. gemacht werden, einzugreifen.

Die gesamte unüberlegte Aufweichung des Strafrechts, die die liberalistischen Eiferer in den siebziger Jahren betrieb hätten, müßten rückgängig gemacht werden. In diese Kerbe schlugen auch die baden-württembergischen CDU-Redner Späth und Eyrich (Justizminister), die ein neues Demonstrationsrecht und Vermummungsverbot forderten.

Für ein gemäßigteres, allmählicheres Vorgehen sprach sich der Bonner Staatsminister Vogel aus, der es für falsch hielt, jetzt mit einer „Schockfolge von Gesetzen“ die rechtspolitische Entwicklung der „letzten 13 Jahre umkehren“ zu wollen. Umkehren wollte aber auch er, nur nicht auf einmal.

Insgesamt ein Kongreß, der deutlich macht, was im konkreten unter der vielbesprochenen Wende zu verstehen ist, die das Kapital allüberall von CDU und CSU fordert. Hier soll politisch und juristisch der Weg freigemacht werden für Großprojekte der Monopole, die sich an solchen großen Staatsaufträgen sarnieren wollen, ohne großen Ärger mit „Protestlern“ aller Art.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

DAS ENDE DER STAHLZEIT?

Mit diesem Titel erschien die erste 83er Ausgabe von „Metall“, der Zeitung der IG Metall. Die Stahlkrise hat Ausmaße angenommen, die drohen, ganze Regionen der Bundesrepublik, vor allem aber die Ruhr, von Duisburg bis Dortmund in einen noch vor einiger Zeit nicht vorstellbaren Abgrund wirtschaftlicher Not zu reißen. Immer neue Meldungen und Nachrichten über Rekordarbeitslosenzahlen aus dieser Region jagen sich mit immer neuen Maßnahmen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Stahlkonzernen.

Die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie wird in dieser Lage immer stärker vertreten, zunehmend auch von unteren Organisationen der IGM, wie der Dortmunder Vertreterversammlung oder den Vertrauensleuten von Hoesch.

Erhoben wurde diese Forderung auch vom SPD-Unterbezirk in Dortmund, wie auch von verschiedenen Linken und der DKP. Auch die KPD hatte diese Forderung schon im Jahre 1981 erhoben und damals sowohl die Möglichkeiten geprüft, für diese Forderung ein Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen zu organisieren, als auch die Bedingungen genannt, unter denen eine solche Forderung sinnvoll ist. Damals scheiterte dies an der mangelnden Zustimmung anderer Organisationen, auch und vor allem an der Haltung der Führung der IG Metall, die jede diesbezügliche Aktivität unterband. Heute steht Eugen Loderer mit seinem kürzlich gehaltenen Plädoyer gegen eine Verstaatlichung mit wesentlich weniger Menschen hinter sich: unter den Stahlarbeitern jedenfalls ist die Verstaatlichungsforderung heute stark verbreitet. Von

allen oppositionellen Organisationen vertreten heute lediglich die Grünen und die MLPD, aus unterschiedlichen Gründen, eine Position gegen die Verstaatlichung.

In einer Reihe von Artikeln wollen wir im „Roten Morgen“ dazu beitragen, daß diese Frage intensiver geklärt und diskutiert werden kann — dabei stehen die Spalten unserer Zeitung, auch anderen Organisationen offen, um hier eine wirkliche Diskussion führen zu können.

Denn weder besagt die Forderung nach Verstaatlichung alleine, daß hier ein klares Konzept im Sinne der Belegschaften vorliegt, noch kann man eine solche Debatte abstrakt führen, noch ist damit klar, welche weitergehenden Vorstellungen von den Verfassern der jeweiligen Vorschläge dabei vertreten werden.

Für die Verstaatlichung der Stahlindustrie bei Arbeitsplatzgarantie!

Als ersten Beitrag zu unserer kleinen Diskussionsreihe über die Frage der Verstaatlichung veröffentlichten wir einen Beitrag eines Genossen aus einer Stahlbetriebszelle der KPD, der die Politik der Partei und den Diskussionsprozeß, der gegenwärtig in den Stahlzellen der KPD stattfindet, widerspiegelt. Der Beitrag des Genossen befaßt sich mit drei Fragen: Wie kann man die Forderung nach Verstaatlichung so mit Inhalt füllen, daß sie den Belegschaften tatsächlich nutzt und nicht zu einer Illusionsmacherei wird? Was hat es mit der „Nationalen Stahl AG“ auf sich? Und: wie müßten konkrete Schritte der Vorbereitung für einen solchen Kampf aussehen?

Dabei wird in dem Beitrag zur Frage der Nationalen Stahl AG unterstrichen, daß diese Lösung insofern richtig ist, als sie sich gegen die konkreten kapitalistischen Fusionspläne von mehreren Konzernen (zwei oder doch drei lautet die gegenwärtige Diskussion) wendet, daß sie aber zurückgewiesen werden muß, wenn sie bedeuten soll, daß es um eine Einheit mit den Kapitalisten zum sogenannten „Wohle aller“ handelt.

Im dritten Teil seines Beitrags erhebt der Genosse die Forderung der IGM-Vertrauensleute nach einer Stahlarbeiterkonferenz und kritisiert die Konferenz der Betriebsratsspitzen, die am 14. Januar vom Düsseldorfer IGM-Stahl-Büro in Oberhausen stattfand und die die Forderung nach Verstaatlichung lediglich als eine Alternative unter „Schlußbemerkungen“ behandelte.

Im folgenden geben wir die Ausführungen des Genossen zur Frage, welchen Inhalt, welche Stoßrichtung die Forderung nach Verstaatlichung haben muß — leicht gekürzt — wider. Nachdem der Genosse die Beschlüsse der Dortmunder IG Metall und der Hoesch-Vertrauensleute gewürdigt hat und als richtigen Schritt beurteilt, der sowohl die Ursachen der Krise als auch die Auswirkungen für die Belegschaften richtig darstellt, fährt er fort:

Wie es im Grundsatzpapier der Ortsverwaltung heißt, „ist z. B. der Erhalt des neuen Stahlwerks in Völklingen sowie der Bau eines Ersatzstahlwerks in Dortmund nur gegen den Widerstand der Kapitaleise und der hinter ihr stehenden Banken möglich.“

Dieser Meinung sind auch wir Kommunisten. Die im

Grunde seit über zehn Jahren bestehende Auseinandersetzung — bleibt Dortmund Stahlstandort — oder setzt sich das Interesse der Banken durch, hier keinen Stahl mehr schmelzen zu lassen — hat unserer Meinung gezeigt:

- durch die Zustimmung der Mitbestimmungsträger zu Betriebsabschlüssen und Belegschaftsabbau ist der bisherige massive Abbau von Arbeitsplätzen nicht verhindert worden;
- durch die gemeinsamen Beschlüsse mit der Kapitaleise, durch das immer weitere Verschieben des Stahlwerkbaus sind wir dem neuen Stahlwerk noch nicht näher gekommen;
- wenn von manchen die Politik der Sozialpläne gelobt und dann immer wieder die damit erbrachten „Vorleistungen“ beschworen werden, so muß man doch sehen, daß im Grunde der Abschluß von Sozialplänen eine Niederlage im Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze ist.

Kurz gesagt: Sozialplanpolitik, die Politik der gemeinsamen Beschlüsse, hat zwar bisher den Abbau von Arbeitsplätzen für die Betroffenen sozial abgefedert — aber im Kampf für Arbeitsplätze sind wir damit keinen einzigen Schritt vorwärts gekommen.

Wenn die Vertrauensleute feststellen, daß „der sich abzeichnenden Entwicklung die Arbeitnehmer und ihre gewählten Funktionäre massiv entgegengetreten müssen“ und die Ortsverwaltung sagt, „daß das (die neuen Pläne — d. Red.) die IG Metall nicht hinnehmen kann“ stimmen wir dem zu.

Die Kapitaleise und die Banken — kurz gesagt das Finanzkapital — hat seine Finger ja nicht nur in Hoesch, sondern

bei allen Stahlkonzernen im Spiel. Die geplanten Maßnahmen des Kahlschlags ganzer Regionen, der Vernichtung ganzer Konzerne und ihrer Standorte ist ja nicht die Strategie einzelner Vorstandsmitglieder, sondern Strategie des Finanzkapitals.

Deshalb scheint auch uns der Kampf um die Verstaatlichung der Stahlindustrie eine richtige Gegenstrategie zu sein. Insbesondere, weil es ein Weg ist, der alle Stahlarbeiter gemeinsam in den Kampf führt, gegen die Kapitaleise, gegen die Banken.

Wenn festgestellt wird, daß das vom Vorstand der IGM 1981 vorgelegte Konzept „einer Lösung der Stahlkrise durch die Bildung von regionalen lebensfähigen Unternehmenseinheiten durch die dramatische Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie inzwischen infrage gestellt worden ist“, so erinnern wir daran; daß:

- schon bei Vorlage dieses Konzepts in der innergewerkschaftlichen Diskussion bezweifelt wurde, ob dies Konzept ausreicht;
- insbesondere eine lebhaft Diskussion um die entscheidende Frage geführt wurde: Wird die auch heute noch richtige Forderung aus dem Papier — „der Schließung von Werken erst zuzustimmen, wenn in ausreichendem Maß und in erreichbarer Nähe tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen sind“ in der Praxis von den Mitbestimmungsträgern in den Aufsichtsräten und Betriebsräten umgesetzt oder soll das nur auf dem Papier stehen?
- insbesondere die Auseinandersetzungen im Jahre 1981 in Dortmund um immer neue „Abschlüsse“ an den Konzepten der Aufsichtsräte, verbunden mit

immer mehr Verlusten an Arbeitsplätzen, hatten es doch zu einer Frage der praktischen Politik werden lassen, ob man es ernst meint mit einer solchen Forderung;

- gerade weil die private Lösung der Banken bedeutet, daß tausende Arbeitsplätze vernichtet werden, muß doch die Forderung: Kein Abbau von Arbeitsplätzen! Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen gewerkschaftlichen Gegenstrategie sein;
- gerade unter diesem Gesichtspunkt auch schon damals die Frage der Verstaatlichung der Stahlindustrie als aktuelle Gegenstrategie diskutiert wurde.

Wir denken, daß deshalb im Kampf um die Durchsetzung der Verstaatlichung der Stahlindustrie unbedingt die Forderung nach Arbeitsplatzgarantie aufgestellt und erreicht werden muß. Denn, wenn es unter dem Punkt II des Grundsatzpapiers u. a. heißt:

„Mit der Vergesellschaftung der Stahlindustrie wollen wir er-

schaffen, damit Spielraum für Ersatzarbeitsplätze und Ausbildungsplätze (...) Staatliche Subventionen können viel besser auf ihre Ziele hin kontrolliert werden...“, so denken wir, daß die Erfahrungen zeigen:

- Verstaatlichung verhindert nicht automatisch Massenentlassungen. Gerade das Beispiel der verstaatlichten britischen Stahlindustrie, im Anhang des Ortsverwaltungspapiers angeführt, zeigt dies. So wurden dort 135 000 Kolleginnen und Kollegen innerhalb von drei Jahren auf die Straße gesetzt.
- Auch Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung, Ersatzarbeitsplätze und Ausbildungsplätze müssen in einem verstaatlichten Unternehmen erkämpft werden. Die Auseinandersetzungen um den versuchten Abbau von Ausbildungsplätzen beim staatlichen Peine-Salzgitte-Konzern im letzten Jahr machen das deutlich.

Die Erfahrungen bei der Bildung der halbstaatlichen Ruhrkohle AG stehen ebenfalls für die Notwendigkeit einer nuch-

Subventionen auch in einem mitbestimmten Unternehmen nicht in erster Linie für Humanisierung, Arbeitszeitverkürzung usw. eingesetzt werden, sondern für den Unternehmenszweck. Dafür sind auch die für den Ankauf von Zechen in den USA und Australien ausgegebenen Gelder der Ruhrkohle ein Beispiel.

Die Frage, die sich hier stellt, ist doch: Richten sich die Entscheidungen nach der einzelwirtschaftlichen Rentabilität aus — und so ist es z. B. im Aktiengesetz für die Bundesrepublik vorgeschrieben und auch für die Mitbestimmungsträger letztlich bindend — oder an unseren Interessen an Arbeit und Lohn aus?

Hier scheint uns ein besonders wichtiger Punkt zu liegen, der für einen erfolgreichen Kampf unbedingt diskutiert und geklärt sein sollte. Was hilft es, wenn die Stahlindustrie verstaatlicht ist, aber der Einfluß der Banken genauso weiter vorhanden ist wie bisher? Was hilft uns die Verstaatlichung, wenn die Banken nach wie vor, Jahr für Jahr, Milliarden an Zins und Zinseszins kassieren?

Klar gesagt denken wir, daß uns dann die Verstaatlichung keinen Schritt weiter gebracht hat. Denn, das Argument der „leeren Kassen“ oder der „roten Zahlen“ bleibt dann doch bestehen — für Ersatzarbeitsplätze, für Arbeitszeitverkürzung usw. wird eben auch dann kein Geld da sein. Um die Größenordnung einmal deutlich zu machen, die die Zinszahlungen an die Banken bedeuten, ein paar Zahlen.

Im Jahr 1981 überwiesen die Stahlkonzerne für ihre Stahlbereiche rund 1,5 Milliarden Mark an die Banken — so weit die offiziell ausgewiesenen Zahlen der Bilanzen. Knapp eine Million Mark pro Arbeitstag z. B. überwies Hoesch. Pro Beschäftigten der großen Konzerne machte das rund 8 000 Mark pro Jahr. Dies war gegenüber dem Jahr 1980 eine nochmalige Steigerung um 30 Prozent!

Deshalb sagen wir von der KPD:

Man muß den Einfluß der Banken klar erkennen und wir müssen deshalb bei der Durchsetzung der Verstaatlichung unbedingt den Banken einen Zins- und Forderungsverzicht abringen!

Schließlich haben die Banken gerade in der Krise Milliarden Mark aus den Stahlarbeitern rausgezogen

Wir unterstützen, daß vom Staat gefordert wird, nicht mehr Milliarden in die Taschen der Unternehmer zu schleusen, sondern das Geld zur Sicherung unserer Existenz in einer verstaatlichten Stahlindustrie einzusetzen.



„Kein Bock auf Illusionen“ — ganz wie dem unbekannten Autor geht es auch den Kommunisten. Aber wie ist das mit der Verstaatlichung? Ist das denn nicht Illusionsmacherei? Darauf gibt diese Stellungnahme eine Antwort.

reichen: Bankrotte einzelner Unternehmen, Massenentlassungen (...) sollen verhindert werden. Der technische Fortschritt kann kontrolliert eingesetzt und mit sozialem Fortschritt gekoppelt werden (Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung, Einkommensverbesserung) (...) freierwerdende Mittel

ternen Betrachtungsweise. So blieben bei ihrer Gründung die wertvollen Grund-, Boden- und Hausbesitzungen im Besitz der Zechenherren — hauptsächlich also bei den Stahlkonzernen.

Auch die Rationalisierungen seit Gründung der Ruhrkohle und die neuen geplanten Zechenschließungen zeigen, daß

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTES MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103. Tel.: (0231) 433691 und 433692.

- 4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.
- 4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110
- 2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.
- 4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.
- 4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/433691 (92).
- 4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.
- 4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.
- 6000 Frankfurt 80, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611/491918.
- 2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

- 3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.
- 7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.
- 2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9-13 Uhr + 15-18 Uhr; Mi 9-13 Uhr; Sa 10-13 Uhr.
- 5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.
- 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.
- 7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.
- Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Für die 35-Stunden-Woche
bei vollem Lohn- und Personalausgleich (Teil VI)

Provoziert Arbeitszeitverkürzung eine Rationalisierungswelle?

Ein Einwand, der gegen die 35-Stunden-Woche häufig erhoben wird, ist die Behauptung (oder auch Befürchtung), ihre Einführung ziehe unweigerlich einen massiven Rationalisierungsfeldzug nach sich. Von daher sei der angestrebte Abbau der Belastungen am Arbeitsplatz illusorisch und ebenso auch die arbeitsplatzsichernde Wirkung, die man sich von der Verkürzung der Arbeitszeit erhofft; die Unternehmer würden solche Wirkungen durch eine entsprechende Verschärfung der Arbeits- und durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität zunichte machen.

Den vollen Personalausgleich durchsetzen!

Gewiß würde man es sich zu einfach machen, wollte man solche Einwände einfach von der Hand weisen. Wenn es den Unternehmern nicht gelingt, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern, so werden sie ohne Frage alles daran setzen, um durch Rationalisierungsmaßnahmen möglichst einen Gegeneffekt zu schaffen. Die Frage ist nicht, ob sie das tun werden, sondern inwieweit und unter welchen Bedingungen ihnen das möglich ist.

Und es wird ihnen — dies liegt auf der Hand — am ehesten bei einer Arbeitszeitverkürzung möglich sein, die nicht auf einen Schlag, sondern nur allmählich in entsprechend abgestufter Form verwirklicht wird. Bei einer Verwirklichung der 35-Stunden-Woche auf einen Schlag hingegen wäre eine Entwertung und Neutralisierung sowohl des Entlastungseffektes durch verschärfte Arbeitshetze und gesteigerte Arbeitsproduktivität mit Sicherheit nur in einem sehr begrenzten Rahmen möglich.

Im übrigen muß hier die Forderung nach vollem Personalausgleich ansetzen. Wenn es gelingt, tarifvertragliche Vereinbarungen im Zusammenhang mit einer Arbeitszeitverkürzung zu erreichen, die den vollen Personalausgleich sichern, dann können die posi-

ven Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auch weitestgehend realisiert werden.

Die Unternehmer rationalisieren sowieso

Im Unternehmerlager jedenfalls beruhigt man sich nicht über dem Gedanken an verschärfte Rationalisierungen als „Gegengift“ gegen Arbeitszeitverkürzung. Die wütenden Reaktionen auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche sprechen für sich. Nicht umsonst haben die Esser, Rodenstock und Konsorten diese Forderungen ganz oben auf ihren berüchtigten Tabu-Katalog gesetzt.

Schon die Schärfe des Widerstands der Unternehmer ist eigentlich ein Gradmesser dafür, auf welcher Seite der Nutzen dieser Forderung liegt. Wären die Unternehmer nicht davon überzeugt, daß er keineswegs auf ihrer, sondern auf der Gegenseite liegt, würden sie sich dann wohl solche Mühe machen, „sich den Kopf des Arbeiters zu zerbrechen“, indem sie bei jeder Gelegenheit ihre Skepsis bezüglich dieses Nutzens anmelden und begründen?

Wenn die Unternehmer in der Überlegung, eine Arbeitszeitverkürzung gegebenenfalls mit einem massiven Rationalisierungsfeldzug zu kontern, nur geringen Trost finden, so haben sie dafür gute Gründe. Zu diesen gehört nicht zuletzt die Tatsache, daß ja auch heute schon

rationalisiert wird, was das Zeug hält. Und die Steigerungsmöglichkeiten in dieser Hin-



Seit Jahren rollt bereits eine gigantische Rationalisierungswelle: Schweißautomaten bei der Golf-Fertigung in den VW-Werken

sicht sind nun einmal nicht unbegrenzt.

Es ist ja keineswegs so, daß die Unternehmer erst auf die Idee gekommen sind, zu rationalisieren, nachdem in der Gewerkschaftsbewegung die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufgekommen ist. Be-

reits in der fünften Folge unserer Artikelserie haben wir darauf hingewiesen, daß die Vorstellung, Rationalisierungen seien erst die Reaktion auf Arbeitszeitverkürzung (bzw. überhaupt auf die Aufstellung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen), falsch ist und den wirklichen Sachverhalt auf den Kopf stellt.

Betrachten wir die Sache

feldzug durch die Betriebe rollt, dem bereits Hunderttausende von Arbeitsplätzen zum Opfer gefallen sind. Und — ob mit oder ohne Arbeitszeitverkürzung — gibt es nicht den geringsten Anlaß für die Annahme, daß dieser demnächst abgeschwächt oder eingestellt wird. Im Gegenteil. Die Unternehmer sind dabei, diesen Feldzug weiter zu verstärken.

Dabei greifen sie zunehmend zur Einführung neuer Technologien auf der Basis der Mikroelektronik. Die Experten sind sich heute darin einig, daß dadurch in den kommenden Jahren Millionen Arbeitsplätze bedroht sind. Ein Anwachsen unseres Arbeitslosenheeres auf fünf Millionen und mehr wird inzwischen nicht mehr als Schwarzseherei abgetan.

War der Ausgangspunkt für diese gigantische Rationalisierungswelle und Arbeitsplatzvernichtungswelle etwa eine sprunghafte tarifliche oder gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit?

Ganz und gar nicht. Zwar gibt es langfristig seit Jahrzehnten einen gewissen Trend zur Herabsetzung der tariflichen Arbeitszeit. Dieser ist als Reaktion auf die bei weitem stärkeren Produktivitätssteigerungen sowie vor allem auf die zunehmenden gesundheitlichen Belastungen infolge von Rationalisierung und anderen Faktoren zu werten. Aber gerade dieser Trend zur Arbeitszeitverkürzung hat sich seit etwa sieben bis acht Jahren erheblich abgeschwächt.

Dies, obwohl trotz Krise und Rezession und dementsprechender Unterauslastung der Produktionskapazitäten die Produktivitätssteigerungen nur unerheblich zurückgegangen sind, während auf der anderen Seite die Arbeitsbelastungen für die Beschäftigten verschärft zugenommen haben.

So gesehen kann durchaus von einem Defizit an Arbeits-

zeitverkürzung gesprochen werden. Auf keinen Fall aber ist es zutreffend, daß Arbeitszeitverkürzungen eine Ursache für den jetzigen Rationalisierungsterror der Unternehmer wären.

Notwendige Reaktion auf den Rationalisierungsterror

So wird in einer von uns bereits mehrfach erwähnten Untersuchung von Wissenschaftlern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die sich mit den Beziehungen von Arbeitszeit und Arbeitsmarkt in der Zeit von 1960 bis 1979 befaßt, folgendes festgestellt:

„Ein Blick auf die Entwicklung der tariflichen Jahresarbeitszeit zeigt aber auch eine ständige Verlangsamung des Rückgangs, gerade in den letzten Jahren. Der Übergang zur 40-Stunden-Woche war schon Anfang der 70er Jahre für die meisten Arbeitnehmer vollzogen, in den Jahren danach schlossen nur noch einige Nachzügler auf.“

Die durchschnittliche Verlängerung des Jahresurlaubs hat zwar über den ganzen Zeitraum angehalten, auch in den letzten Jahren. Insgesamt ist jedoch bei der Entwicklung der tariflichen Jahresarbeitszeit die Verlangsamungstendenz nicht zu übersehen: Zwischen 1960 und 1975 ist sie im Durchschnitt um ein Prozent pro Jahr gesunken, in den Jahren danach ist das Tempo des Rückgangs fast auf die Hälfte zurückgegangen.“

Es kann also keine Rede davon sein, daß die seit einigen Jahren über uns hinwegrollende gigantische Rationalisierungswelle durch Arbeitszeitverkürzungen ausgelöst oder gefördert worden wäre. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn heute von der Gewerkschaftsbewegung die Forderung nach massiven Arbeitszeitverkürzungen erhoben wird, so ist dies eine absolut notwendige Reaktion auf den Rationalisierungsterror der Unternehmer.

(Wird fortgesetzt)

Parker-Hannifin will totale Kontrolle der Arbeiter

Widerstand gegen Überwachungssystem

KÖLN. — Mit Hilfe sogenannter Tageszeiterfassungskarten wollen die Bosse des US-amerikanischen Konzerns Parker-Hannifin die Beschäftigten ihrer Betriebe einer totalen Überwachung unterwerfen. Im Kölner Zweigwerk allerdings stoppten die Arbeiter durch ihren Widerstand vorerst die Einführung des Kontrollsystems.

Am 5. Januar untersagte das Arbeitsgericht in Köln dem Geschäftsführer des Kölner Zweigbetriebes von Parker-Hannifin (Hersteller von Hydraulikgeräten) unter Androhung einer Ordnungsstrafe von 200.000 Mark die Einführung des mit der verschleierte Bezeichnung „Kosten-Analyse-System“ belegten Überwachungssystems.

Das System funktioniert folgendermaßen: Auf sogenannten „Tageszeiterfassungskarten“ soll jeder Beschäftigte im gewerblichen Bereich kontinuierlich über den ganzen Tag eintragen, was er getan hat, ob er Werkzeug geholt hat, ob er produziert hat, wann die Maschine stillgestanden hat, welche Teile in welchen Mengen er bearbeitet hat usw. Die so festgehaltenen Daten sollen dann täglich über EDV ausgewertet werden.

Es liegt auf der Hand, daß dieses System der Geschäftsleitung eine totale Verhaltens- und Leistungskontrolle ermöglichen würde.

In einer Überraschungswelle wollte die Geschäftsleitung die Tageszeiterfassungskarte einführen. Am 2. November, morgens um 6.00 Uhr, forderte die Personalleitung jeden Beschäftigten auf, die Karten auszufüllen.

Viele Kollegen weigerten sich. Daraufhin wurde ihnen eine mündliche Abmahnung ausgesprochen, eine Stunde später die zweite. Es folgte die Drohung, wer am anderen Morgen die Karten nicht ausfülle, der würde wegen „Arbeitsverweigerung“ fristlos entlassen. 33 Kollegen wurden mit Hausverbot belegt. Sie trafen sich daraufhin im Betriebsratsbüro und unterschrieben dort Erklärungen: „Ich untersage hiermit der Parker-Hannifin GmbH die Speicherung und Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der EDV oder sonstigen Datenträger.“

Die anderen Beschäftigten unterschrieben eine Erklärung des Betriebsrates, daß sie unter

Vorbehalt der rechtlichen Abklärung und nur unter dem Druck einer angedrohten fristlosen Kündigung bereit seien, die Karten vorläufig auszufüllen. Seit das Urteil des Kölner Arbeitsgerichtes vorliegt, füllt jedoch niemand mehr die Karten aus.

Die Bosse haben jedoch ihre Absicht keineswegs aufgegeben. Gegen das Arbeitsgerichts-

urteil legte die Kölner Geschäftsleitung Berufung ein. Und in zwei Zweigbetrieben von Parker-Hannifin in der Bundesrepublik ist das System bereits eingeführt. In dem einen Betrieb gibt es keinen Betriebsrat. Im anderen Fall wurde der Betriebsrat mit der Lüge überumpelt, in den anderen Betrieben sei das System bereits eingeführt.

Fest der Liebe im Zeichen von Massenentlassungen

Bericht über einen Nachmittag bei MBB in Stade

ARBEITERKORRESPONDENZ (Hamburg, 3.1.83). — 450 Entlassungen (die Hälfte der Belegschaft) stehen bevor. Die ganze Region um Stade herum ist davon betroffen: Der Bäcker, der Lebensmittelhändler, der Busunternehmer, Zulieferbetriebe.

Die Kollegen wohnen im Umkreis von 80 Kilometern. Es gibt keine weitere Industrie.

Vor vier Wochen gab es das erste Mal Aufsehen: Am Morgen der Betriebsversammlung protestieren 300 Frauen mit ihren Kindern vor dem Betriebstor. Es geht um das Schicksal der Familien. „Ob man wollte oder nicht: Es kamen einem die Tränen“, erzählte uns ein Kollege.

Heute nachmittag standen ganze Familien ihren Mann vor dem Betriebstor. „Ja, damals

beim Tor war ich auch dabei“, hören wir immer wieder von den Frauen. Fotos von der Demo gegen Sozialabbau konnte man sehen, 250 hatten teilgenommen. Luftballons „gegen die Entlassungen“ wurden von den ganz Kleinen gestartet. Der weiteste erhält einen Preis. Es ist knackig kalt. Punsch wird ausgeteilt.

Die Veranstalter freuen sich, daß es nicht regnet. Stolz und selbstbewußt hatten sie das Angebot der Geschäftsleitung abgelehnt, die Kantine zu benut-

zen. Zur Sicherheit bei Regen hatte sie einen eigenen Wohnwagen aufgestellt. Selbstgebackener Kuchen, Waffeln, eigene Apfelernte — alles wird mit großer Freude angeboten. Bezahlen? — Auf keinen Fall. Spende? — Nein danke!

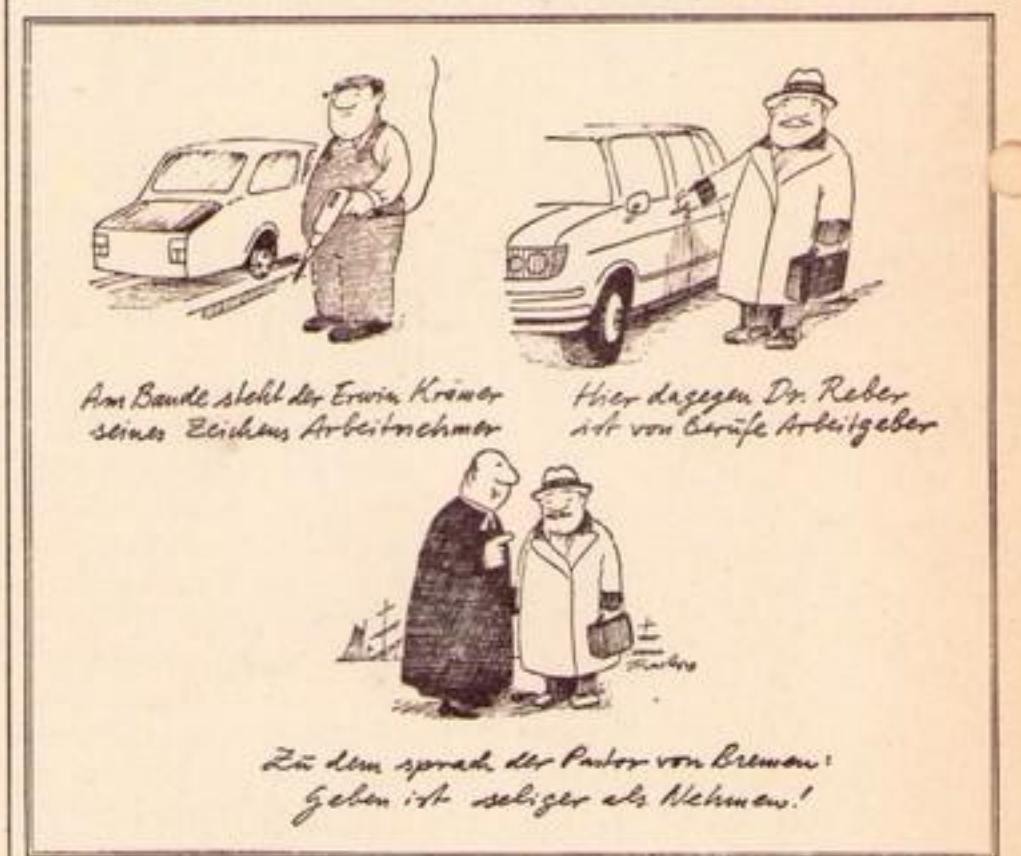
Sind die MBBler unter sich? Nein, es ist sehr viel Bevölkerung aus der Umgebung da. Einzelhändler, haben Zutaten gespendet, z.B. 50 Flaschen Rotwein für den Punsch und für den Weihnachtsmann ganz viele Schokoladenriegeln.

Am Eingang werden Unterschriften gesammelt, die einem Kollegen zu seinem 25jährigen Betriebsjubiläum geschenkt

werden sollen. Gegen 16.00 Uhr waren an die tausend Stück zusammengekommen.

Natürlich wurden auch Reden gehalten: vom Betriebsrat, Vertrauensleutekörperleitung und von dem Gewerkschaftssekretär. Man bedankte sich für die breite solidarische Teilnahme und deutete Kampfschritte an. So besteht z.B. eine heimliche Telefonkette, daß jederzeit die Gefahr droht, daß wichtige Maschinen abtransportiert werden (näheres wurde verschwiegen).

Das war ein schöner Nachmittag. Wir wünschen allen MBBlern ein erfolgreiches neues Jahr im Kampf um ihren Arbeitsplatz!



Metalltarifrunde: Zielkorridor bei drei Prozent?

Kampf für 6,5 Prozent ohne Abstriche!

Bis 2 Prozent — so wird gemunkelt — wollen die Unternehmer mit ihren Angeboten in der Lohnrunde Metall gehen, weiter nicht. Ein Abschluß bei etwa 3 Prozent sei das Allerhöchste, worauf sie sich eventuell noch einlassen würden. Für Arbeiter und Angestellte aber ist ein 3-Prozent-Abschluß indiskutabel. Sogar doppelt soviel würde kaum ausreichen, die Reallohnsicherung zu gewährleisten.

Auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am 10. Dezember in Bonn-Bad Godesberg tönte Unternehmerpräsident Otto Esser: Die Tarifabschlüsse 1983 müßten „sehr deutlich und erheblich unter denen des Jahres 1982 bleiben“. Beherrschende Zielvorstellung der Tarifrunde dürfe nicht der Inflationsausgleich, sondern müsse „die Stärkung der Ertrags- und Investitionskraft der Unternehmen“ sein.

Das kapitalistische Wirtschaftsblatt „Handelsblatt“ orakelte dann am 13. Januar des neuen Jahres: „Die Metall-Unternehmer „werden ein Angebot machen, das vermutlich stufenweise erhöht wird und mit einer 2 vor dem Komma enden soll.“

Und weiter prophezeit das „Handelsblatt“: „Der Zielkorridor, in dem sich beide Tarifparteien einen Landepunkt ausrechnen, wird somit konkreter. Immer häufiger wird ein Tarifwert von „um die 3 herum“ genannt. Die eigentliche Tarifausschließung wird um Zehn-

telprozentpunkte gehen, die aber allenfalls ein wenig neue Beweglichkeit, keinesfalls jedoch einen Arbeitskampf rechtfertigen.“

„Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen“: Daß Otto Esser und Konsorten eine solche Zielvorstellung haben, ist nicht verwunderlich. Ein Kapitalist könnte kein Kapitalist sein, wäre es nicht sein „vornehmstes Ziel“, immer höhere Profite zu scheffeln.

Esser selbst lebt wie all die Herrschaften, für die er spricht, in Reichtum und Luxus. Das hindert ihn nicht im geringsten daran, von den schwer arbeitenden Arbeitern und Angestellten mit ihren vergleichsweise, ohnedies kärglichen Einkommen zu verlangen, eine erneute Schmälerung des Realeinkommens hinzunehmen und den Gürtel enger zu schnallen. Das ist absoluter Zynismus.

Indessen: Wie sollte das Denken derjenigen nicht durch und durch zynisch sein, die dadurch stinkreich geworden sind, daß sie diejenigen ausbeuten,

die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen?

Die Esser und Konsorten sind allerdings nicht nur Zyniker. Sie sind auch notorische Lügner und Betrüger. An ihre stereotyp vorgebrachte Behauptung, Lohnverzicht der Arbeiterschaft sei nötig, damit „wieder investiert und die Wirtschaft angekurbelt“ werden könne, glauben sie in Wirklichkeit selbst nicht.

Oder glaubt jemand, ein Herr Esser sei sich nicht über folgendes klar: Die nicht zu-

widerlegt worden“. Nicht der angebliche Mangel an Gewinnen habe zu Mangel an Investitionen geführt, sondern die höhere Rentabilität anderer Arten von Geldanlagen und der Mangel an Absatzmöglichkeiten für Waren, besonders im Inland.

Wenn dem so ist, warum beflößt die IGM-Führung sich aber dann dennoch immer wieder der von Janßen selbst als sinnlos bezeichneten „Zurückhaltung beim Lohn“?

Auf derselben Pressekonferenz deutete Janßen an, daß



stande gekommenen Investitionen sind keineswegs deshalb unterblieben, weil nicht genug Geld bzw. Kapital vorhanden gewesen wäre, sondern deshalb, weil andere Kapitalanlagen profitabler waren (gut verzinsliche Wertpapiere, Auslandsinvestitionen in Billiglohnländern usw.).

Und sollte etwa ein Otto Esser die Statistiken nicht kennen, aus denen glasklar hervorgeht, daß in den letzten Jahren bei den erfolgten Investitionen jener Teil, der der Rationalisierung dient, ständig wuchs, während der Anteil der Erweiterungsinvestitionen drastisch abgenommen hat?

Völlig zu Recht erklärte IGM-Vorstandsmitglied und „Tarifexperte“ Hans Janßen kürzlich auf einer Pressekonferenz: Die Behauptung, daß Zurückhaltung beim Lohn die Preise stabilisiere, Arbeitsplätze erhalte oder neu schaffe oder zu mehr Investitionen führe, sei in den letzten zwei Jahren durch die Wirklichkeit „mehr als

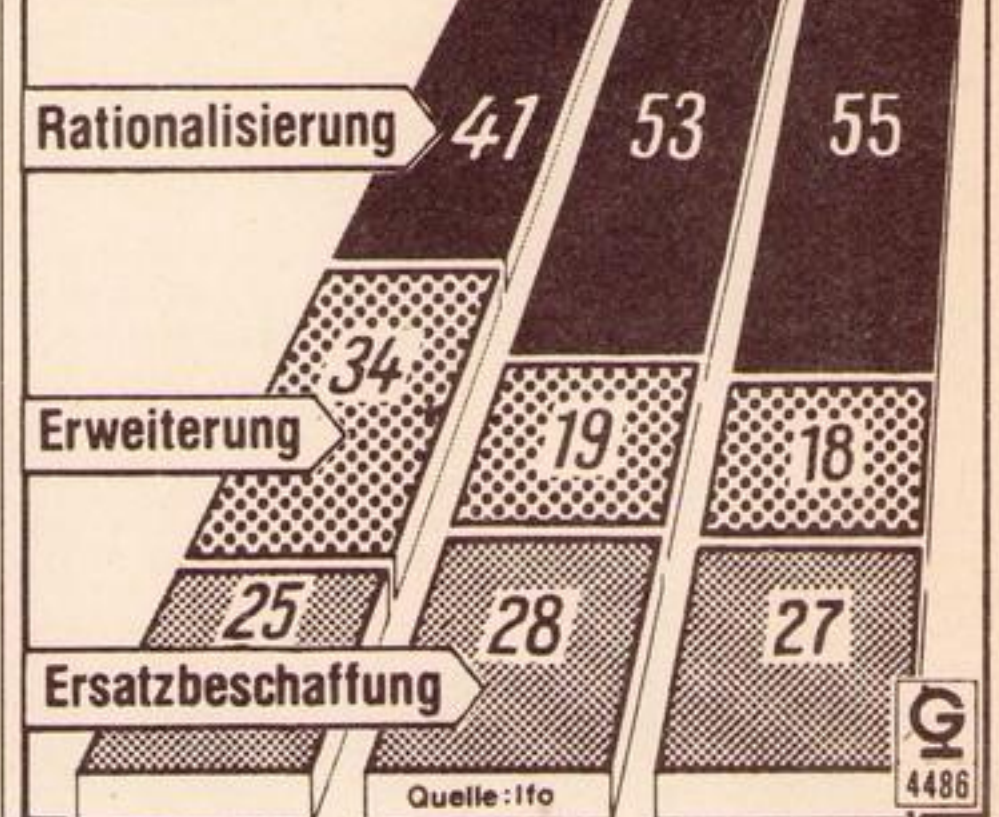
man einen Abschluß anstrebe, der sich etwa auf gleicher Höhe bewegt wie im letzten Jahr. Damals schloß die IG Metall bei 4,2 Prozent ab. 4,2 Prozent aber würde auch in diesem Jahr wieder eine empfindliche Reallohnsenkung bedeuten. Wer das bestreitet, will die Gewerkschaftsbasis an der Nase herumführen.

Die niedrige 6,5-Prozent-Forderung, die der IGM-Vorstand gegen Proteste an der Basis durchgepaukt hat, reicht selbst bei voller Durchsetzung kaum hin, um den Reallohn voll abzusichern. Um so mehr muß jetzt alle Kraft aufgeboren werden, um die volle Durchsetzung dieser Forderung möglich zu machen.

6,5 Prozent ohne Abstriche muß jetzt das Ziel der IG Metall lauten! Selbstverständlich ist dieses Ziel nur mit einer geschlossenen Front zu erreichen. Aber dafür — das ist ebenso sicher — lohnt es sich auch zu kämpfen.

Investitionen – wofür?

Von je 100 Industrieunternehmen nannten als Hauptziel ihrer Investitionen:



Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts werden die Industrieunternehmen im Jahr 1983 zwar ihre Investitionen um 3 Prozent ausweiten, dies wird aber weniger zur Schaffung neuer, als vielmehr zu verschärfter Vernichtung noch bestehender Arbeitsplätze führen, wie obenstehende Grafik deutlich macht.



Auf der DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn am 23. Oktober 1982 in Dortmund.

Lohnpolitik im Sinne der Arbeiterinteressen?

Auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am 10. Dezember letzten Jahres in Bonn/Bad Godesberg hielt auch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff eine Rede. Sie zeichnete sich in Ton und Inhalt durch besondere Aggressivität gegenüber den Gewerkschaften aus.

Lambsdorff plädierte für die Politik einer rücksichtslosen Umverteilung zugunsten der Reichen, für den erbarungslosen sozialen Kahl-schlag.

Gleichzeitig aber hatte der Wirtschaftsgraf auch einige warme Töne für die Gewerkschaftsführung übrig: Er brachte seine Genugtuung über die gegenwärtige lohnpolitische Orientierung der Gewerkschaften zum Ausdruck. „Bewußt“ — so der Graf — wolle er sich mit

„Ausführungen zur derzeitigen Tarifrunde zurückhalten“, weil nämlich „beide Tarifpartner“ sich darüber klar seien, „welche Lohnerhöhungen gegenwärtig beschäftigungs- sowie branchen- und unternehmenspolitisch noch vertretbar sind“. Seine positive Hoffnung gründe sich auch auf die Gespräche mit den Gewerkschaften, „die wir zusammen beim Bundeskanzler und bei anderen Gelegenheiten innerhalb von vier Wänden geführt haben“.

Innerhalb von vier Wänden scheinen sich also gewisse DGB-Führer mit „Partnern“ wie Lambsdorff weit besser zu verstehen, als ihre offiziellen Verlautbarungen außerhalb dieser Intimsphäre vermuten lassen. Jedenfalls: Eine Lohnpolitik, mit der Graf Lambsdorff einverstanden ist, kann nicht von den Arbeiterinteressen ausgehen.

Bosse und Bonzen im trauten Kreis

Im folgenden geben wir einen Bericht des „Stern“ vom 9.12. 1982 über ein bemerkenswertes Stelldichein der Spitzenvertreter der IG Metall von Nordrhein-Westfalen und des Unternehmerverbandes Eisen und Stahl wieder. Ob das Treffen wohl als Einstimmung in die anstehende Tarifrunde gedacht war?

„Das Treffen war streng geheim. Die acht Herren kamen einzeln und in der Dunkelheit. Im Roten Salon des historischen Restaurants „Schloß Hugenpoet“ in Essen-Kettwig ließen sie sich vom Hausherrn ein umfangreiches Menü à la carte vorschlagen: (...) Die Teilnehmer der trauten Runde (...) waren die vier nordrhein-westfälischen Bezirksleiter der Industriegewerkschaft

Metall und der geschäftsführende Vorstand des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie mit dem Vorstandsmitglied von Mannesmann, Dr. Franz Josef Weisweiler, an der Spitze. Man habe sich über Privatreisen nach Amerika, über Blumen in Vorgärten und über Familienlebensunterhalt, verriet Dr. Lamppenau, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, nach dem Plausch. Karlheinz Bräuer, Chef der IG Metall in Köln, berichtete lediglich, worüber man in einer „sehr angenehmen Atmosphäre“ nicht gesprochen habe: „Nicht über irgend etwas von Bedeutung“. Vor allem, so Bräuer, sei kein Wort über die künftige Tarifrunde gefallen: „Nein, nein, um Gottes willen.“

Niggemeier und Rappe diffamieren antifaschistische Gewerkschafter

Geschworene Feinde der Arbeitereinheit

Spitzenvertreter der IG Bergbau und Energie, sowie der IG Chemie-Papier-Keramik, haben wieder einmal einen Diffamierungsfeldzug gegen DGB-Funktionäre gestartet, deren antifaschistisches Engagement ihnen nicht paßt. Zielscheibe der Hetze sind nicht zuletzt die prominenten Gewerkschaftsführer Mahlein und Hensche (IG Druck und Papier) sowie Christian Götz (HBV).

Wie schon so oft haben sich auch bei diesen Ausfällen wieder einmal Horst Niggemeier, der Chefredakteur der IG-Bergbau-Zeitung „einheit“ und Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, hervor getan. Grund ist der aus Anlaß des 50. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung verfaßte Aufruf „Nie wieder Faschismus — Nie wieder Krieg“. Dieser Aufruf ist sowohl von bekannten Gewerkschaftlern als auch von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens und nicht zuletzt von Repräsentanten bestimmter politischer Organisationen des linken Spektrums unterstützt worden.

Neben den Gewerkschaftsführern Christian Götz, Detlef Hensche und Leonhard Mahlein zählen zu den Unterzeichnern zum Beispiel der Pastor Heinrich Albertz und die Schriftstellerinnen Ingeborg Drewitz und Luise Rinser. Vom Parteienspektrum sind u.a. die SPD-

Bundestagsabgeordneten Hajo Hoffmann und Klaus Thüsing vertreten; ferner: der Juso-Bundesvorsitzende Rudolf Hartung, die Bundestagsabgeordneten und Vertreter der Demokratischen Sozialisten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik; auch die führenden Vertreter der DKP Herbert Mies und Kurt Bachmann fehlen nicht.

Insbesondere die Tatsache, daß auch DKP-Vertreter zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören, haben die Rechtsausleger Niggemeier und Rappe als Aufhänger für ihre Attacken gewählt. Die „einheit“ tischt seit mehreren Ausgaben eine groß aufgemachte Artikelserie auf, die den historischen Nachweis zu führen versucht, daß im Grunde die KPD an allem schuld war: Am Aufkommen der Nazi-Partei, am Nichtzustandekommen der Einheitsfront der Arbeiterklasse, am Untergang der Weimarer Repu-

blik und der Errichtung des Nazi-Regimes. Mit plumper Geschichtsklitterung wird die alte Lüge neu aufgewärmt, Kommunisten und Nazis hätten gemeinsam die Demokratie zerstört.

Nun ist diese von interessierter bürgerlicher Seite propagierte Fälschung der historischen Wahrheit ja leider nicht nur von den Führungen der IG Bergbau und IG Chemie als offizielle Lesart übernommen worden, sondern beispielsweise wurde sie auch immer wieder in der Mitgliederzeitung der ÖTV aufgetischt. Das Besondere an der Position der Niggemeier und Rappe ist, daß sie ganz offen und ungeniert einen militanten Antikommunismus als ideologisch-politisches Glaubensbekenntnis der Gewerkschaften verankern wollen und den Kommunismus zum Hauptfeind der Arbeiterbewegung schlechthin erklären.

Sie gehen so weit, daß sie jegliche Art von Aktionseinheit, die wirkliche oder vermeintliche Kommunisten einschließt, verteufeln und in aggressiver Weise angreifen, und daß sie Befürworter solcher Aktionseinheiten selbst wenn es prominente Gewerkschaftsführer sind, öffentlich diffamieren.

Eines ist dabei entlarvend. Die Niggemeier und Rappe heulen hierbei in einem Chor mit den aggressivsten Vertretern der schwarzen Reaktion, mit den arbeiterfeindlichsten Kräften. So war es neben Niggemeiers „einheit“ die berüchtigte „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), bekannt als Zeitung des Großbürgertums, und so war es auch Axel Springers „Welt“, die in Beiträgen genau derselben Stoßrichtung gegen die „Aktionseinheit“ bekannter Gewerkschafter und Sozialdemokraten mit vermeintlichen Kommunisten geiferten.

In den Konzentrationslagern des Nazi-Regimes hatten sich Gewerkschafter der verschiedenen weltanschaulichen und politischen Richtungen, vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten, geschworen: Wir lassen nie wieder zu, daß die Aktionseinheit der Arbeiterschaft verhindert wird! Die Entstehung der Einheitsgewerkschaft wurzelt ebenfalls in dieser Einsicht. Aber Leute wie Niggemeier und Rappe sind offensichtlich nicht bereit und fähig, aus der Vergangenheit zu lernen und diese Lektion der Geschichte zu begreifen. Sie sind geschworene Feinde der Arbeitereinheit.

Wie sieht der CDU-Staat aus?

2. Teil: Das „soziale Netz“ wird abgeknüpft

Die „Sicherung des sozialen Netzes“ nannte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13.10.82 als den zweiten Punkt des „Dringlichkeitsprogramms“ der neuen Bundesregierung.

Die Maßnahmen der neuen Regierung sind aber nur der erste Schritt, das „soziale Netz“, die bestehenden sozialen Sicherungssysteme in unserem Land grundsätzlich zu unterminieren und abzubauen.

Opferbereitschaft und Solidarität sind die Schlagworte der Kohl-Regierung. Aufgebracht werden sollen sie von denen, die ohnehin nicht viel haben. Zum Beispiel zugunsten derer, die schon fast gar nichts mehr haben: Weil man bei den Leistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung kräftige Abstriche macht, sollen die Arbeiter auf Lohn verzichten. Und so weiter in diesem Sinne ...

Man erinnere sich an Kohls Regierungserklärung. Seine Erläuterungen zum Thema „Solidarität“ begann er darin mit den Worten: „Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik.“

Da bleibt dir die Luft weg

Da wurden dann die ersten Maßnahmen genannt:

- Verschiebung der Rentenanpassung um sechs Monate.
- Verschiebung des Anpassungstermins in der gesetzlichen Unfallversicherung, Kriegsopferversorgung, Altershilfe für Landwirte und im Bereich des Lohnausgleichs.
- Verschiebung der Besoldungserhöhung für Beamte
- Erweiterung der Eigenbeteiligung für Krankenhausaufenthalte auf 14 Tage
- Erhöhung der Rentner-Eigenbeteiligung an den Kosten ihrer Krankenversicherung in den nächsten zwei Jahren um weitere zwei Prozentpunkte.

Und so weiter in diesem Sinne.

Als markante Punkte kamen dann zum Beispiel die Beseitigung des bisherigen Systems der Berufsausbildungsförderung hinzu, und die neuen Mietgesetze mit ihren sehr weitreichenden Auswirkungen.

Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung, tragende Säulen des Sozialversiche-

runssystem, stehen im Zentrum der Angriffe der Regierung des großen Geldes. In der Regierungserklärung hieß es dazu unter anderem:

„Die Finanzierungsprobleme der Bundesanstalt für Arbeit machen es notwendig, die Beiträge an die Rentenversicherung nach der Höhe der gewährten Lohnersatzleistung zu bemessen.“

Das heißt: Die BfA-Beiträge werden auf die Höhe des Arbeitslosengeldes gekürzt, also auf 68 Prozent des Nettoverdienstes des zuletzt verdienten Geldes eines Arbeitslosen. Heraus kommt in etwa eine Halbierung der Rentenansprüche Arbeitsloser gegenüber geltendem Recht.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat kein Geld. Davon sind natürlich die Arbeitslosen selbst in allererster Linie betroffen. Und die beitragspflichtigen Erwerbstätigen, denn die wird man noch mehr zu Kasse bitten.

In der Regierungserklärung sagte Kohl:

„In der Arbeitslosenversicherung sollen Leistungen mehr als bisher nach der Dauer der Beitragszahlung gestaffelt werden.“

Das heißt: Zunächst werden neue Möglichkeiten aufgetan, die Gewährung von Arbeitslosengeld zu verweigern bzw. ihre Dauer zu verkürzen.

Die Kohl/Genscher-Regierung markiert die ersten Schritte nach der Wende. Die ersten Schritte auf einem Kurs, der verheerende Folgen haben wird, wenn er nicht gestoppt wird. Man muß kein Prophet sein, um das vorauszusagen.

In den Zeiten der Krise, wie sie heute aussieht, werden die sozialen Sicherungssysteme angegriffen. Noch heißt der Slogan: „Wir werden den Sozialstaat erhalten, indem wir seine wirtschaftlichen Funda-

mente festigen.“ (Regierungserklärung)

Dazu gehört die große Umverteilung, die nun begonnen hat — das Geld, das man den Arbeitern, dem kleinen Mann nimmt, geht in die Wirtschaft. Für Investitionen, für Rationalisierung vor allem. Was noch mehr Arbeitslose produziert. Wodurch das Finanzierungsproblem wieder drängender wird.

Die Kapitalisten sind es, die diesen Kurs fordern. Sie unterstützen gleichzeitig die soziale Demagogie der Regierung. So sagte der Stahlkapitalist und Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen: „Die mutigen Maßnahmen zur längerfristigen Sicherung des derzeit zu eng geknüpften sozialen Netzes sind nicht nur für den Haushalt 1983 notwendig, sondern geben Signale für die Zukunft.“

Signale für die Zukunft

Die Maßnahmen, die als Festigung der wirtschaftlichen Fundamente dieses Staates bezeichnet werden, führen absolut nicht zur Sicherung des Sozialen. Und auch die Parolen werden sich ändern. Die kommenden sind heute bereits in der Union formuliert — durch, wie könnte es anders sein, Franz Josef Strauß. Der diesmal nicht Kanzlerkandidat ist. Der aber mit dem Einzug in eine Regierung nach dem 6. März spekuliert, der nicht allein steht, sondern den reaktionärsten Flügel der Union repräsentiert, der wiederum nicht einfach besonders gemein geartet ist, sondern die Interessen der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals zum Ausdruck bringt.

Der hielt schon 1977 „nichts davon, wenn in der Grundsatzdiskussion bei unserer großen Schwesterpartei als Grundwert das soziale Wohlbefinden erörtert wird.“ Denn: „Das Soziale ist kein Grundwert, sondern eine Uno-Phrase.“

Seine ganze Bedeutung, seinen konsequenten Niederschlag in der Politik wird diese Auffassung dann finden, wenn



„Wir müssen unseren Mitbürgern Opfer zumuten. Dafür brauchen wir ihre Bereitschaft zur Solidarität. Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik.“ Helmut Kohl, Regierungserklärung

sich die Krise weiter zuspitzt. Und das wird sie tun. Darin sind sich inzwischen auch die meisten bürgerlichen Experten einig. Zahlen wie 5 Millionen Arbeitslose in der Mitte des Jahrzehnts werden allgemein gehandelt. Damit aber sind die bestehenden sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich in Frage gestellt.

Sie sind dann gar nicht mehr zu halten ohne gewaltige Zuschüsse.

Damit aber ist das so eine Sache. Der Staat soll nach dem erklärten Willen der Unionsparteien in Zukunft noch stärker zur Kasse gebeten werden — für die Unternehmer. Zu den bereits angesprochenen Punkten kommen immer mehr Staatsaufträge dazu, für die Rüstung, aber auch etwa für den AKW-Bau, der fester Bestandteil der Unionspolitik ist. Oder für die mit Macht angestrebte Verkabelung der Republik.

Kostspielige Angelegenheiten. Viel Geld hat der Staat nicht, verschuldet ist er schon. Bei für notwendig erachteten neuen Ausgaben steht immer die Frage: Fortschreitende Staatsverschuldung — oder anderes streichen?

Die Staatsverschuldung hat ihre Grenzen. Irgendwann geht nichts mehr. In bestimmtem Umfang haben zwar die Banken ein gewisses Interesse daran — sie kassieren ja kräftig bei den Zinsen. Dieses Interesse aber hält natürlich nur solange vor, wie Aussicht besteht, die Zinsen tatsächlich bezahlt zu bekommen.

So ergibt sich aus den heute bekannten Prioritäten der

Unionspolitik als logische Konsequenz ein immer weiteres Fortschreiten des Sozialabbaus. (Obwohl die Regierung bisher die Staatsverschuldung nicht eindämmen konnte — sie macht heute täglich 112 Millionen Mark Schulden. 1980 belief sich dieser Betrag auf 75 Millionen DM. Im nächsten Jahr wird die Verschuldung voraussichtlich um 40 Milliarden steigen.)

Was heißt das alles nun für die Arbeitslosenversicherung? Daß sie bei steigender Massenarbeitslosigkeit und gleichzeitigem Rückgang des Realeinkommens der verbleibenden beitragspflichtigen Beschäftigten gar nicht mehr zu finanzieren ist, leuchtet auf den ersten Blick ein.

Nun kann man, abgesehen von all den geplanten schikanösen Maßnahmen gegen die Arbeitslosen, die Arbeiter und Angestellten mehr zahlen lassen. Es gibt schon Berechnungen, mit denen solche Überlegungen gestützt werden; man könnte beachtliche Beträge zusätzlich einnehmen. Wobei sicher die Unternehmer nicht bereit wären, eine dementsprechende Steigerung des von ihnen zu zahlenden Versicherungsanteils hinzunehmen. Wahrscheinlich ließe sich eine gewisse Erhöhung der „Arbeitnehmerbeiträge“ noch ohne entscheidenden Widerstand durchsetzen. Aber auch das stößt bald an Grenzen, vor allem, weil die Zahl und das Einkommen der Werktätigen sinkt und nach den Vorstellungen der Union auch kräftig sinken soll. Ein Selbst-

tragen der Arbeitslosenversicherung ist nicht mehr denkbar.

Also stellt sich für die Politiker die Frage: Die Sozialsysteme aufrechterhalten? Und dafür zusätzlich Geld besorgen? (Man könnte ja auch die Reichen zur Kasse bitten.) Oder: Die Gelder statt in diesen Bereich in die Produktion, in Staatsaufträge usw. stecken?

Letzteres ist der Weg der Unionsparteien. Gegenüber der SPD, die als Regierungspartei durchaus auch in diese Richtung gearbeitet hat, haben sie für die Kapitalisten den großen Vorzug, daß sie diesen Weg weitgehend rücksichtslos zu Ende gehen können — ohne große Rücksichten gegenüber ihren Mitgliedern und Wählern. Dagegen begann der Einfluß der SPD auf ihre Anhängerschaft schon am Beginn des drastischen Sozialabbaus, etwa im Zuge der Operation '82, zu schwinden. Was ihren Handlungsspielraum in den Augen der Kapitalisten unzulässig einschränkte.

Eine solche Politik des sozialen Kahlschlags, die mit Kohl/Genscher eben erst am Anfang steht, hat weitreichende Auswirkungen. Sie verlangt zum Beispiel eine bestimmte Innenpolitik, um durchgesetzt zu werden — durchsetzbar zu sein auch gegen den notwendigerweise aufkommenden Widerstand, mit dem man natürlich rechnet.

Mit diesen Konsequenzen werden wir uns in den weiteren Folgen dieser Serie noch befassen. In der nächsten Folge: Der Feldzug gegen die Gewerkschaften.

Neuer Kurs läßt Kurse steigen

Für die Kapitalisten war die SPD, trotz ihrer Bemühungen, ihren Profitinteressen weitestmöglich entgegenzukommen, reif zum Abschluß. Das wird nicht nur durch die vielen dementsprechenden Äußerungen aus Unternehmermund deutlich. Ein deutliches Zeichen dafür sind z. B. auch die Börsenbewegungen der letzten Zeit, während und kurz vor dem Regierungswechsel. Dafür einige Beispiele:

Freitag, 17.9.82. Die Koalition bricht auseinander. Die Reaktion der Börse:

„Es war, als ob nach langer Irrfahrt der Mann im Mastkorb gerufen hätte: Land in Sicht! Die Nachricht vom Auseinanderbrechen der SPD/FDP-Koalition löste an der Börse einen Anstieg der Aktienkurse aus, wie man ihn

im Handel mit Wertpapieren schon seit langem nicht mehr hatte beobachten können. Die Gründe dafür sind ganz offensichtlich politischer Art: Das Ende der von Bundeskanzler Schmidt geführten Regierung läßt die Kurse steigen.“ („Bayernkurier“, 25.9.82)

„Die Bonner Ereignisse vom Freitag sind auch für den deutschen Kapitalmarkt ein wichtiges Datum, lassen die Zukunftsperspektiven in einem freundlicheren Licht erscheinen. In einer Umfrage des ‚Handelsblattes‘ sprechen Banken und Investmentfonds-Manager von einem Neubeginn aus Börsensicht; denn die Phase lähmender Unsicherheit würde durch den Wechsel zu einer konservativen Regierung beseitigt.“ („Handelsblatt“, 20.9.82)

Sonntag, 26.9.82. Landtagswahl in Hessen. Die CDU erreicht nicht die erwartete absolute Mehrheit. Die Reaktion der Börse:

„Nur eine Woche nach der ‚politischen Hausse‘, mit der die internationalen Kapitalanleger an der deutschen Börse auf den Bruch der sozial-liberalen Koalition in Bonn reagierten, sind nach dem völlig überraschenden Wahlergebnis in Hessen die Hoffnungen der Börsianer auf eine neue konservative Bonner Regierung weitgehend zusammengeknüpft. ‚Wie ein Hammer‘, so ein Wertpapierhändler, hätte das Wahlergebnis in Hessen mit dem ‚Untergang‘ der FDP und dem für Wirtschafts- und Finanzkreise enttäuschenden Abschneiden der CDU ge-

wirkt. An der Frankfurter Aktienbörse kam es daraufhin am Montag zu einer seit 20 Jahren nicht mehr gesehenen Baisse. Gegenüber der euphorischen Stimmung am Freitag vor einer Woche beim Koalitionsbruch in Bonn waren die Reaktionen jetzt am Montag fast panisch. Der für die gesamte Aktienbörse repräsentative Commerzbank-Index sackte gegenüber dem letzten Freitag um rund 25 auf 684,90 Punkte.

Verluste bis zu rund zehn Mark waren an der Tagesordnung und darüber hinaus Einbußen keine Seltenheit. Verkaufsaufträge lagen von allen Seiten, insbesondere auch aus dem Ausland, vor. Besonders stark ausgeprägt waren die Kursverluste bei Bau- und Baustoffwerten, bei

den Aktien der Kommunikationsgesellschaften sowie bei Versorgungstiteln, nachdem sich aufgrund der politischen Entwicklung die noch vor wenigen Tagen gehegten Hoffnungen auf die Forcierung des Kernkraftwerkbaus zerschlagen haben.“ („Frankfurter Rundschau“, 28.9.82)

Freitag, 1.10.82. Helmut Schmidt wird gestürzt, Kohl wird neuer Bundeskanzler. Die Reaktion der Börse:

„Je länger die Aussprache im Deutschen Bundestag über den Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt dauerte, desto zurückhaltender wurde die Stimmung an der Frankfurter Aktienbörse. Zu Beginn des Börsenhandels, als noch erwartet werden konnte, daß das Abstimmungsergebnis vor Schluß der Börse um 13.30 Uhr vorliegen würde, hatte eine gewisse Zuversicht geherrscht. Dies drückte sich vor allem in Meinungskäufen

des Berufshandels aus, die meist zu steigenden Kursen führten. Als dann jedoch klar wurde, daß das Abstimmungsergebnis erst später bekannt wird, ist es zu einer uneinheitlichen und teilweise nachgebenden Kursentwicklung gekommen.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2.10.82)

„Zu einem überaus freundlichen Wochenendausklang kam es an den deutschen Aktien- und Rentenmärkten. Insbesondere nachbörslich konnten nochmals deutliche Gewinne bis zu 2 DM erzielt werden, nachdem das Ergebnis des konstruktiven Mißtrauensantrags mit der Wahl von Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler bekannt wurde. Zu größeren Umsätzen kam es angesichts der für einen Freitag nachmittags späten Abstimmung in Bonn allerdings nicht mehr.“ („Handelsblatt“, 4.10.82)

Millionen stehen hinter der neuen Regierung ...

Staatsschutzaktion gegen „konkret“

Die Durchsuchung der Redaktionsräume der Zeitschrift „konkret“ am Dienstag letzter Woche ist ein Zeichen dafür, daß die neue Regierung gegen einen Journalismus, der die Machenschaften der Staatsorgane anprangert — in diesem Fall die verbrecherischen Machenschaften des Bundesnachrichtendienstes — den sich häufenden Zensurforderungen dokumentiert sich hier die Wende in diesem Bereich.

Daß nichts gegen die besagten Machenschaften unternommen wird, gehört zur Tradition bundesdeutscher Rechtspflege. Bei uns werden immer noch Unrecht

aufdecken.

Bisher allerdings sah es so aus, als würde in Sachen Lange-mann-Enthüllung gegen „konkret“ nicht viel laufen. Nach dem Bonner Wechsel lief dann sehr schnell etwas. Dazu Hermann Gremlitz von „konkret“: „Zwei Wochen nach dem Regierungswechsel beantragt Rebmann beim Justizminister die Ermächtigung zur Strafverfolgung. Der gerade ernannte Staatssekretär Kinkel, kurz zuvor noch Präsident des BND,

befürwortet den Antrag und gibt ihn an das zuständige Kanzleramt weiter. Dessen Chef, Kohlschreckenberger, erteilt die Ermächtigung am 6. Dezember. Der allzeit hilfswillige Ermittlungsrichter Kuhn vom Bundesgerichtshof stellt drei Wochen später den Durchsuchungsbefehl aus. Unter Vor-spiegelung einer „Vernehmung“ lockt die Bundesanwaltschaft die Journalisten Bissinger und Saupe am 11. Januar ins Ham-burger Polizeipräsidium. Gleich-zeitig besetzen zwanzig Beamte der Abteilung Staats-schutz des Bundeskriminal-amtes die Verlagsräume von „konkret“ und umstellen die Wohnungen der Beschuldigten. Eine Stunde später beginnt die Durchsuchung. Akten, Unter-lagen, Abrechnungen, Manu-skripte, Briefe, Terminkalender

werden beschlagnahmt und in zwei Aluminiumkoffern ab-transportiert. Die „Staatsfeinde“ sind „ausgehoben“.

Erste Auswirkungen der Staatsschutzaktion: Bereits am Dienstag Nachmittag melden sich Informanten der Redak-tion, die besorgt fragen, ob auch die von ihnen an die Redaktion gesandten Unterlagen beschlag-nahmt worden seien. Abonnenten kündigen, weil sie fürchten, ihre Anschrift könne nun in die Fahndungscomputer des BKA wandern. Das ist das Klima der Angst, das die Herrschenden schaffen wollen.

Die Redaktion des „Roten Morgen“ hat der „konkret“-Redaktion ihre Solidarität ausgedrückt und ihr alle Unterstüt-zung zugesagt, die sie im Rah-men ihrer Möglichkeiten leisten kann.

Geheime Stadt-Polizei

Göttingen. — Die Bezeichnung „Geheime Stadtpolizei“ für das Göttinger Spitzelkommando — offizielle Bezeichnung: „Aufklärungs- und Festnahme-Kommando“ — ist keine schwerwiegende Beleidigung. Das be-fand das örtliche Amts-gericht in einem Verfahren um die illegale Veröffentlichung von Polizeifeldnotizen gegen presserechtlich Verantwortliche und Drucker eines Flugblattes der alternativen Stadtratsliste AGIL, deren Mitglieder und Kontakte bevorzugtes Beob-achtungsobjekt der Ge-heimpolizisten sind. Die Staatsanwaltschaft lehnte allerdings eine Einstellung des Verfahrens wegen Ge-ringfügigkeit ab.

Bullen

Westberlin. — Keine Beleidigung ist die Bezeichnung „Bullen“ für Polizisten. Das entschied das Amtsgericht Tiergarten in einem Prozeß gegen einen „taz“-Redakteur. Das Wort „Bulle“ sei „leider mal üblich gewor-den“ und werde von weiten Kreisen der Bevölkerung als Synonym gebraucht. (AZ: 4PJS 363/82)

Trotz Verbot:

Demonstration gegen Graue Wölfe

In Darmstadt erlauben die Behörden Veranstaltungen der faschistischen Organisationen und verbieten antifaschistische Demonstrationen. Die Antifaschisten werden trotzdem aktiv. Über eine Aktion am 8. Januar schrieben uns Darmstädter Genossen unter anderem:

Heute fand im Darmstädter Liebighaus, das der Stadt gehört, eine Veranstaltung des „Türkisch-islamischen Kulturvereins“ statt, von dem allgemein bekannt ist, daß er Mitglied der Türk-Föderation und eine Tarnorganisation der Grauen Wölfe ist. Dagegen protestierten ca. 400 türkische, deutsche und andere Antifaschisten. Die Polizei schützte mit einem großen Aufgebot die Veranstaltung der Faschisten und sorgte dafür, daß sie ungehindert Zutritt hatten. Die Veranstaltung konnte leider nicht verhindert werden. Danach fand ein, wenn auch nicht genehmigter, Demonstrationszug durch die Innenstadt statt.

Die guten Beziehungen der grauen Wölfe zur Stadt haben in Darmstadt schon eine längere Geschichte. Darmstadt hat einen SPD-Oberbürgermeister. Im letzten September wurde bekannt (der RM berichtete darüber), daß ein Mitglied des FDP-Ortsvorstandes sie als korrespondierendes Mitglied unterstützte. Auf einer Presse-

konferenz wurde damals auch gezeigt, welche engen Verbindungen sie zur Spitze der Grauen Wölfe, bzw. der Türk-Föderation in der BRD, als Mit-z.B. Cedar Celebi, Vorsitzender der Türk-Föderation in der BRD, als Mitbesitzer des Hauses im Grundbuch eingetragen, in dem das „Kultur“-Zentrum der Faschisten ist.

Cedar Celebi wird wegen seiner engen Verbindungen zum Papst-Attentäter Ali Agca gera-

de an die italienischen Behörden ausgeliefert, bzw. ist es schon. (Auch das interessiert die Stadt nicht.) Und das dürfte auch der Grund für die verstärkten Aktivitäten der Faschisten in der letzten Zeit sein: Wie in ihrer Zeitung „Türkmen“ sogar ver-öffentlicht, haben sie eine Kam-pagne für Cedar Celebi beschlos-sen, und ihre Veranstaltung in Darmstadt, wie auch da-vor schon in München und Stuttgart (die zum Teil verhin-

dert wurden), scheinen Teil dieser Kampagne zu sein. Wei-tere Veranstaltungen, z.B. in Frankfurt, sind geplant. Außer-dem scheinen sie in Finanznot zu sein: Ihr Haus, in dem sich das „Kultur“-Zentrum befindet, ist noch nicht abbezahlt, und es wird gerade darum prozessiert, daß sie es zurückgeben sollen. Es scheint, daß sie auf der Ver-anstaltung auch eine Sammlung dafür durchführen wollten.



Polizisten lügen

Polizisten, die als Zeugen vor Gericht aussagen, sind nicht viel wert. Jedenfalls nicht, wenn es um die Wahrheitsfindung geht. Sie sind sehr viel wert, wenn man ihr Auftreten unter dem Gesichtspunkt beurteilt, daß man einen Angeklagten um jeden Preis verurteilen will.

Letzteres ist in der Regel die Absicht des Anklägers, der Staatsanwaltschaft vor allem. Die Richter spielen meistens mit. Ärgerlich, wenn zur Unver-fahrenheit von Polizeizeugen kommt, ganz schlimm, wenn man ihren Lügen Verlogenheit beweisen kann. (Das muß aller-dings noch lange kein Grund sein, den oder die Angeklagten freizusprechen.)

einsatzkommandos (SEK, Sonderausbildung im Nahkampf, Todesschuß usw.) auf. Dieser Mann, der angeblich alles ge-sehen hat, was der Festnahme der fünf vorausging, sagte aus, er habe nicht gesehen, daß seine Kollegen am Boden liegende Demonstranten zusammen-schlugen, und er selbst habe nie einen Stein auch nur in die Hand genommen.

Dieser Zeuge ist auf den hier gezeigten Bildern rechts zu sehen.

Die Verteidiger forderten aufgrund dieser Bilder die so-fortige Inhaftierung des Polizi-sten, der sich neben seinen Lü-gen zumindest noch der verletz-ung schuldig gemacht habe.



Neues Beispiel aus Westber-lin: Der Beispieler gegen fünf Teil-nemer der Demonstration gegen den Reagan-Besuch am 11.6.82.

Die Angeklagten Klaus-Peter Noll, Ninas Kontos, Alois Leicht, Rainer Kehres und Ruth Christiansen sitzen seit sieben Monaten in Untersuchungshaft. Während der Verhandlungen sitzen sie in Glaskäfigen, die vor Jahren für sogenannte Terrori-sten-Prozesse eingebaut wur-den.

Sie sollen die gegen die De-monstration eingesetzten Polizi-sten mit Steinen beworfen haben. Als Zeuge tritt unter anderem ein damals in Zivil ein-gesetzter Beamter eines Spezial-

Die Reaktion von Staatsan-walt Weber: Die Bilder hätten keine besondere Beweiskraft. Er ging lieber gegen Zuhörer vor, die den SEK-Mann angeblich beleidigt hätten.

Ein weiteres Beispiel aus demselben Prozeß: Am 10. Ja-nuar gaben Polizeizeugen erst-mals zu, daß sie vor ihrer Ver-nehmung durch die Staats-anwaltschaft an einer Zeugenschulung des Staatsschutzes teilge-nommen hatten. Das Ergebnis: Im Gegensatz zur vorausgegan-genen polizeilichen Verneh-mung wußten die Beamten plötzlich genau, wer von den da-mals Festgenommenen an wel-chem Ort mit Steinen geworfen haben...



Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Der hier abgedruckte Text liegt jetzt auch als zentrales Wahlflugblatt vor. Mit leichten Abänderungen gibt es das Flugblatt auch für die Bundesländer, in denen der BWK kandidiert, bzw. für Bundesländer, in denen weder BWK noch die KPD kandidieren.

Jetzt, angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen, machen sie wieder in Optimismus, die Herren der CDU/CSU/FDP und die ihnen nahestehende Presse. Sogar Astrologen und

Hellseher werden bemüht. Hatte noch Anfang Dezember die Konjunkturrexperten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft eine weitere Verschärfung der Krise, ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik bis auf drei Millionen für Anfang 1984 vorausgesagt, so heißt es jetzt: „Wirtschaft erwartet für 1983 Wende in Richtung Aufschwung“, „Arbeitslosigkeit geht im Laufe des Jahres zurück“, „Positive Zeichen für Weltkonjunktur“ usw., und Bundeskanzler Kohl weist auf die ersten Erfolge seiner Regierung „Senkung der Zinsen“ hin.

Die Wahrheit jedoch ist:

Schon stieg die Zahl der Arbeitslosen in den westlichen Industrieländern von 18 Millionen 1979 auf 33,8 Millionen 1983. Stärker als in den Krisenjahren von 1929 bis 31 ist die Konkurswelle gestiegen. Rund 12700 Pleiten in der Bundesrepublik im letzten Jahr. Besonders von der Krise betroffen sind die Bau-, die Stahlindustrie und der Maschinenbau. Doch schon steht eine neue Kohlenkrise ins Haus, und auch die Automobilindustrie, von der jeder siebente Arbeitsplatz in der BRD abhängt, gerät zunehmend in Schwierigkeiten, vor allem, weil sie rund 70 Prozent ihrer Pro-

dukte exportiert.

Der Export aber, für den immerhin ein Viertel aller Erwerbstätigen, 5,8 Millionen bei uns arbeiten, geht weiter zurück. Ein weltweiter Handelskrieg, mit gegenseitigem Abschotten der Grenzen der Länder, droht. Die Industrie ist nur noch zu 70 Prozent ausgelastet. Infolge sinkender Kaufkraft sinken die Handelsumsätze. Hinzu kommt, daß durch die Einführung der Mikroelektronik bis zum Jahre 1990 rund 42 Prozent aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik betroffen, d.h. wegrationalisiert werden. Das war und ist es, was zum

Machtantritt der Wunschregierung des Kapitals

in Bonn, der Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP führte. Denn das Bestreben des Finanzkapitals, auch unter den Bedingungen der Krise seinen Schnitt zu machen und kräftig zu profitieren, was bedeutet, möglichst alle Lasten der Krise auf die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen und die ärmeren Bevölkerungsschichten abzuwälzen, ließ sich mit der SPD als Regierungspartei nur schwer verwirklichen. Nicht, weil die SPD sich etwa nicht bemüht hätte, den Kapitalinter-

essen zu dienen, sondern einfach deshalb, weil sie als Partei gezwungen war, gerade auf die Interessen dieser Schichten Rücksicht zu nehmen. Deshalb mobilisierte das Kapital das „Gewissen“ der Herren Genscher und Lambsdorff, um die Koalition aus SPD und FDP zu sprengen, und auf der Strecke blieb wie so oft der Wählerwille. So setzt denn heute, was die alte Regierung zögernd begonnen hatte, die neue Regierung verstärkt fort. Eine Politik, die heißt:

Sozialer Kahlschlag und Lohnabbau

Reallohnabbau, steigende Mieten, vermehrte Kurzarbeit, Massenarbeitslosigkeit, Streichung des BAFöG, Kürzungen der Renten, Abbau des Sozial- und Krankenversicherungswesens, Erhöhung der Steuern usw. ist das, was in den nächsten Jahren verstärkt auf uns zukommt. Allein 16 Milliarden Mark an Belastungen werden uns durch die Haushaltsbeschlüsse des Bundes aufs Auge gedrückt. Ein Betrag in ähnlicher Höhe ist von den Ländern und Gemeinden zu erwarten.

Das aber heißt weitere Erhöhung der Kommunalabgaben wie Wassergeld, Müllabfuhr, Fernwärme, Schließung von Kindergärten, Altenpflegeheimen, Abbau des Gesundheitswesens etc. Rechnet man alle diese Mehrausgaben wie für Verkehrsmittel, Krankenhaus- und Kuraufenthalte, Arzneimittel, Mieten, Mehrwertsteuer, Streichung des BAFöG, des Babygeldes, Erhöhung der Kosten für Kindergärten und Tagesstätten usw. zusammen, so ergibt das einen

Kaufkraftverlust von rund 50 Prozent

Bei einem Alleinverdiener mit zwei Kindern und einem Bruttoarbeitslohn von 2160 Mark, haben SPD-Experten ausgerechnet, bedeutet das zusammenge-rechnet unter Umständen eine Einbuße des Netto-Arbeitslohnes um 34,4 Prozent. Besser Verdienende, z.B. ein Ehepaar mit einem Gesamteinkommen von 6257 Mark, haben Belastungen durch Preiserhöhungen und Wegfall von Zuschüssen um 8,4 Prozent. Noch besser Verdienende erhalten jedoch vom Staat durch diverse Förderungsmaßnahmen und Investitionsbeihilfen noch etwas dazu. Immer auf die Kleinen, das ist das Motto der Kohl/Strauß/Gen-

schers-Regierung.

Schon heute lebt jeder zehnte arbeitsfähige Bundesbürger unter der Armutsgrenze, nicht mitberechnet jene Rentner, die am Rande des Existenzminimums leben, oder diejenigen Behinderten, die kaum verdienen können. Schon heute haben gesteigerte Arbeitshetze, durch Angst vor Entlassung verschleppte Krankheiten, die Misere im Gesundheitswesen, die Lebenserwartungen, vor allem der Arbeiter und werktätigen Frauen, sinken lassen, nicht einmal 50 Prozent erreichen bei voller Gesundheit das Rentenalter.

Umverteilung von unten nach oben

im Auftrag des Kapitals, das ist die Politik der Reaktionäre in Bonn. Dabei ist dies erst der bescheidene Anfang. Nach den Wahlen werden unter dem Motto „alle müssen Opfer bringen“ Dinge auf uns zukommen, von denen wir heute noch keine Vorstellung haben. So erklärte der Hauptgeschäftsführer der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Scharren-

broich: „Die Erwerbstätigen in der Bundesrepublik werden noch viel größere Opfer bringen müssen, als bisher geplant.“ Ernst Banda, Präsident des Bundesverfassungsgerichts:

„Der Wohlfahrtsstaat heutiger Prägung ist nicht mehr zu halten, weder wirtschaftlich, noch politisch und moralisch.“

Unser ganzes Sozial- und Rentenversicherungssystem, ei-

ne in hundert Jahren — trotz aller Mängel — erkämpfte Errungenschaft, soll beseitigt werden. Zurück also zu den Zeiten des Frühkapitalismus, zu amerikanischen Verhältnissen mit

11 Millionen Arbeitslosen und Hungernotstandsgebieten wie die Stadt Detroit, wo 25 Prozent der 1,2 Millionen Einwohner arbeitslos und 400000 unterernährt sind.

Programm zur Schaffung von Arbeitslosen

Was die Kohl-Regierung als Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus gibt, ist genau das Gegenteil. So führt die rigorose Senkung der Einkommen, der Kaufkraft der Bevölkerung, zu weiteren Absatzstokungen, neuen Konkursen im Einzelhandel und Industrie und damit zur vermehrten Arbeitslosigkeit. So führen die Investitionsgeschenke aus unseren Steuergeldern an die Unternehmer dazu, daß diese sie, wie in der Vergangenheit, zu über 80 Prozent dazu benutzen, zu rationalisieren, neue Personal sparende Techniken einzuführen. Mit den aus uns, den Werktätigen erpreßten Geldern, sichern

sich die Kapitalisten auch während der Krise ihre Profite, finanzieren wir unsere eigene Arbeitslosigkeit.

Doch während wir, Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Rentner, den Gürtel enger schnallen und weitere Opfer bringen sollen, mästen sich die Reichen, die Kapitalisten, die Aktionäre, die Playboys und reichen Nichtstuer auf unsere Kosten, steigen ihre Profite und Kursgewinne im Jahre 1982 im Durchschnitt um 14,1 Prozent, während wir uns mit Lohnerhöhungen von unter 4 Prozent bescheiden sollen. Deshalb fordern wir Kommunisten:

Die Reichen sollen die Krise bezahlen

sollen für die Krise bezahlen. Können sie das? Und ob! In der Bundesrepublik gibt es rund 100000 Millionäre, die über ein Privatvermögen von 400 Milliarden Mark verfügen. Eine einmalige Ergänzungsabgabe von nur fünf Prozent würde 20 Milliarden bringen und alle Sparbeschlüsse überflüssig machen. Deshalb fordert die KPD u. a.: Eine drastische Anhebung der Besteuerung der Profite der Konzerne und Banken —, das Wegsteuern aller Beträge über 120000 Mark Jahreseinkommen —, die Eintreibung aller Steuerschulden und eine rigorose Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität u. a. m.

Deshalb unterstützen wir den Kampf gegen jede weitere Senkung der Reallohn und für die Verteidigung der Tarifautonomie, gegen staatliche Zwangsmaßnahmen zugunsten der Unternehmer —, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich —, Herabsetzung des Rentenalters —, sechs Wochen Mindesturlaub und die Reform der Arbeitszeitverordnung. Für ein Verbot von Massenentlassungen und für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, insbesondere im Hinblick auf Investitionen, die Zahl und Struktur der Arbeitsplätze betreffend. Deshalb kämpfen wir:

Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Denn es ist ja nicht nur die Politik des Lohnabbaus, des rigorosen Sozialabbaus, des Abbaus der demokratischen Rechte des Volkes, der zunehmenden Fasisierung, die die Kohl/Strauß/Genscher-Regierung vertritt, es ist auch die Politik der zunehmenden Militarisation, der Rückkehr zu Positionen des kalten Krieges. So erklärte Bundeskanzler Kohl die NATO, das Bündnis mit den USA zum „Kernpunkt der deutschen Staatsräson“. So ist die Nachrüstung, die Aufstellung von amerikanischen Pershing-II-Raketen und Marschflugkör-

pern auf bundesdeutschen Boden bereits beschlossene Sache und in Vorbereitung. Das aber heißt nichts anderes, als daß unsere Heimat im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten zum Schlachtfeld, zu einer atomar verseuchten Wüste wird. Wir müssen uns doch verteidigen? Lohnt es sich — abgesehen davon, daß ein solcher Krieg ein imperialistischer, von beiden Seiten ungerechter wäre — Tote, eine atomare Trümmerlandschaft zu verteidigen? Nein, soll es eine Chance für uns geben, so heißt das, wie wir Kommunisten es fordern:

Abkoppeln von der Kriegspolitik der Supermächte

Deshalb kämpfen wir für die sofortige Annullierung des NATO-Doppelbeschlusses durch die Bundesregierung, für den radikalen Abbau der Rüstungsausgaben —, den Abzug aller Besatzungstruppen von deutschem Boden —, für das Verbot der Stationierung und Lagerung von ABC-Waffen auf westdeutschem Boden —, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, Neutralität —, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und eine von beiden Supermächten und ihren Militärpakten unabhängigen Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten.

Die Lage ist ernst. Wie in den dreißiger Jahren suchen die kapitalistischen, die imperiali-

stischen Staaten den Ausweg aus der weltweiten Krise in Kriegsvorbereitung und Krieg. Die Bundesrepublik macht da keine Ausnahme. Vor 1933 warnten wir Kommunisten: wer Hindenburg wählt, unterstützt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Wir behielten recht. Wir sagen heute: wer Kohl wählt, wählt auch Strauß, wer Strauß wählt, wählt eine Politik der zunehmenden Fasisierung und Unterdrückung des Volkes, der Revanche und der Risikobereitschaft zum Krieg. Deshalb meinen wir: Was heute not tut, ist der konsequente Kampf gegen das Kapital und die Reaktion. Wir rufen alle auf, die ähnlich denken wie wir, am 6. März der KPD ihre Stimme zu geben.

„Aber ist die Stimme für die KPD nicht eine ‚verlorne‘ Stimme?“

Hilft meine Stimme für die KPD nicht sogar der Bonner Reaktion aus CDU und CSU?

Sicherlich gibt es viele Kolleginnen und Kollegen die — obwohl sie unsere Anschauungen in vielem für richtig halten — so denken und SPD wählen. Sie sagen sich: bevor ich den Kohl/Strauß/Genscher meine Stimme gebe, wähle ich lieber das „kleinere Übel“, die SPD. Und ganz so abwegig ist der Gedanke ja nicht. Denn immerhin ließe sich

eine Politik des rigorosen Lohn- und Sozialabbaus, wie sie vom Kapital für die kommenden Jahre geplant ist, mit einer SPD-Regierung, die ja Rücksicht auf die Gewerkschaften nehmen muß, wesentlich schwerer durchsetzen. Warum sonst hätte man sie im Oktober vergangenen Jahres gestürzt?

Das ist jedoch nur die eine Seite der Medaille

Die andere ist, daß sich auch die SPD-Führung in all den 12 Jahren ihrer Regierungszeit eifrig bemüht hat, den Wünschen und Forderungen des Bank- und Industriekapitals gerecht zu werden. Zwar hat es einige Reformen gegeben, doch mit „Sozia-

lismus“ wie jetzt die CDU/CSU der SPD vorwirft, hat dies alles so wenig zu tun, wie die Weihnachtsgans mit dem Pfingstschwein. Eher hat sich die SPD als das erwiesen, was sie schon vor 1933 war: Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.

Das Übel an der Wurzel packen

Da aber liegt der Hase im Pfeffer. All das, was wir jetzt erleben oder was in den nächsten Jahren noch auf uns zukommt: Lohnabbau, Kurzarbeit, zunehmende Arbeitslosigkeit, Faschisierung, Not, Elend und Krieg haben ihre Ursachen in unserem Gesellschaftssystem, dem Kapitalismus. Nur der läßt sich nicht einfach durch den Stimmzettel,

durch Wahlen beseitigen. Nicht im Parlament, dieser bürgerlich korrupten Schwatzbude, mit käuflichen, bestechlichen Abgeordneten und Parteien entscheidet sich letztendlich unsere Zukunft, sondern im Klassenkampf, im Kampf gegen unsere kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker, im Betrieb, auf der Straße.

Sollen wir deshalb nicht wählen?

Natürlich sollen wir wählen und nicht auf ein Recht verzichten,

das sich Generationen vor uns mühsam erkämpft. Nur

dürfen wir uns nicht die Illusion machen, daß es viel bringt. Millionen werden am 6. März der SPD ihre Stimme gegen, um eine CDU/CSU-Regierung zu verhindern. Das ist gut und nicht schlecht, denn es erschwert der Reaktion, dem Finanzkapital seine finsternen Pläne gegen das Volk durchzusetzen. Doch wer Schluß

machen will mit dem kapitalistischen Chaos. Wer will: daß es keine Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, Krisen und Kriege mehr gibt, daß wir leben können in einer friedlichen Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung, in der nicht der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt all unseres Schaffens steht,

der wählt die KPD, den Sozialismus

Und wenn wir Sozialismus sagen, für den unsere Väter und Vorväter — auch die SPD — einstmals kämpften, dann meinen wir ihn auch, und nicht das, was sich da jenseits unserer Grenzen im Osten als der „reale Sozialismus“, als Staat der Arbeiter und Bauern präsentiert. Denn wer in diesem Staat herrscht, das sind nicht etwa die Arbeiter und Bauern, die haben gefälligst den Mund zu halten und zu gehorchen, daß ist eine

neue Schicht, eine neue Klasse verbürgerlichter Funktionäre, Bürokraten, Manager, Militärs, Technokraten, die sich, wie bei uns die Kapitalisten, auf Kosten des Volkes mästen. Die kommunistischen Parteien dieser Länder sind völlig entartet und die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, hat sich in eine Diktatur gegen das Proletariat verwandelt. Wir aber sagen:

Sozialismus ohne Demokratie, ohne Freiheit für die werktätigen Menschen, kann es nicht geben!

Dafür sind, dafür kämpfen wir, sowohl im Westen als auch im Osten unserer Heimat, der BRD und DDR. Dafür nehmen wir, vor allem unsere Genossen in der DDR, Diffamierung, Verfolgung und Kerker in Kauf (zwei unserer Genossen, Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt aus Ostberlin, wurden

erst kürzlich wegen ihres Eintretens für den Sozialismus, den Kommunismus, von den Gerichten der DDR zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt). Arbeiter, Angestellte, Jugendliche, wählt, besser noch stärkt durch euren Eintritt die Reihen Eurer Partei, die

Kommunistische Partei Deutschlands

Informationen zur Wahl

Betr. Unterstützungsunterschriften Zum Endsprint antreten!

Die in allen Bundesländern mit der Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten laufende Sammlung von Unterschriften geht in die letzte Phase. Die Unterschriftensammlung, eine reine Schikane gegen kleine Parteien, muß bis Ende Januar abgeschlossen werden. Mit Ausnahme von Stadtstaaten, die weniger benötigen, müssen 2000 Unterschriften dann dem jeweiligen Landeswahlleiter vorliegen.

Diese Unterschriften müssen vom Einwohnermeldeamt des Unterzeichners beglaubigt, also mit einer Wahlberechtigungs-

erklärung versehen sein. Bitte, denkt an diese weitere bürokratische Hürde für die Kandidatur. Immer wieder passiert es, daß ein Unterzeichner mit seinem ersten, und damit für das Wahlrecht entscheidenden Wohnsitz, woanders gemeldet ist, als auf dem Vordruck angegeben. Also: je mehr man über die notwendige Anzahl hinaus an Unterschriften hat, um so sicherer vermeidet man ganz kurz vor Schluß das hektische Nachsammeln. Darum: Nicht nachlassen mit dem Sammeln bevor die Landeswahlleiter grünes Licht für unsere Kandidatur gegeben haben.

KPD

Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1983

BWK

UNSERE KANDIDATEN IN BREMEN

In Bremen kandidieren auf der offenen Liste der KPD folgende Genossen für das revolutionäre Wahlbündnis von KPD und BWK:



Michael Weisfeld, 35 Jahre, 2 Kinder, seit 9 Jahren Stahlarbeiter, KPD



Wolfgang Büchler, 37 Jahre, verh. 1 Kind, Maschinenschlosser, BWK



Helene Streicher, 34 Jahre, verh., 3 Kinder, als Ärztin berufstätig, KPD

Wahlkampfmunition



Gemeinsame Wahlplattform von KPD und BWK, Flugblatt DIN A 5, kostenlos.



Wahlinfo Nr. 1, Über Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik, Flugblatt, DIN A 3, kostenlos.



Dokumentation über die Bemühungen, ein breites linkes Wahlbündnis zu schaffen, Broschüre DIN A 4, Preis 1,— DM.



Wahlflugblatt der KPD, DIN A 4, kostenlos.

Alle diese Materialien, auch die Wahlplakate können bestellt werden bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Klebt ihnen eine ... Laßt euch nicht verkohlen

Aussperrung
Verboten!

GEMEINSAM
GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

LOHNPAUSE?
NICHT MIT UNS!

STOPPT STRAUß!

NACHRÜSTUNG
TODSICHER

Arbeitsplatz - Vernichtung und Sozial-Abbau
STOP

NATO BEDROHT DEIN
NEUTRALITÄT
LEBEN

Alle hier abgebildeten Kleber, fürs Auto oder andere freie Flächen können beim Verlag Roter Morgen, Postfach

300526 in 4600 Dortmund 30 bestellt werden. Preis: Stück 0,50 Pfg.

+++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++

Revisionisten und die Türkei

Liebe Genossinnen und Genossen,

nochmal eine Vorstellung davon, wie verkommen die sowjetischen Revisionisten inzwischen sind. Da hat nämlich ein Mensch namens Ernst Henri, Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR und mit dem Tolstoi-Preis ausgezeichnet, ein Buch geschrieben. Titel: „Gegen den Terrorismus“, erschienen im regierungsaffiziellen Verlag der Presseagentur Nowosti (APN-Verlag), Moskau 1982. Dort liest man auf Seite 125:

„Viel ernster sah es bis in die allerletzte Zeit hinein in der Türkei aus, wo es zu Beginn der 80er Jahre 5 Millionen Erwerbslose gab.“

Es waren die Abteilungen der neofaschistischen und pantürkischen „Partei der Nationalen Bewegung“, die die Dienste der asiatischen Lumpenproletariat in Anspruch nahm und innerhalb von wenigen Jahren rund 700 politische Morde beging, darunter am prominenten Gewerkschafter K. Türker. Die Organisation arbeitete auf einen Staatsstreich hin und wollte ihren Führer Türker, der in der Vergangenheit mit den Nazis in Verbindung stand, zum Diktator machen. Im Falle eines Erfolgs wäre ein faschistisches Bollwerk direkt am Schwarzen Meer und am Mittelmeer entstanden. Es ist verständlich, welche Bedeutung man diesem Vorhaben in den Kreisen der

„Schwarzen Internationale“ beimaß. Eben solche Herde sollten, wie wir sahen, auch in anderen Mittelmeerregionen entzündet werden.

Die „Partei der Nationalen Bewegung“ hatte ihre Leute in verschiedenen Ministerien, in der Polizei, in der Armee und in den Gerichten. Sie unterhielt Kontakte zur Geschäftswelt, zu Neofaschisten in anderen Ländern und zur CIA. Die türkische Jugend wurde auf jede Weise zu bewaffneten Provokationen aufgehetzt. Es wurden Listen von Personen aufgestellt, die vernichtet werden sollten. Nur das Eingreifen der türkischen Militärs, die die Macht übernahmen und zur gleichen Zeit die rechts- und die linksextremistischen Organisationen verboten, verhinderte die Verwirklichung der Pläne des faschistischen Weltstabs am Schwarzen Meer.“

Und auf Seite 158:

„Man muß auch berücksichtigen, daß die Kalküle der Rechtsextremisten in Bezug auf einen Sieg bei der Errichtung einer Militärdiktatur nicht immer in Erfüllung gehen. Als Beispiel dafür können die Ereignisse in der Türkei 1980 dienen, als die infolge wilder extremistischer Exzesse zur Macht gelangte militärische Gruppe sofort mit Massenverhaftungen der Terroristen, und zwar sowohl der „Linken“ als auch der Rechten begann. Offenbar spielten gegebene

nenfalls besondere Umstände eine Rolle, unter denen ein „reiner“ Pogromfaschismus in der Türkei die außenpolitische Lage dieses Landes komplizieren konnte. Bekanntlich gibt es aber innerhalb der regie-

renden militärischen Gruppen einen Flügel mit profaschistischen Stimmungen.“

Also: Die türkische Militärclique als Rettung vor dem Faschismus, dem „reinen Pogromfaschismus“



Militärterror auf den Straßen Istanbuls — etwa antifaschistisch?

Sie vertraten die Auffassung, daß das BVG grundsätzlich angegriffen werden muß und schlugen vor, anstatt der vorgeschlagenen Forderung folgende Forderung einzufügen: Gegen Friedens- und Schweißpflicht des Betriebsrats. Gegen die Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit. Dieser Vorschlag wurde dann mit Mehrheit angenommen. (...)

Von Genossen der MLPD wurde vor allem die Forderung nach politischer Gleichberechtigung der ausländischen Kollegen kritisiert, da diese praktisch eine deutsche Staatsbürgerschaft mit einschließt. Sie wollten das ersetzen durch die Forderung: Gegen die soziale und politische Diskriminierung der ausländischen Kollegen. Nach lebhafter Diskussion, bei der die MLPD vor allem von der KPD darauf hingewiesen wurde, daß ihr Vorschlag sich in nichts von den bürgerlichen Parteien unterscheidet, wurde mit Mehrheit der ursprüngliche Vorschlag angenommen. (...)

Nach der Diskussion über den Forderungskatalog wurde von der KPD kritisiert, daß keine inhaltliche Begründung für diese Forderungen erarbeitet worden waren, wie sie z.B. in der Wahlplattform des Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten vorliege. Nach Meinung von BWK und KPD genügt es nicht nur gute Forderungen aneinanderzureihen, und einer Einschätzung des Staates und der Klassenkräfte in der BRD zu verschweigen. Von Vertretern der MLPD wurde dies zurückgewiesen und der KPD vorgeworfen, sie wolle die VAL durch Debatten lähmen. Man müsse jetzt endlich an die Öffentlichkeit gehen. Was sie darunter verstehen, wurde bei der nächsten Abstimmung deutlich.

Der Ausschuß hatte mit großer Mehrheit vorgeschlagen, in Stuttgart eine positive Wahlaussage zu

treffen. Vom Wahlbündnis Revolutionärer Sozialisten lag der Vorschlag vor, einen gemeinsamen Kandidaten zu benennen. Das Wahlbündnis war sogar bereit, ihren Kandidaten zugunsten eines VAL-Kandidaten zurückzuziehen.

Die MLPD sprach sich jedoch gegen eine Wahlbeteiligung aus. Ihr war das Bündnis noch nicht breit genug. Mit äußerst knapper Mehrheit konnte sie sich mit dieser schändlichen Haltung durchsetzen. Heftige Diskussionen waren die Folge. Von der KPD wurde kritisiert, daß sich mit diesem Beschluß herausgestellt habe, daß die MLPD in Wirklichkeit gar keine Wahlbeteiligung anstrebe, sondern dabei ist, die Bewegung für einen Wahlauftritt zugunsten der Grünen zu lenken.

Eine eigenständige Vertretung von Arbeiterinteressen wird nicht angestrebt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die MLPD nicht bereit war, schon jetzt eine positive Wahlaussage zu treffen. Sie orientiert auf den Parteitag der Grünen am 15./16. Januar. Damit ist aber vollständig klar, daß eine eigene Wahlteilnahme der VAL verhindert wird.

Damit wird aber auch deutlich, daß es nie das Bestreben der MLPD war, tatsächlich zu dieser Wahl ein Wahlbündnis zur Wahl zu stellen. Ihre Versicherung, daß es für sie nur einen Grund gibt an einem Wahlbündnis nicht teilzunehmen, nämlich wenn arbeiterfeindliche Forderungen vertreten werden, oder ihnen die eigenständige AP nicht gestattet wird, wirkte heute nur noch lächerlich.

Dennoch ist zu hoffen, daß sich in der MLPD doch noch die Erkenntnis durchsetzt, daß ein Aufruf für die Grünen, oder Wahlboykott, gegen die Zusammenarbeit klassenbewußter Kräfte gerichtet ist und dem Kampf gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus schadet.

Schlechtes Interview?

Heute fiel mir auf, daß der Kommentar, der üblicherweise auf der zweiten Seite stand, fehlt, auch schon seit einigen Nummern. Mir gefiel der Kommentar eigentlich immer ganz gut, abgesehen von gelegentlichen Verbalradikalen. Ich habe dann im RM gesucht, aber nichts entsprechendes gefunden. Ein Kommentar zu aktuellen Ereignissen ist meiner Meinung auch als feste Rubrik wichtig. Man weiß, wo man lesen muß. Vielleicht richtet ihr sowas ähnliches wieder ein, oder nehmt den Kommentar so wieder auf, wie er war, auch inhaltlich!

Zum Interview mit U. Leicht über die Volksfront:

Ich finde es beschissen, wie locker und leicht über die Probleme mit dem Volksfrontaufbau hinweggeschleudert wird, nach dem Motto: Egal was passiert, wir sehen uns immer nur die positiven Seiten der Dinge an, und stellen nicht einmal die Frage, ob es auch negatives gibt, oder dasselbe vielleicht sogar überwiegen könnte, geschweige, daß der Versuch auch nur gemacht wird, eine solche Frage zu beantworten. Es ist doch so, daß die Beschlüsse, die da von Partei und Volksfront gefaßt worden waren, die Arbeit nach der Wahl erheblich behindert haben, offensichtlich an vielen Stellen bis heute erheblich

behindern, was man auch an der Zahl von damals 150 und heute immer erst noch 110 Volksfront-Gruppen deutlich sehen kann. Der Wahlkampf der Volksfront, auch das Auftreten als Quasi-Partei haben ihr meiner Meinung nach nicht so viel genützt, mindestens genausoviel geschadet. Darüber muß endlich mal offen geredet werden, damit endlich Klarheit geschaffen wird, was damals richtig und was damals falsch war und man sich endlich von den eigenen Schwung lähmenden Fragen befreien kann. Und jetzt soll keiner kommen, und sagen, das war schließlich ein Interview mit der Volksfront und nicht mit der Partei. Dann kann man sowas eben erst machen, wenn die Klarheit vorher geschaffen wurde! So ist das ganze nur Vertuschung von Schwierigkeiten, die notwendig zu neuen Problemen führt, weil Unklarheiten eifern nicht gerade anspornen und vielleicht auch, weil man einige Dinge anders anpacken würde. Ihr solltet euch mal das vielzitierte Wort von Lenin überlegen, daß man die Ernsthaftigkeit einer Partei daran mißt, wie offen sie sich über ihre Fehler klar wird.

Nachträglich wünsche ich euch ein gutes neues Jahr, R. aus Bochum

wie Henri das nennt? Möglicherweise sogar um diesen „profaschistischen Flügel“ in Schach zu halten?

Angesichts der Wirklichkeit eine grausame Verhöhnung der Folteropfer. Evren hat den Faschismus nicht verhindert, sondern errichtet, weil „die türkische Jugend (...) auf jede Weise zu bewaffneten Provokationen aufgehetzt (wurde)“, das soll heißen: Die Situation in der Türkei begann im Herbst 1980 revolutionär zu werden. Aber genau davor haben sowohl die Sowjetrevisionisten wie auch die türkischen Generäle eine furchtbare Angst. Und deshalb erzählt Henri das Märchen: Es war einmal eine Militärjunta, die hatte nur den einen Wunsch,

sie wollte dem Volk Demokratie geben und deshalb mußte sie gegen die Extremisten von links und rechts...

Fragt doch mal die DKP, was sie davon hält.

Ein Leser aus Karlsruhe

P.S.: Übrigens wollte ich noch die Kritik zurückweisen, im „Roten Morgen“ wären zu viele lange Artikel drin. Die meisten Probleme bedürfen eben einer längeren Erklärung, z.B. um Zusammenhänge aufzuzeigen, und es ist gut, wenn die Redakteure das machen. Außerdem soll der „Rote Morgen“ schließlich keine „Bild-Zeitung“ sein. Höchstens bei der Auflage.

Spendenliste

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD. Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

	DM
Zelle Klöckner, Bremen	675,—
Zelle Bremen-Ost	54,—
Zelle Walle, Bremen	1700,—
Zelle Wilhelmshaven	24,—
M.L., Bielefeld	500,—
Zelle Duisburg-Nord	700,—
G.Sch., Northheim	250,—
Sylvesterfeier KPD/Stuttgart	60,—
J.W., Schweinfurt	720,—
E.B., Ludwigshafen	10,—
M.C., Werdohl	20,—
KPD Kempten	3,40
W.K., Essen	40,—
J.P., Bremen	40,—
S.H., Stuttgart	270,—
K.H.D., Dürlassingen	12,20
G., Delmenhorst	9,—
J.D., Essen	25,—
G.G., München	10,—
H.W.H., Werther	40,—
C.Sch., Westberlin	21,—
B., Stuttgart	8,—
diverse Spenden über Verlag RM	1601,55 der
J.K., Kiel	60,54
KPD Dören	370,—
Zelle Dorstfeld, Dortmund	1010,—
Zelle Wellingdorf, Kiel	600,—
LBV Hessen	260,—
G. u. M.F., Osnabrück	50,—
M.M., Wolfburg	100,—
Zelle Langenhorn, Hamburg	30,—
W.A., Westberlin	913,20
LBV Ruhrgebiet	3000,—
Zelle Stuttgart-Ost	800,—
B.R., Wilhelmshaven	400,—
Buchladen RM, Westberlin	540,—
ungenannt	16,80
A.B., Osnabrück	5920,—
R. u. W.H., Niederschelderhütte	20,—
insgesamt	20883,69

Damit hat die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD einen Endstand von 210952,50 DM erreicht.

DANKE SCHÖN!

Mit etwas Verspätung haben wir es geschafft — das Ziel unserer Spendenkampagne ist erreicht. Über 200000,— DM kamen für den 5. ordentlichen Parteitag der Partei zusammen. Wir wissen, daß dazu manche Einschränkung und manches Opfer notwendig war. Dafür möchten wir noch einmal allen Freunden und Genossen der KPD herzlich danken. ZK der KPD

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.— ☐ halbjährlich DM 30.—

Die Ab-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

MLPD verhindert Wahlbeteiligung!

Am 5. Januar tagte die Vollversammlung der Initiative Vereinigte Arbeiterliste in Stuttgart. Ca. 90 Kolleginnen und Kollegen, darunter auch Mitglieder von KPD und BWK waren gekommen. Diskutiert und abgestimmt wurde der Vorschlag des Ausschusses der Vereinigten Arbeiterliste für ein Aktionsprogramm, die Empfehlung zur Aufstellung eines Direktkandidaten und die weitere Wahlaussage.

Der Ausschuß, in dem auch Genossen der KPD mitarbeiten, erarbeitete ein sehr gutes Forderungsprogramm.

Gegen Massenarbeitslosigkeit wurde vorgeschlagen:

• Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

• Erweiterung der Rechte des Betriebsrates bei Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Keine Einführung neuer Technologien ohne Zustimmung der Belegschaft und ihrer Vertretung!

• Verpflichtung der Großbetriebe, den Anteil der Lehrstellen auf 7 Prozent der jeweiligen Gesamtbelegschaft zu erhöhen!

In der Diskussion über diesen Vorschlag wurde von Genossen der MLPD gegen die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte Stellung genommen.

DAFG-Freundschaftsreisen nach Albanien

Frühjahrsreise vom 22.03. — 05.04.1983 1245,00 DM
„Gesellschaft und Erziehung“ — bevorzugt für Angehörige pädagogischer Berufe.

Herbstreise vom 01.10. — 15.10.1983 1305,00 DM
„Gesellschaftliche Einrichtungen und Sozialsystem“

Sommerreisen zum Kennenlernen des Landes

	3 Wochen	2 Wochen
	28.06. — 19.07.	12.07. — 26.07.
	26.07. — 16.08.	

Preis mit Programm: 1573,50 DM 1263,50 DM
Preis ohne Programm: 1363,50 DM 1083,50 DM

Frühbucherrabatt: Diese Preise gelten bei Eingang der Anmeldung bis 30. April. Danach Aufschlag von 50,— DM pro Person. Familienermäßigung bei Sommerreisen.

2 Kinder unter 12 Jahren kostenlos (in Begleitung der Eltern)

nähere Auskünfte und Anmeldeunterlagen über:

DAFG — Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V.

Sekretariat

Postfach 19 — 7622

2000 Hamburg 19

Tel.: (040) 8502736

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Meldungen

VW/USA:
Sprecher
begeht
Selbstmord

Pittsburgh. — Der Sprecher der schwarzen Arbeiter, William Brock bei VW in den USA, hat Selbstmord begangen. Die schwarzen Arbeiter von VW haben vor kurzem Aufsehen erregt, als sie den VW-Konzern wegen Diskriminierung verklagten. Der RM berichtete davon.



William Brock

Vertrauensmann der Kläger war der 32jährige William Brock. Dessen Abschiedsbrief veröffentlichte die Zeitung „Pittsburgh Press“. Darin erhebt Brock schwere Vorwürfe gegen das VW-Management. Man hätte ihn mit Drohungen und mit Nötigung dazu einsetzen wollen, daß andere schwarze Beschäftigte von der Klage zurücktreten.

Kraftprobe
in
El Salvador

San Salvador. — Zu einer Kraftprobe innerhalb der reaktionären Armee des Landes kam es, als der Heeresoberst Sigfredo Ochoa Perez mit starker Unterstützung von Truppenteilen und offensichtlicher Billigung anderer höherer Militärs in der Provinz Canabas meuterte.

Der Oberst sollte vom Verteidigungsminister an die salvadorianische Botschaft nach Uruguay versetzt werden. Er weigerte sich und meuterte. Ochoa gilt als äußerst reaktionär und wird als verantwortlich für die verbrecherischen Todeschwadronen bezeichnet. Jetzt ist diese Meuterei beendet worden, nachdem Verhandlungen zwischen Ochoa und der Regierung gelaufen sind. Ochoa geht nicht nach Uruguay, die Meuterei wird keine Folgen für ihn haben. Dieses, für bürgerliche Armeen äußerst ungewöhnliche Ergebnis, muß man unter dem Eindruck einer neuen großen Offensive der revolutionären Befreiungskämpfer der FMLN sehen. Die Angst vor der Befreiungsfront schweißte die Reaktionen trotz großer Widersprüche zusammen.

Seit Beginn vergangener Woche setzen die Einheiten der Nationalen Befreiungsfront den herrschenden Reaktionen wieder verstärkt zu. Es gelang ihnen in der nördlichen Provinz Chalatenango eine Garnison der Nationalgarde zu besetzen. Auch in anderen Provinzen wurden Armee-Einheiten angegriffen, wie der Guerilla-Sender „Radio Venceremos“ mitteilte. Die reaktionäre Armee El Salvador machte auch wieder von sich reden. In der Nacht zum 10. Januar haben Soldaten nach einem Gelage eine Handgranate in eine Ansammlung von Zivilisten geworfen. Bei dieser Aktion in San Cayetano Istepeque sind neun Menschen ums Leben gekommen, 14 wurden verletzt.

Die „Demokratisierung“ der Türkei:

15 800 Anklagen —
3 000 Todesurteile?

ANKARA. — Das große Aufräumen der türkischen Militärs mit jeglicher Opposition in der Türkei geht weiter. Auch im neuen Jahr stehen mehrere Massenprozesse an, die nach Angaben der Militärgerichte gegen die „terroristische Opposition“ gerichtet sind.

Die Militärgerichte, die ungeachtet der von westlichen Politikern so oft gelobten „Demokratisierung“ weiter im Amt sind, haben für das begonnene Jahr 15800 Anklagen vorbereitet, bei 3000 Anklagen droht die Todesstrafe.



Massenprozesse vor Militärgerichten sind in der Türkei an der Tagesordnung

Diyabarkir. In der Stadt Diya-barkir im Osten der Türkei sitzen 375 Kurden auf der Anklagebank. Die in den östlichen Provinzen der Türkei lebende Minderheit wird besonders stark von der Militärjunta unterdrückt. Von den Angeklagten müssen 186 wegen „Seperatismus“ mit einer Verurteilung zum Tode rechnen.

Fatsa/Amasya. An der östlichen Schwarzmeerküste liegt die kleine Stadt Fatsa. Schon seit Jahren gilt Fatsa als ein Zentrum des Widerstands in der Türkei. Seit 1979 war der Bürgermeister der Stadt ein Linker, viele lokale politische Maßnahmen wurden mit starkem Rückhalt in der Bevölkerung gegen die Regierung in Ankara durchgesetzt. Noch unter der Regierung Demirel besetzten Armeeeinheiten die Stadt, 1000 Einwohner wurden verhaftet, es gab schwere Folterungen.

Heute stehen 740 Bürger Fatsas vor Gericht. Hauptangeklagter ist der ehemalige Bürgermeister Fikri Sönmez, dem in der Haft mehrere Rippen gebrochen wurden und der sich insgesamt in sehr schlechtem gesundheitlichen Zustand befinden soll. Nach über zwei Jahren Untersuchungshaft droht ihm, zwei ehemaligen Abgeordneten der sozialdemokratischen CHP-Partei und 257 anderen Bürgern Fatsas die Todesstrafe.

Istanbul. In der Metropole am Bosphorus stehen 17 Intellektuelle vor Gericht. Sämtliche Angeklagten waren Mitglieder des türkischen Schriftstellerverbandes. Für ihr Wirken sollen sie mit Haftstrafen zwischen acht und 15 Jahren bestraft werden, wie der Staatsanwalt des Militärgerichts forderte.

Der auch international bekannte Autor Azis Nesin, der wegen „verbrecherischer Aktionen gegen den Staat“ angeklagt ist, erklärte vor Gericht, sein „Verbrechen“, Widerstand gegen das Verbot der kommunistischen Partei, sei kein krimineller Akt, er werde die Militärdiktatur weiter kritisieren.

Taris/Izmir. Im Februar 1980 besetzten etwa 1000 Arbeiter der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft von Taris, in der Nähe von Izmir, ihre Produktionsstätten. Die Geschäftsleitung hatte gezielt linke Gewerkschafter entlassen, die zu einem Streik mobilisiert hatten. Schlägertrupps der MHP, von den Grauen Wölfen,

setzten die Arbeiter unter Druck.

Die Besetzung erregte internationales Aufsehen, weil sie nur mit dem Einsatz von 10000 Soldaten beendet werden konnte. Bei dieser Aktion starben fünf Arbeiter, weitere wurden erschossen, als sich die Bevölkerung in dem Viertel von Izmir erhob, in dem die meisten Taris-Arbeiter wohnten.

Im Prozeß gegen „167 Auf-rührer von Taris“ wurden jetzt

die ersten Urteile bekannt. 19 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 15 Jahren.

Neben den Schreckensmeldungen aus den Gerichtssälen der Militärgerichte dringen immer wieder Meldungen über ungeheuerliche Folterungen aus

den Gefängnissen durch. Der ehemalige Parlamentsabgeordnete Mustafa Gazalci, der mit anderen wegen seiner Mitgliedschaft im „türkischen Friedenskomitee“ vor Gericht steht, sagte vergangene Woche aus, er habe im Polizeigefängnis von Ankara zahlreiche Opfer von Folterungen gesehen. Vor allem junge Menschen im Polizeigefängnis von Ankara würden bei Folterungen Arme und Beine gebrochen.



Der Militärangriff auf ein besetztes Fabrikgebäude in Taris. Die Arbeiter stehen heute vor dem Militärgericht.

Mit bundesdeutscher Hilfe

Die Türkei wird
weiter aufgerüstet

Die volle Unterstützung des Westens für die Diktatur in der Türkei wird auch an den Waffenlieferungen für Ankara deutlich. Mit westlicher Hilfe soll die Türkei eine starke NATO-Bastion werden, Sprungbrett für imperialistische Abenteuer in Nah-Ost.

Wie in Hamburg ein Sprecher der Blohm & Voss AG mitteilte, werden westdeutsche Unternehmen der türkischen Marine vier Fregatten liefern. Ende Dezember des vergangenen Jahres wurde ein entsprechender Vertrag unterzeichnet. Die Rüstungsproduzenten gaben nicht bekannt, wieviel die vier Kriegsschiffe kosten sollen, schon gar nicht, wie das Waffengeschäft finanziert wird. An dem Auftrag sind neben der Blohm & Voss AG auch die Howaldtschiffbau-Werke, die Thyssen-Rhein Stahl-Technik-GmbH beteiligt.

Nicht immer laufen die Rüstungsgeschäfte so offen und direkt. Vor wenigen Tagen verlangte die griechische Regierung Aufklärung aus Washington. 35 Jagdbomber des Typs Phantom hatte die türkische Regierung erstanden. Nach Angaben des Sprechers des türkischen Außenministeriums seien die in Ägypten gekauft worden. So wird auch unter Umgehung der Türkei kritisch gegenüberstehender NATO-Staaten, wie Griechenlands, die Aufrüstung der Türkei vorangetrieben.

Der Libanon blutet weiter

BEIRUT. — Nachdem sich die Verhandlungsdelegationen des Libanon und Israels mit US-amerikanischer Unterstützung nach sechs Verhandlungsterminen erstmal nur auf eine Tagesordnung für die Verhandlungen einigen konnten, gehen im Land die Kämpfe weiter.

In Beirut versuchten wieder einmal israelische Truppenteile in den Süden der Stadt vorzudringen. Dieses Gebiet, strategisch wichtig, weil dort der Flughafen liegt, wird zur Zeit von internationalen Truppenkontingenten kontrolliert. Mehrmals hielten sie israelische Einheiten auf. Wie in den besetzten südlichen Teilen des Libanon spielen sich die Israelis auch in Beirut wie die Herren des Landes auf. Dabei haben sie die Unterstützung der Falangisten, die in den arabischen Stadtteilen von Beirut mehrmals Überfälle verübten.

In deren Sinne ist bestimmt auch das Vorgehen der Israelis in den großen Gefangenenlagern, wo vor allem Palästinenser, aber auch linke Libanesen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten werden. Das Lager Ansar im Südlibanon ist völlig überfüllt. Die Gefangenen leiden vor allem unter Kälte und den Regen- und Schneestürmen. Es gibt viel zu wenig Zelte. Vor kurzem revoltierten die Gefangenen, und die israelische Armee mußte Verstärkung heranziehen, um die Gefangenensituation niederzuschlagen.

Aus Israel wurde jetzt bekannt, daß zum dritten Mal ein Reservist eine Einberufung nach Ansar nicht befolgte. Wie die anderen erhielt auch er eine Haftstrafe.

Die komplizierte Lage des Libanon zeigt sich auch an den aufgeflamten Kämpfen in Tri-

poli, im nördlichen Libanon. Tripoli ist die „arabischste Stadt“ im Libanon, der weitgehend von „christlichen“ Metropolen beherrscht wird. In Tripoli kämpfen seit Anfang des Jahres verschiedenste Gruppen um die Macht. Moslemische Nationalisten wollen Tripoli als ihre Bastion gegen den christlichen Teil ausbauen, alawitische Moslems, eine Sekte der auch der syrische Staatspräsident angehört, wollen verstärkten Einfluß Syriens, um der Besetzung des Südtails durch die Israelis ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Zum dritten kämpfen Anhänger der Baath-Partei für den Abzug aller Syrer aus dem Libanon.

Seit Beginn des Jahres sind in Tripoli 25000 Menschen obdachlos geworden, immer wieder flackern Schießereien auf. Die ärztliche Versorgung ist katastrophal, die Nahrungsmittel werden knapp.

So wird deutlich, daß der Libanon heute ein Spielball verschiedenster Mächte ist, die Einfluß auf dieses strategisch so wichtige und eigentlich auch sehr reiche Land haben wollen. Der erste und dringendste Schritt für eine echte Normalisierung wäre der Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon. Das gilt für die israelischen, aber auch für die syrischen Truppen und das internationale Truppenkontingent, das nur die Interessen des westlichen Imperialismus sichern soll.

Die Hafnarbeiter
halten durch

Fortsetzung von Seite 1

Schiff legte ganz schnell, mit der halben Ladung an Bord, wieder ab.

Damit war die Aktion aber noch nicht zu Ende. Die Polizisten drängten die Hafnarbeiter vom Hafen weg in die Stadt. Dort blockierten die Arbeiter aber den gesamten Verkehr, bis die Unternehmer sich bereit erklärten, alle LKWs aus dem Hafen abziehen und die Löscharbeiten vollständig einzustellen.

Am nächsten Tag demonstrierten die Hafnarbeiter wieder in Apenrade. In einem Flugblatt äußerten sie sich selbstkritisch über einige Härten ihres Kampfes gegen die Polizei, es hatte einige Polizisten mit Ketten, Säurebehältern und dicken Knütteln erwischt, sie baten aber auch um Verständnis für ihre Aktion, weil sie keine anderen Möglichkeiten gegen die gut ausgerüsteten Polizisten mit ihren scharfen Hunden gehabt hätten.

Bei dieser Demonstration erfuhr die Hafnarbeiter, daß das örtliche Kraftwerk in der Nacht ein Kohleschiff entladen wollte. Spontan wurde das entsprechende Betriebsgelände eine ganze Nacht lang von 150 entschlossenen Arbeitern belagert, und nichts geschah.

Die Abwehrkämpfe in Dänemark gegen den Sozialabbau weiten sich aus. In der vergangenen Woche traten mit den gleichen Zielen wie die Hafnarbeiter auch mehrere tausend Arbeiter der fischverarbeitenden Industrie in 14 Städten in den Streik.

Dem Kampf der dänischen Hafnarbeiter droht jetzt aber Gefahr aus der Bundesrepublik. Die dänischen Unternehmer wollen offensichtlich den für sie günstig gelegenen Hafen Flens-

burg ausnutzen, um dem Streik entgegenzuwirken. Immer mehr Im- und Exportfirmen wollen ihre Geschäfte per LKW und dann im Flensburger Hafen abwickeln.

Die dänischen Hafnarbeiter werben weiter bei den westdeutschen Gewerkschaften, konkret bei der ÖTV, um Unterstützung. Immer wieder verteilen sie auch Flugblätter an ihre westdeutschen Kollegen.

Hatte die ÖTV in Hamburg die dänischen Kollegen schon darauf verwiesen, daß man auf eine Anfrage vom Hauptvorstand aus Stuttgart warte, bis man Solidaritätsaktionen organisieren könne, man brauche aber auch einen Auftrag der internationalen Transportarbeitervereinigung, so stellte sich die Flensburger ÖTV ebenfalls auf formale Standpunkte, als sie gefragt wurde, was sie tun könne.

Der Kreisgeschäftsführer der ÖTV, Schröder, erklärte ebenfalls, er hätte keine Anfrage, keinen Auftrag aus Stuttgart vom Hauptvorstand, außerdem hält er Solidaritätsmaßnahmen westdeutscher Hafnarbeiter in Flensburg „für reine Theorie“. Aber wie schon der Bericht über Hamburger Hafnarbeiter im letzten RM zeigte, stimmt das nicht. Die Arbeiter sind für Aktionen, die Solidarität gebietet sie.



Berliner Verkehrsarbeiterstreik November '32

Die Legende von der faschistisch-kommunistischen Allianz

Wie konnte es geschehen, daß die Weimarer Republik kampfflos vor den Nazis kapitulierte? Eine der Antworten, die in den Schulen der BRD auf diese Frage gegeben wird, besteht in der Behauptung, Kommunisten und Nazis hätten gemeinsam die Republik sturmreif geschossen und sie somit ihrer letzten Widerstandsreserven gegenüber dem Zugriff Hitlers beraubt. Als Paradebeispiel für diese merkwürdige Allianz von Rot und Braun wird immer der mehrtägige Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) vom November 1932 angeführt, bei dem Kommunisten und Nazis Schulter an Schulter angetreten wären, um der Weimarer Republik den Todesstoß zu versetzen.

An der Entstehung dieser Legende haben nicht nur reaktionär-bürgerliche Historiker bienenfließig gewirkt; gerade die Sozialdemokratie hat hier ihren besonderen Beitrag geleistet. So heißt es etwa in den jetzt vom Parteivorstand der SPD vorgelegten Materialien zum Jahrestag der Machtergreifung („1933 — Fünfzig Jahre danach.“): „Im November 1932 kämpften KPD-Anhänger in Berlin in gemeinsamer Front mit den Nationalsozialisten im Verkehrsarbeiterstreik, der aus kommunistischer Sicht zum Auftakt des politischen Massenkampfes gegen den Weimarer Staat werden sollte.“

Die gleiche Position findet sich auch in Artikeln, die jetzt in der Gewerkschaftspresse veröffentlicht wurden. Ein besonders infames Beispiel für die darin betriebene Geschichtsklitterung stellt ein Beitrag in der November-Nummer des „ÖTV-Magazins“ dar. Der mit „er“ zeichnende Autor (dahinter verbirgt

ihre Lebenslage waren natürlich die Werktätigen im ganzen Reich ausgesetzt — ganz zu schweigen von den etwa sechs Millionen Arbeitslosen, deren Unterstützung immer mehr zusammengestrichen wurde. Kennzeichnend für die reaktionäre Regierungspolitik in diesen Krisenjahren waren die sogenannten Notverordnungen, mit denen die Reichsregierungen, auch unter Umgehung der Tarifautonomie, drastische Lohnsenkungen verordneten. Im Januar 1932 beispielsweise hatte Kanzler Brüning einen Abbau der Löhne um zehn Prozent verfügt. Die von SPD-Leuten geführte Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft setzte den Vollzug dieser Maßnahme in ihrem Betrieb jedoch vorläufig aus.

Unter Brünings Nachfolger Papen verstärkte sich der Druck auf die BVG-Direktion, diesen Lohnabbau endlich durchzusetzen. Zudem verabschiedete die Papen-Regierung

als kleineres Übel gegenüber weitergehenden Forderungen der Direktion. Diese Politik des kleineren Übels hat die BVG-Direktion zu ihrer jetzigen Provokation ermutigt.“

Herbststreikwelle

Die Position, die der „Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ (Gesamtverband) bei der BVG einnahm, war symptomatisch für den ADGB insgesamt. Er hatte die Notverordnungs politik Brünings, ebenso wie die SPD-Spitze das getan hatte, toleriert und jegliche Abwehrreaktionen dagegen abgewürgt. Nachdem Brüning von dem ultrareaktionären Junker Papen abgelöst worden war, und nachdem der neue Kanzler im Juli '32 die SPD-Regierung in Preußen (die letzte starke Bastion der Sozialdemokratie im Staatsapparat der Weimarer Republik) putschartig abgesetzt hatte, änderte sich die Linie der ADGB-Führung. Der Gewerkschaftsvorsitzende Leipart kündigte den Tolerierungskurs auf und erklärte: „Auch auf die Gefahr hin, daß Schadensersatzklagen gegen die Gewerkschaften anhängig gemacht werden, müssen wir die Arbeiter zum Widerstand ermutigen. Diese Parole ist notwendig.“ Und die Parole hieß nun, daß „freiwillig kein Tarif mit Lohnabbau mehr abgeschlossen wird.“

Allerdings beließ es der ADGB bei dieser Losung, ohne nun auch tatsächlich Kampfmaßnahmen in die Wege zu leiten. Die — wenn auch nur in Worten vollzogene — Kursänderung genügt jedoch schon, um auf breiter Front Abwehrmaßnahmen der Arbeiter im gesamten Reichsgebiet zu befür-

Die Entwicklungen bei der BVG müssen auch vor dem Hintergrund dieser Herbststreikwelle gesehen werden, die insgesamt zu einem neuen Aufschwung der lange in die Defensive gedrängten Arbeiterbewegung führte. Beim BVG nun wurde über die oben genannten Forderungen der Bosse zwischen der Direktion und dem Gesamtverband verhandelt. Man einigte sich auf einen Abbau der Löhne um zwei Pfennig pro Stunde. Unter dem Druck der über dieses Ergebnis empörten Belegschaft mußte der Gesamtverband dieses Abkommen allerdings einer Urabstimmung unterwerfen.

„Für Lohnabbau oder für Streik?“

Auf den Stimmkarten war die Frage „Für Lohnabbau oder für Streik“ ausgedruckt. Und den Gewerkschaftsführern kam die Urabstimmung offenbar nicht unlegen. Hofften sie dadurch, wie es ein Funktionär ausdrückte, „den Schreihälsen der RGO den Mund zu stopfen.“ Das allerdings erwies sich für die Führer des Gesamtverbands als eine verheerende Fehleinschätzung der Lage im Betrieb. 21 902 Kollegen waren stimmberechtigt, 18 537 beteiligten sich an der Urabstimmung — aber nur 3 993 votierten für Lohnabbau, 14 471 dagegen für Streik.

Die überwältigende Mehrheit der BVG-Arbeiter wollte ihren Lohn also durch Kampfmaßnahmen verteidigen. Diese eindeutige Tatsache wird von heutigen DGB-Autoren gerne unter den Tisch gekehrt. Ebenso wie die zahlreichen heute zugänglichen Dokumente, die die jämmerliche Haltung der sozialdemokratischen Führer in dieser

FASCHISMUS AN DER MACHT



30. Januar 1933

mit den Verkehrsarbeitern nur einen Abzug von zwei Pfennigen vorsah. Nun stellen Sie sich einmal die Lage für die Organisation vor: Den städtischen Arbeitern hat man gesagt, ihr müßt vier Pfennig Lohnabbau hinnehmen, ein Streik ist unmöglich, und den wegen zwei Pfennig Lohnabbau streikenden Verkehrsarbeitern müßte man eine Unterstützung gewähren. Dieses unglückliche Zusammentreffen hat nun leider Gottes die politische Wirkung gehabt.“

Die Berechtigung eines Streikkampfes bei der BVG wird von den im Parteiausschuß versammelten Herren intern übrigens nicht in Frage gestellt. SPD-Vorstandsmitglied Lietke beispielsweise erinnert daran: „Wir haben doch die Parole in die Massen hineingetragen: Schluß mit Lohnabzügen.“ Nach außen jedoch werden — als dann der Kampf entbrannt ist — die Streikenden im SPD-Organ „Vorwärts“ als „nationalsozialistisch-kommunistische Terrorgruppen“ diffamiert.

Obwohl also die BVG-Arbeiter mit ihrem Streikvotum nichts anderes gemacht haben, als die vom ADGB selbst ausgegebenen Parolen ernst zu nehmen, weigert sich der Gesamtverband, das Ergebnis der Ur-

nöber der Gewerkschaftsführung, beschließt den Streik und wählt 127 Delegierte, die den Kampf organisieren sollen. Davon gehören 25 dem Gesamtverband an, fünf der Metallergewerkschaft DMV, fünf der Gewerkschaft der Eisenbahner, 52 der RGO, 40 Kollegen sind nicht organisiert. Und unter diesen Unorganisierten sind nun auch einige Kollegen, die der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO) angehören. Entsprechend sind in der von der Delegiertenkonferenz gewählten Streikleitung neben Freigewerkschaftern, RGOlern, SPD-Mitgliedern und Frauen von BVG-Arbeitern auch zwei Angehörige der NSBO vertreten.

„Die Leute sind erbittert“

Auf dieser simplen Tatsache nun beruht die ganze Legende von der angeblichen rot-braunen Allianz. Dabei war es durchaus nicht ungewöhnlich, daß sich die Betriebsorganisation der Nazi-Partei an Streikkämpfen beteiligte, so beispielsweise auch beim großen vom DMV organisierten Metallstreik 1930. Die Motive dafür sind nicht schwer zu ergründen. Sie liegen, in Form von zeitgenössischen Dokumenten, auch schwarz auf weiß vor. So ist in den Papieren des damaligen Reichspräsidenten Hindenburg beispielsweise eine „Aufzeichnung über die Besprechung des Herrn Reichspräsidenten mit Herrn Adolf Hitler am Sonnabend, dem 19. November 1932, 11.30 Uhr“ enthalten. Den Vorwürfen Hindenburgs wegen der Teilnahme der NSBO am BVG-Streik entgegnet Hitler folgendermaßen: „Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland“ — spricht: kein Vorteil für diejenigen Kreise des Monopolkapitals, die Ende '32 Hitlers Ernennung zum Reichskanzler betrieben, und die an einem gewissen Einfluß der Nazi-Partei auf Teile der Arbeiterschaft durchaus interessiert waren.

Ähnlich äußerte sich auch Goebbels in seinem Tagebuch. Am 2. November, dem Tag des Streikbeginns, notierte er: „Wenn wir uns diesem Streik, der um die primitivsten Lebensrechte der Straßenarbeiter geht, entzogen hätten, dann wäre da-

Fortsetzung auf Seite 13



Streikposten vor dem Depot in Berlin-Charlottenburg

sich vermutlich der DGB-Haus-historiker Gerhard Beier) hat seinem Artikel über den BVG-Streik den bezeichnenden Titel „Goebbels und Ulbricht zogen die Fäden“ gegeben. (Es gibt jedoch, das soll natürlich nicht verschwiegen werden, auch in der Gewerkschaftspresse Beiträge, die sich an der geschichtlichen Wahrheit orientieren, beispielsweise einen Aufsatz von Witich Roßmann in der zweiten November-Ausgabe der „Druck und Papier“.)

Lohnabbau ohne Ende

Was hat es nun wirklich mit der angeblichen rot-braunen Kampffront beim BVG-Streik auf sich. Zunächst einige Hintergründe. Im Verlauf der bis dahin tiefsten zyklischen Krise der kapitalistischen Wirtschaft hatten sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der BVG-Arbeiter radikal verschlechtert. Allein in der Zeit vom Mai 1931 bis zum Januar 1932 hatten sie fünfmal einen Abbau der Löhne und Gehälter hinnehmen müssen; dazu kamen Rationalisierungsmaßnahmen in den Verkehrsbetrieben, die Kürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, der Abbau von sozialen Einrichtungen bei der BVG usw. Ähnlichen Angriffen auf

Anfang September zwei neue Notverordnungen, die den Unternehmern massive Subventionen gewährten und ihnen auch die Möglichkeit einräumten, im Falle der Neueinstellung von Arbeitern allen Beschäftigten den Wochenlohn einseitig um etwa zwölf Prozent zu kürzen.

In dieser Situation lief am 30. September 1932 der Lohn- und Manteltarif bei der BVG aus. Die Direktion forderte nun zur „Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die der Reichsarbeiter“ eine Kürzung der Stundenlöhne bis zu 23 Pfennig. (Der tarifliche Facharbeiterlohn betrug 1932 etwa 82 Pfennig.) Wie verhielten sich nun angesichts dieser massiven Angriffe die reformistischen — im ADGB zusammengeschlossenen — Gewerkschaften? Die KPD kennzeichnete in der „Roten Fahne“ (16.10.32) ihr Verhalten, bezogen auf den BVG, so: „Alle Abbaumaßnahmen konnten bisher durchgeführt werden, weil die Gewerkschaftsbürokratie und die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre Kampfmaßnahmen sabotierten. Sie haben insbesondere ihre Zustimmung zu jeder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und zur Einführung der Urlaubstage ohne Bezahlung gegeben. Jede dieser Maßnahmen bezeichneten sie



Depot Müllerstraße: Ein Streikbruch wird verhindert

geln. Nach langen Monaten der Lähmung kam es nun im Herbst 1932 zu einer Streikwelle mit Kampfaktionen in über tausend Betrieben. Die Leitung dieser Kämpfe lag meistens in den Händen von Betriebsräten oder gewählten Streikleitungen (oft unter maßgeblichem Einfluß der RGO); der ADGB übte Zurückhaltung, trat aber nicht gegen diese — im übrigen zu meist erfolgreichen — Streik-kämpfe auf: Schließlich hatte er ja jetzt selbst die Losung vom Widerstand gegen den Sozialabbau ausgegeben.

Angelegenheit bloßlegen. Da gibt es etwa ein interessantes Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses der SPD vom 10. November 1932. Dort äußerte sich ADGB-Vorstandsmitglied Graßmann zu der Frage, warum man mit allen Mitteln gegen einen Streik zur Sicherung der Löhne bei der BVG aufzutreten war: „Für mehr als 20 000 städtische Arbeiter ist kurze Zeit vor den Verhandlungen mit der BVG ein Schiedsspruch zustande gekommen, der den Leuten vier Pfennig vom Stundenlohn nimmt, während die Regelung

abstimmung anzunehmen, weil es nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit für den Streik erbracht hätte. Tatsächlich aber ist, bei Abzug der Arbeiter, die wegen Krankheit, Urlaub usw. gar nicht an der Abstimmung teilnehmen konnten, diese Mehrheit durchaus erreicht. Zum anderen handelt es sich beim Passus des Gewerkschaftsstatuts über die für Streik erforderliche Dreiviertelmehrheit um eine Kann-Bestimmung.

Am Abend des 2. November durchkreuzt die Belegschaft der BVG diese offensichtlichen Ma-

Die Legende von der faschistisch-kommunistischen Allianz

Fortsetzung von Seite 12

mit unsere feste Position im arbeitenden Volk ins Wanken gekommen. Hier haben wir vor der Wahl (gemeint ist die Reichstagswahl am 6. November — RM) noch einmal die große Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß unser anti-reaktionärer Kurs wirklich von innen heraus gemeint und gewollt ist ...“

Hier wird die rein taktische, und im engeren Sinne wahl-taktische Haltung der Nazis gegenüber dem BVG-Streik deutlich. Als dann die Wahlen vorüber waren, bei denen die Hitler-Partei trotz aller Demagogie übrigens schwere Einbrüche erlitt,

nationalsozialistische Partei herausgegeben. Die „Rote Fahne“ werde bis zum 17. November verboten.“ Diese Niederschrift ist aus zwei Gründen interessant. Zum einen, weil Bracht in der Besprechung, an der auch hohe Reichswehr- und Polizei-offiziere beteiligt waren, eindeutig darauf hinweist, daß die von der Sozialdemokratie ja damals schon behauptete Zusammenarbeit zwischen der KPD und den Nazis in Wahrheit nicht besteht. Zum anderen deshalb, weil Bracht ganz offensichtlich bestens über die Schachzüge der Hitler-Partei informiert ist („eine entsprechende Weisung ... werde herausgegeben“).

dessen versuchten die Nazis mit eigenen Streikparolen oder mit dem Versuch, eigene Streikleitungen zu installieren, Verwirrung zu stiften — allerdings ohne nennenswerten Erfolg.

Die Zentrale Streikleitung (der ja, wie gesagt, auch zwei NSBO-Mitglieder angehörten!) warf der Führung der Nazi-Betriebsorganisation denn in einem Flugblatt auch vor, „die Streikfront seit den ersten Stunden des Kampfes gespalten“ zu haben. Gerade diese Auseinandersetzungen machen aber auch deutlich, daß es richtig und notwendig war, auch die von den Nazis beeinflussten Belegschaftsmitglieder (die NSBO



Straßensperren gegen Streikbruch

schrrieb Goebbels denn auch unter dem Datum des 11. November in sein Tagebuch: „Unsere Attacken gegen die KPD müssen jetzt mit größerer Schärfe vorgetragen werden. Während des Streiks gerieten wir in eine unangenehme aber unvermeidliche Tuchfühlung. Jetzt muß wieder Abstand genommen werden.“ Nicht gerade ein Indiz für die von den Geschichtsklittern behauptete Allianz.

Schließlich sei noch die Niederschrift einer Ministerbesprechung in Papens Reichskanzlei am zweiten Streiktag angeführt. Bei dieser Konferenz wurde der bewaffnete Streikbruch vorbereitet. „Reichsminister Dr. Bracht hielt den Streik für eine Kraftprobe der KPD ... An den Beschädigungen der ersten an den beschädigten Wagen hätten sich auch Vertreter der Nationalsozialisten beteiligt. Im übrigen arbeiteten sie nicht mit der KPD zusammen. Eine entsprechende Weisung werde von der nation-

Streikbruch-Manöver der Nazis

Dadurch wird deutlich, daß die Nazis ihr nur taktisches Eingreifen in den Streik mit der Papen-Regierung abgesprochen hatten. Von einer wirklichen Beteiligung der NSBO konnte ohnehin nicht die Rede sein. Sie hatte sich erst nach dem Streikbeschluß der Belegschaft an die Bewegung angehängt, während namentlich die RGO (sie verfügte bei der BVG über 40 Betriebsgruppen mit 1137 Mitgliedern) und daneben auch zahlreiche Freigewerkschafter die Vorbereitungen auf den Ausstand organisiert hatten. Während des Kampfes selbst war den NSBO-Mitgliedern von ihrer Führung ausdrücklich die Teilnahme am sogenannten Massenstreik (der das Auslaufen von Bahnen und Bussen verhindern sollte) verboten worden. Statt-

hatte 1932 immerhin 360000 Mitglieder) in den Kampf einzubeziehen, um die Widersprüche zwischen ihnen und ihren Führern zu vertiefen und auch so den Einfluß des Faschismus auf die werktätigen Massen zu brechen.

Umgekehrt war die streikbrecherische Haltung der sozialdemokratischen Führer dazu angetan, den Faschisten die Hasen in die Küche zu treiben. Denn gerade die offensichtliche Sabotage dieser Leute am Abwehrkampf der Arbeiter und Angestellten erlaubte es den Nazis ja, sich demagogisch als angebliche Kämpfer gegen das Kapital zu präsentieren. Wenn rückschrittliche Teile der Werktätigen zu den Nazis überliefen, dann lag das eben nicht zuletzt daran, daß SPD und ADGB jahrelang Lohnraub und Sozialabbau widerstandslos toleriert hatten.

„Die Kommunisten haben einen Erfolg errungen“

Von einer rot-braunen Allianz kann beim BVG-Streik also nicht die Rede sein. Es war vielmehr die beispielhafte geschlossene Kampfkraft einer ganzen Belegschaft gegen die Krisenpolitik des Kapitals. 16000 Kollegen, die überwältigende Mehrheit der Betriebsangehörigen, beteiligten sich beginnend mit der Nachtschicht vom 2. auf den 3. November bis zum 7. November an diesem Ausstand, der mit größter Entschlossenheit durchgeführt wurde. Es gelang den Streikenden in dieser Zeit, den gesamten Verkehr in Berlin lahmzulegen; Streikbruch wurde unter anderem durch das Herausreißen von Schienen und Errichtung von Straßensperren verhindert. Für die sozialdemokratische Presse war das „Terror“, aber selbst das Unternehmerorgan „Deutscher Volkswirt“ mußte damals erstaunt die „Sympathie breitester Schichten“ mit dem Kampf der BVG-Arbeiter registrieren.

Und die führende Rolle von KPD und RGO bei diesem Streik wurde selbst in fortschrittlichen Kreisen der bürger-

Broschüre der KPD von 1932



lichen Intelligenz gewürdigt. So schrieb etwa die von dem späteren Friedens-Nobelpreisträger Carl von Ossietzky herausgegebene Zeitschrift „Weltbühne“: „Die Kommunisten haben jedoch einen moralischen Erfolg errungen, wie noch nie in den Arbeiterkämpfen der letzten Jahre.“

Der BVG-Streik mußte am 7. November mit Teilerfolgen (Verlängerung des Manteltarifs, Abwehr des Lohnabbaus in einigen Betriebsteilen) abgebrochen werden. Die Ursachen dafür waren zum einen massive Unterdrückungsmaßnahmen. Regierungschef Papen hatte im Radio die „Ausrottung der streikhetzerischen Bolschewisten und den Einsatz aller staatlichen Mittel“ angedroht — und damit auch Ernst gemacht. Die Polizei ging mit Waffengewalt gegen die Streikenden vor, vier Arbeiter wurden erschossen, 500 Streikposten verhaftet und von Schnellgerichten abgeurteilt. Auf der anderen Seite begann die BVG-Direktion damit, die Streikenden massenweise zu entlassen und der Gesamtverband drohte seinen am Ausstand beteiligten Mitgliedern den Ausschuß an. Funktionäre des Gesamtverbands waren es schließlich auch, die am letzten Streiktag in einem letzten Einsatz mit Lügen und erneuten Drohungen einen Teil der Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zwangen.

„Erfahrene Gewerkschaftsführer ...“

Trotzdem kann das Ergebnis dieses Arbeitskampfes nicht nur an dem oben erwähnten geringen Teilerfolg gemessen werden. Dem BVG-Streik, der ja auch unmittelbar gegen die reaktionäre Notverordnungspolitik der Reichsregierung gerichtet war, kam eine große politische Bedeutung zu. Nicht nur deshalb, weil er als Höhepunkt der Herbststreikwelle entscheidend mit dazu beitrug, daß Papen zu-

rücktreten und sein Nachfolger Schleicher die Papensche Wohnabbau-Notverordnung wieder zurücknehmen mußte. Die wahre Bedeutung dieses Streiks hat wohl am besten der Papen-Vorsitzende der Leipziger Gewerkschaft am 29. November 32: „Der Verkehrsstreik habe gezeigt, welche Kräfte in der Arbeiterschaft ausgelöst werden könnten. Wenn etwa die erfahrenen Gewerkschaftsführer solche Dinge in die Hand nehmen würden, dann sei das eine sehr ernste Gefahr.“

Eine Gefahr, so muß hinzugefügt werden, für die Bourgeoisie, eine Gefährdung insbesondere ihrer Pläne, auf kaltem Wege Hitler an die Macht zu bringen und eine offen terroristische Diktatur zu errichten. Aber die „erfahrenen Gewerkschaftsführer“ zogen es ja bekanntlich vor, diese „Kräfte in der Arbeiterschaft“ nicht zu mobilisieren, sondern sie im Gegenteil zu fesseln. So konnte dann das Finanzkapital seine finsternen Pläne ohne Massenwiderstand verwirklichen.

Gerade diese von Leipziger Widerstandskämpfern noch einmal deutlich, wie zutiefst verlogen die heutige offizielle Geschichtsschreibung des DGB über den BVG-Streik ist. Was sie als faschistisch-kommunistische Aktion zur Zerstörung der Weimarer Republik diffamiert, war in Wahrheit ein bedeutendes Zeichen des Arbeiterwiderstands gegen diejenigen, die tatsächlich die Liquidierung Weimars betrieben und die schon dabei waren, Hitler an die Macht zu schieben. Und daß es bei diesem Zeichen blieb, daß nicht der Massenkampf gegen die schlechteste Errichtung der faschistischen Diktatur entfesselt wurde, haben letztlich die „erfahrenen Führer“ der SPD und der Gewerkschaften zu verantworten.

Filme zum 30. Januar

In vielen Programmkinos laufen in diesem Monat Filme, die sich mit dem Faschismus auseinandersetzen. Vier von diesen Filmen wollen wir empfehlen.



„Die weiße Rose“, ein Film über die Münchner Widerstandsgruppe der Geschwister Scholl.



„Fünf letzte Tage“ behandelt weniger die Geschichte der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ als vielmehr Sophie Scholls letzte Tage vor der Hinrichtung im Gestapo-Gefängnis.



„Das Mädchen mit dem roten Haar“ ist die Geschichte einer holländischen Widerstandskämpferin während der Nazi-Besatzung der Niederlande.

Von Richtern und anderen Sympathisanten

„Von Richtern und anderen Sympathisanten“ beschäftigt sich mit den Juristen Hitlers und mit Hitlers Juristen im Nachkriegsdeutschland. Ein wichtiger Film, der in Zusammenarbeit mit der Journalistin und Gerichtsreporterin Peggy Parnass entstand.



Reichskanzler Papen unter Polizeischutz



Polizisten als Streikbrecher

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 3, 21 Ocak 1983

Yıl: 17

1 DM



Korku mu?

Herhalde CDU'nun planlama kurullarında yanlış bir tahminde bulunuldu. Hamburg seçim sonuçları onların midelerine oturdu. Şimdi ise Hamburg dersinden öğrenenler, büyük kampanyalarında CDU'nun toplumsal yaşamın her alanındaki tüm hakları kısıtlama saldırılarını sosyal olarak göstermeye çalışıyorlar. CDU'nun seçim kampanyası üzerine çıkardığı ilk özel sayıda (CDU-stra) manşetleri "Biz kiracıları koruyoruz"; "Emeklilik maaşları garanti de" sözleri oluşturuyor. Tabi ki buna ilişkin olarak onlar yoğun bir propaganda sürdürülen emeklilik maaşlarındaki yükselmenin ertelendiğini kimse bilmiyormuş gibi davranıyorlar. Ve işverenlerden ve zenginlerden kesilen özel verginin (Ergänzungsabgabe) ödenmesini kararlaştırarak halkın gözünü boyamaya çalışıyor. Uzun bir dönem hayali ile yaşadığı başbakanlık koltuğuna oturduğunda Kohl'un zafer umudunu beslemesi, sevinçli olması bugün artık o kadar parlak değil. "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında "Kohl Hükümeti için 5 aylık görev süresi fazla bile" diye yazmıştık ve biz buna bağlı kalıyoruz.



Yalnızlığa terk edildiler

Danimarka liman işçileri üzerine verilen son haberlerde Alman-Danimarka sınırında işçilerle polis arasında çetin sokak çatışmalarının olduğu belirtilmektedir. Danimarka limanları yerine B. Alman limanlarına boşaltılan malların götürülmesini önlemek için Padborg'ta 400 liman işçisi toplandı. Pazar gecesi polisin vahşice saldırısı sonucunda yalnızca burada altı işçi ağır yaralandı, 13'ü ise tutuklandı.

İşverenlerin grevi hiçe saymaları ortamı kolaylaştırdığından dolayı, işçiler Alman-Danimarka sınırında otoban giriş çıkışlarını trafiğe kapamak istediler. Çünkü mallar Almanya sınırında özellikle de Flensburg'ta gemiden kamyonlara yüklenerek Danimarka'ya nakledilebiliyordu. Buna rağmen ÖTV sendikası, Danimarka liman işçileri ile dayanışmaya girmede ve bunu çeşitli biçimsel nedenlerden dolayı reddediyor.

Ancak liman işçilerinin Danimarka gemilerini ve mallarını Batı Alman limanlarında da boykot etme hakkı vardır.



İG Metall Yönetimi tabanın taleplerini reddediyor

Çelik sanayisi işyeri garantisi temelinde devletleştirilmelidir!

Yeni Hükümetin atadığı kapitalist planlama memurlarının çelik sanayi sorununun çözümü için somut olarak hangi önerilerde bulunacakları üzerine spekülasyonlar sürüp gidiyor. Ancak daha şimdiden açık olan şu ki, bu tarafın yapacağı öneri, yeni işyerlerinin yok edilmesinden başka bir şey olmayacaktır. Alman çelik sanayisini elinde bulunduran bankaların hizmetinde "kapasite fazlalığının" yeniden yok edilmesi isteniyor. Korff çelik tekelinin tasfiyesini istemesinde görüldüğü gibi, sermayenin giderek daha büyük bir krizin içine giren bir sanayi dalı için izlediği kriz politikası budur. Bu durumda bu saldırılara çelik işçilerinin cevabı, her işyerinin korunması için mücadele olmalıdır ve bunun için gerekli mücadele cephesinin yaratılmasında mümkün olan tek yol ise çelik sanayisinin devletleştirilmesi talebidir.

Bu talep, söz konusu işçilerin sendikal örgütleri tarafından da geçen hafta yoğun bir şekilde vurgulandı. Özellikle IG Metall Dortmund örgütü ve Hoersch sendika temsilcileri bu yöndeki istemlerini açıkça dile getirdiler. Peki bu talebe karşı hangi tavrı takınımalısınız? Bu talebe karşı çıkan ve buna en fazlasından (tabi ki iki yüzlüce) "en son imkân" olarak gören IGM Yönetimi gibi mi davranmalısınız? Yoksa, bu mücadele cephesinden sıyrılmak için devlet işletmelerinde de çıkışların verildiğine işaret eden bazı güçler gibi mi hareket edelim? Bu tutumun ikisi de, mümkün olan tek bir mücadele cephesinde işçileri arkadan hançerlemek demektir.

Danimarka'da polis işçilere saldırdı

Liman işçilerinin grevi sürüyor

DANİMARKA. — Liman işçileri dört hafta önce başlattıkları grevi hala tüm kararlılıkla sürdürüyorlar. 15 Aralık'ta greve giden işçiler, hükümetin aldığı sosyal hakları kısıtlama önlemlerine karşı mücadele ediyorlar.

Grev başladığından beri polis birlikleri ve grev kırıcıları, grevin yapıldığı limanlarda gemileri söndürmeye çalıştılar. Özellikle Danimarka ziraatı için yem kılığının baş gösterme tehlikesinin arttığı şu günlerde, işverenler polisin koruyuculuğu altında gemilerden malları boşaltmaya yönlendiler.

Aalborg, Nørresundby, ve Kolding'te oturma grevi yapan işçilere polis saldırarak çemberi kırmaya çalıştı. Özellikle abluka eyleminin sürdüğü Kolding şehrinde diğer bölgelerden işçiler gelerek eylemi desteklemeye çalıştılar. Bu durumdan faydalanan işverenler komşu şehir olan Apenrada de gemileri söndürmeye koyuldularsa da bunda

Bizim izlememiz gereken yol bunların ikisi de değildir. İzlenmesi gereken doğru ve tek alternatif yol devletleştirilme sorununu açık seçik bir tarzda ortaya koymaktır; bunu işyerlerini garantileyen bazı şartlara tabi kılmaktır. Bu şartlar ise işyerlerinin garantisi ve bankaların faizlerinden vaz geçmesi vb. şartlardır. Çünkü siyasi olarak mücadeleyle kazanılmamış bir işyeri garantisi olmaksızın devletleştirilme boş bir şey olmaktan ve sermayeye hizmet etmekten öteye gitmeyeceği gibi, bunun dışında bu şartlar olmaksızın işyerlerinin korunması için hiç bir garanti yoktur.

Ve bankaların çeşitli isteklerinden, örneğin faizlerinden vaz geçmesi şartı koşulmadan

başarılı olamadılar. Ancak şimdi grevin etkilerini sınırlamak isteyen Danimarkalı işverenler, Federal Almanya'nın sınır şehri olan Flensburg'tan malları gemiden kamyonlara yükleyerek kara



Naziler nasıl
iktidara
geldiler

1. Bölüm:
Hitler'in
iktidarı ilk ele
geçirme
girişimi
"Bunun için
bir diktatörün
bulunması
gerekli"



Jena'da üç kişi tutuklandı

Doğu Almanya'nın şehri Jena'da üç kişi daha tutuklandı. Onlar da 24 Aralık'ta barış için resmi bir saygı duruşu yapma girişimine katılmışlardı. Tutuklanan üç kişinin evlerinde aramalar yapıldı. Devlet güvenlik makamları tarafından göz altına alınan ressam Frank Rub (31), besteci Peter Kähler (28) ve otomobil tamircisi Edgar Hilmann "muhalifetçi olmakla" suçlanıyorlar.

Daha önce tutuklanan bir muhalifetçi ise 16 ay hapis cezası giydi. Muhalifetçilere karşı Jena'da daha bir çok tahkikat sürdürüldüğü tahmin ediliyor.

Hükümetin tasarruf programına karşı İtalya'da genel greve gidilecek

18 Ocak, Salı günü İtalya'da, Fanfani Hükümeti'ne ve onun tasarruf politikasına karşı genel greve gidilecek. Genel grev kararını sendika yönetimleri tabanın baskısı sonucunda almak zorunda kaldılar. Ancak onlar diğer yandan ise eylemleri mümkün olduğunca sınırlamaya çalışıyorlar.

İtalya'da çeşitli büyük sendikalar arasında anlaşmazlıklar, sendika yöneticilerinin enflasyonun denkleştirilmesi üzerine yaptıkları ve yuvarlak olarak yüzde onluk bir kısıtlama anlamını taşıyan uzlaşmalar İtalya'daki çeşitli büyük sendikalar arasında anlaşmazlıklara yol açtı.

Ancak Hristiyan ve Sosyal Demokrat Partisi'nin yeni Fanfani Hükümeti, sendikal hesaplamalara göre her işçi evine ortalama olarak ayda 100 Mark yük getiren tasarruf programını açıklayınca, işçilerin mücadele azmi daha da yükseldi.



Bu durumda sendika yöneticilerinin genel grevin süresini ve bölgesel olarak (sadece sanayi merkezleriyle) sınırlama emellerini başarıp başaramayacakları henüz açık değil.

Nazilerin iktidara gelişinin 50. yıldönümü dolayısıyla düzenlenen yürüyüş ve mitinglere katılalım!

FRANKFURT

Yürüyüş saat 11'de F. Sachsenhausen'de ve Brücken/Textorstr.'de başlayacak ve saat 12.30'da mitingin yapılacağı Paulsplatz'a doğru ilerleyecek. — İlişki adresi: Roland Neuhaus, Rosertstr. 4, 6000 Frankfurt, Tlf: 0611/721883

HAMBURG

DGB Hamburg örgütünün düzenlediği; iktidarın Hitlerlere devredilişinin 50. yıl dönümüne ilişkin olarak bir yürüyüş ve mitinge çağrı yapanlar grubu, ve Hamburglu anti-faşist inisiyatifler tarafından desteklenen yürüyüş saat 11'de başlayacak. Yürüyüşün bitiminde ayrıca bir miting yapılacak. — İlişki adresi: Hamburger Antifaschistische Initiative, Simon-von-Utrecht-Str. 4, 2000 Hamburg 4, Tlf: 040/314254

KÖLN

Yürüyüş saat 11'de Friedrich-Ebert-Platz'ta başlayacak ve saat 12.30'da mitingin yapılacağı Neumarkt'ta son bulacak. — İlişki adresi: Walter Kuchta, Euskirchener Str. 6, 5000 Köln, Tlf: 0211/335020

MÖSSINGEN/BADEN-WÜRTTEMBERG

Yürüyüş saat 15.00'de Lichtensteinstr./Lange Str.'deki kapalı spor salonunun önünde başlayacak. Yürüyüşün bitiminde miting de yapılacak. — İlişki adresi: Fritz Besnecker, Wagenburgstr. 26, 7000 Stuttgart 1, Tlf: 0711/465113

MÜNİH

Yürüyüş saat 11'de Geschwister-Scholl-Platz'ta başlayacak. Miting ise saat 12.15'de Marienplatz'da yapılacak. — İlişki adresi: Marion Lehmcke, Minveriusstr. 11, 8000 München 19, Tlf: 089/531786

Duisburg'da yürüyüş

Hitler faşist diktatörlüğünün kuruluşunun 50. yıldönümüne ilişkin olarak ilk anti-faşist yürüyüş 22.1.1983 tarihinde Duisburg'ta yapılacaktır. Duisburg şehir merkezinde, Münzstrasse'deki Quelle'nin önünde saat 10'da başlayacak yürüyüş çeşitli Alman ve yabancı örgütlerin geniş bir eylem birliği temelinde gerçekleştirildi.

Hitler'in iktidarı ilk ele geçirme girişimi

“Bunun için bir diktatörün bulunması gerekli”

1. BÖLÜM

30 Ocak 1983'te, mali sermayenin en gerici güçlerinin girişimiyle, Reichstag kulislerinde yapılan bir entrikanın sonucunda Hitler'in başbakanlığa getirildiği gün 50. yıldönümüne girecektir. 30 Ocak; sonunda milyonlarca insanın kıyıldığı ve çöle çevrilmiş bir Avrupa olduğu faşist terör diktatörlüğünün başlangıcı simgeliyordu. Hitler'in iktidara gelişinin 50. yıldönümünden dolayı KŞ gelecek sayılarda, faşistlerin iktidarı ellerine geçirmelerinin ardında yatan nedenler üzerine bazı yazılar yayınlacak.

Sayılsızca efsanelerin 30 Ocak 1933'ün arifesiyle bağ kurulumuştur. Birincisi; anlaşılan nedenlerden dolayı Nazilerin kendilerinin yaptıkları. İkincisi ise; kurtuluştan sonra Federal Almanya'da bir sürü burjuva tarihçisi, yazarı vb. bu efsaneyi yeni devletin çıkarı doğrultusunda yaygınlaştırmaya koyuldular. Bununla ilintili olarak hemen hemen istisnasız olarak göze çarpan noktalardan biri,

kariyerini bir ajitator ya da mevcut gerici güçlerden bağımsız bir hareketin önderi olarak değil, tam tersine Reichswehr'in (1) muhbiri olarak başlattı. Devrim yılı 1919'da, dünya savaşından geri dönmüş bulunan Hitler, Bavyera Reichswehr Müfrezesi Ajan Servisi'nin hizmetinde muhbirlik yapıyordu. Onun görevi, devrimci işçilerin ve askerlerin toplantılarını gözetlemek ve Müfrezede

tıralarında; aralarında Hugo Stinnes, Albert Vögler, Ernst Borsig ve Carl Friedrich von Siemens gibi büyük sanayicilerin bulunduğu “50 beyle” yapılan oturum üzerine; “Tüm Sanayi, Ticaret ve Banka dünyasının yüksek tabakalarının” katıldığı yazıyordu. Bu oturumda beyler Liga'ya 500 milyon Mark verdiler ve bunun dışında Stinnes'in önerisi üzerine bir de “Anti-Bolşevik Fon”unu kurdular. “Bu paralar, sanayi, ticaret ve banka örgütleri aracılığıyla kendi kendilerini gönüllü vergilendirme kanalıyla tüm Alman teşebbüslerine taksim edildi” diyor Stadtler.

‘Sosyalizm ebediyen tasfiye edilmiş olacaktır’

Kuşkusuz ki bu verilen paralarla ilk planda anti-komünist propaganda eylemleri finanse edilmedi. İsteyerek verilen bu paraların büyük bölümü, öncelikle Gönüllüler Kitabı'nın ve başka gerici askeri örgütlerin savaş kasalarına aktı. Böylece tekeli sermaye, SPD Hükümeti'nin biçimsel kontrolü altında bulunan Reichswehr'in yanında devrimci işçi hareketinin baskı altında tutulması için bir de özel ordu oluşturmuştu. Bu amaçta sosyal demokrasinin sağcı önderleri ile birleşen büyük burjuvazinin önemli kesimlerinin Kasım Devrimi'nin (3) tamamen yok edilmesinden öte de planları vardı: Onlar devrimci süreçte mücadele sonucunda kazanılan reformları da tasfiye etmek, komünist partisinin yanı sıra sendikaları ve sosyal demokrasiyi de yok etmek, askeri bir diktatörlüğü kurarak savaş öncesi şartları yeniden oluşturmak ve birinci dünya savaşındaki galip güçlerden intikam almak için hızlı bir şekilde ön hazırlıklar yapmak istiyorlardı.

Bu hedefler, 1920 yılının ilkbaharında girilen Kapp darbesiyle ilk doruk noktasına ulaştı. Ne varki, askeri bir diktatörlük kurma girişimi; işçi sınıfının birleşik direnişi, genel grevi ve silahlı savunma çatışmaları sonucunda bozguna uğratıldı. Gerçi böylece karşı devrimin sınırları daha da belirginleşmişti; ancak tekeli sermayenin en gerici unsurları darbe planlarını, 1920 yenilgisinden sonra da sürdürmeye devam ettiler.

Tekeli sermayenin en gerici unsurlarının bu planları üzerine ayrıntılı bilgiyi Amerikan büyük elçisi Houghton'un 21.9.1923 tarihinde Washington'daki hükümetine ilettiği raporu vermektedir. Houghton, Almanya'nın en zengin adamı olarak bilinen, Alman-Lüksemburg maden sanayisi, Bergwerks- und Hütten AG'nin sahibi ve Gelsenkirchen Bergwerks AG Stinnes'in Yönetim Kurulu üyesi Hugo Stinnes ile (1924'te öldü) uzun bir görüşme sürdürmüştü. Hugo Stinnes, büyük elçiye ilkin, gelecek çalışma düzeni üzerine görüşlerinin ne olduğunu—8 saatlik iş gününün kaldırılması, grev hakkının tasfiye edilmesi vs.—açıklamıştı ve daha sonra ise işçilerin böyle bir düzeni şiddete başvuru olarak kabullenmeye zorlanması gerektiğini belirtmişti.

Houghton, “Bunun için o, tüm yetkilerle donatılmış, gerekli olan her şeyi yapan bir diktatör bulunmalıdır. Böylesi birisi halkın dilini konuşmalı, kendisi sivil olmalı ve böyle birisi hazırda bekliyor. Bavyera'dan hareket eden, eski monarşileri yeniden kurmakta kararlı olan büyük bir hareket oldukça yakın... Böylece komünistler acımasızca paramparça edilecekler... Bu ümitlerden sonra Almanya'da sosyalizmin siyasi bir varlık biçimi ebediyen yok edilmiş olacaktır” dediğini yazıyor.

Thyssen'in Nazilere ilk bağıışı

Hazır olan ile şüphesiz ki kast edilen Adolf Hitler'di. Ve Stinnes'in Amerikan büyük elçisine diktatörlük planlarını açıkladığı aynı zamanda, başı çeken bir diğer tekeli ise Münih'e gitmek için hareket geçmişti: Bu ise Mülheim'deki Thyssen und Co AG'nin Yönetim Kurulu Başkanı ve daha sonra ise 1925'te kurulan çelik tröstü Vereinigte Stahlwerke'nin başını çeken şahıs olan Fritz Thyssen idi. Thyssen Ekim 1923'te, birinci dünya savaşında Genel Kurmay Başkanı olan general Ludendorff'la buluşmuştu; bu ise onun Hitler'le ilişkisini kurmuştu. “I paid Hitler”, (Ben Hitler'e para verdim) adlı kitabında çelik patronu 1941 yılında, Münih'e gelmeden çok önce Nazi başbugusuna ve generale, “özellikle de Stinnes firmasındaki bay Minouks tarafından olmak üzere” büyük külliye paralar verildiğini yazıyor. “Ben ise kendi payım için ona yaklaşık olarak yüz bin Mark değerinde-

FASCHISMUS AN DER MACHT



30 Ocak 1933'te faşizm iktidara geldi

kendi silahlı çetelerini kurdu.

Ve Bavyera İmparatorluk Ordusu'ndan tut SA'ya (Nazilerin saldırı kitabı) kadar uzanan bu askeri potansiyel Berlin'e karşı harekete geçirilmek isteniyordu. Ancak bundan önce Sachsen ve Thüringen'de “temizlik yapılması” amaçlanıyordu. Ve bunun özel bir nedeni vardı. Bütün imparatorlukta 1923 yılında işçi sınıfı içerisinde devrimci sesler giderek büyüyordu. Bunun nedenleri ise; eşi görülmemiş bir enflasyonla ekonomik krizin daha da şiddetlendirilmesinde ve aşırı gericiğin ağırtan açığa darbe hazırlıkları yapmasında yatıyordu. Almanya Komünist Partisi, KPD daha 1923 yılı yazında tüm büyük şehirlerde kitle yürüyüşlerinin yapıldığı bir “Anti-faşist gün” örgütlemişti. O, SPD yönetimini ortak anti-faşist savunma kurullarının oluşturulmasına, işçilerin silahlandırılmasına ve faşist tehlikeye karşı bir genel grevin hazırlanmasına zorlamıştı. Ne yazık ki, bunda bir başarı elde edilemedi.

Yalnızca Sachsen ve Thüringen'de iki işçi partisinin birlikte hareket etmesi gerçekleştirilebildi ki, bu da diğer şeylerin yanı sıra ortak bir hükümetin kurulmasına yankısını buldu. Burada faşist birliklere karşı gerekli önlemler alındı; burada karşı devrimci Gönüllüler Kita-

Kahr'in Bavyera Volkspartisi'nin de (Halk Partisi; gerici bir parti) yer aldığı sağcı bir koalisyona bıraktı.

KPD yasaklandı. İmparatorluk Cumhurbaşkanı SPD'li Ebert şiddete başvurma hakkını Reichswehr şefi general Seeck'e devretti ve böylece fiiliyatta onu “resmi” bir askeri diktatör yaptı. Bu şartlar altında tekeli burjuvazinin büyük bir kesiminin arzuları ilk planda tatmin edilmişti. Böylece Thyssen ve Stinnes tarafından kıskırılan darbe teşebbüsünün artık hiç bir maddi temeli kalmamıştı. Fakat buna rağmen Hitler ve silah çeteleri 9 Kasım 1923'te harekete geçtiklerinde tamamen izole olmuşlardı. Eylemleri hemen dağıldı ve elebaşları polis tarafından tutuklandı.

Ayrıca burada bir noktaya daha değinmek istiyoruz: 1923 yılında yapılan çatışmalarda ve anti-faşist eylemlerde (örneğin diğerlerinin yanı sıra Hamburg ayaklanmasında) yer alan 6345 devrimci işçi toplam 4670 yıl hapis cezasına çarptırıldı. Buna karşılık darbeci ve “vatan haini” Adolf Hitler—ayrıca oldukça konforlu olan—hücrelerini 8 ay sonra tekrardan terk edebildi. Çünkü ona gerek duyuluyordu.

(Devamı var)
(Hitlers erster Griff nach der Macht, Teil 1)



Hitler muhbirlik görevi yaparken. Bu fotoğraf 1923'te bir Fransız gazetesinde yayınlandı.

faşizmin kuruluşunda özellikle tekeli sermayenin oynadığı rolün örtbas edilmesi girişimidir. Örneğin kötü şöhretli Hitler Filmi'nin ve faşizm üzerine bir “standart eserin” yazarı olan Joachim Fest, Hitler “ne satın alılabiliyordu ne de büyük sermaye ile birlikteydi” diyor.

Bunun aksini ispatlayan, ya kibarca tek yanlı olmakla suçlanmakta ya da Doğu Almanya propagandasının borazanlığını yapmakla damgalanmaktadır. Ancak bunun için şüpheli görül-meyen kaynaklara, yani küstahça efsane oluşturma girişimlerinin maksatlı birer yalan olduğunu açığa çıkarmak için ABD Hükümeti'nin savaş sonrası dönemin hemen başındaki belgelerine şöyle bir göz atmak yeterlidir: 12 Ekim 1945'te Berlin'de, ABD senatörü Kilgore'nin yönetiminde bir komisyonun Nazi kitle katliamı üzerine araştırma çalışmalarının sonuçlarını ortaya koyan bir rapor yayınlandı. Bu raporda diğer şeylerin yanı sıra şöyle deniyor: “1. Alman büyük sanayicilerinin ta en son anda ve yarı zorlanmış bir tarzda Nasyonal sosyalizme katıldıkları doğru değildir. Onlar, daha başından onun çöşkulu destekleyicileriydiler. 2. Alman ağır sanayisinin ve yüksek maliyesinin desteği, Nasyonal sosyalistlerin iktidarı ellerine geçirmelerini olanaklı kıldı.”

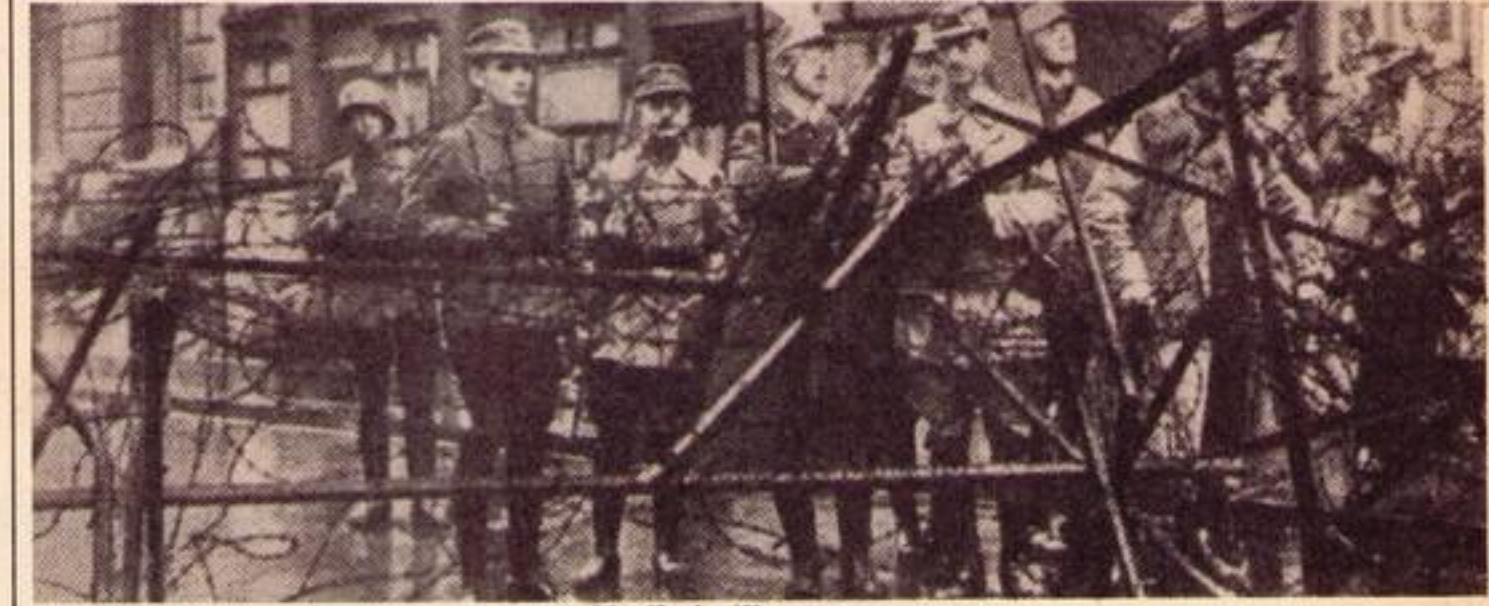
Reichswehr'in muhbiri

Şimdi burada, Alman büyük kapitalistlerinin nasıl ve hangi nedenlerden ötürü Nazi partisinin “çoşkulu destekçileri olduklarını” ortaya koymak istiyoruz. Önce Hitler'den başlayalım: o, kendisinin politik

amirlerine orada ortaya çıkan gelişmeler hakkında sürekli bilgi vermektir.

Reichswehr ajanı görevinde bulunan Hitler, Eylül 1919'da Alman İşçi Partisi (DAP)ye girdi. İsmine bakıldığında ilerici bir konumu varmış gibi görünen bu parti “Yahudi Bolşevizmi” ne karşı ve işçi sınıfının “üretime katılan burjuvazi ile” (2) ittifakı için propaganda sürdüren aşırı gerici bir partiydi. Hitler kısa zamanda bu partinin başına geçti ve isminin “Nasyonal Sosyalist Alman İşçi Partisi” (NSDAP) olarak değiştirilmesini sağladı. Yeni parti başkanı Adolf Hitler'in Reichswehr Subaylar Heyeti'nin elinde bulundurduğu iplere henüz ne denli bağlı bulunduğunu, Hitler'in amiri yüzbaşı Mayr'ın bölgesel bir altyapı Genel Müdürü olan Wolfgang Kapp'a (Kapp darbesinin örgütleyicisi) gönderdiği bir mektup açıkça ortaya koyuyor: “Geçen yılın temmuz ayından beri hareketi güçlendirmek için... arıyorum... Ben kabiliyetli insanları yetiştirdim. Örneğin bir Bay Hitler yönetici bir güç, birinci dereceden bir halk hatibi oldu.”

Aynı şekilde bu “yönetici güç” sermayenin de dikkatini çekmişti. Bavyera bölgesinde Bruckmann, Maffei, Bechstein gibi bir kaç küçük işveren Nazi partisini maddi olarak desteklemeye koyulmuşlardı. Ancak buna rağmen Hitler “hareketi”nin 20'li yılların başlangıcında hemen hemen yalnızca Münih bölgesinde yöresel bir önemi vardı; o, o zamanki Almanya'da mevcut olan sayısız gerici ve faşist birliklerin arasında biriydi. Büyük sermaye için ilkin başka gruplar önemliydi, örneğin “Anti-Bolşevik Ligi” gibi. Daha sonra bunun örgütleyicisi Eduard Stadtler 1935'te yayınlanan ha-



Nazilerin ilk yığınağı

ki altını verdim. Bu, benim Nasyonal Sosyalist partiye ilk katkımı” diyor.

Ya peki bu cömertce bağışlar ne için yapıldı? Hitler'in, Stinnes ve Thyssen'in çıkarına Weimar Cumhuriyeti'nin (4) yıkılması için darbeyi örgütlemesi gerekiyordu. Stinnes'in belirttiği gibi Bavyera bu dönemde gerçekten gericiğin merkeziydi. Eyalet Başkanı Kahr, SPD'nin de içinde yer aldığı Berlin İmparatorluk Hükümeti'nden fiili olarak ayrılmıştı, o, bunun yanı sıra Bavyera İmparatorluk Ordusu'na eyalet hükümeti üzerine ant içirmişti ve böylece onu Berlin'in Kumandanlığından almıştı. İşçi katili kaptan Ehrhardt'ın yönetimi altında bulunan kötü şöhretli birlik gibi Bavyera'da sayısızca Gönüllüler Kitabı birlikleri oluşturulmuştu ve burada Hitler de artık yeteri derecede verilen paralarla ve Kahr Hükümeti'nin desteğiyle

ları'nın büyük bir bölümünün illegal olarak Reichswehr'e bağlı bulundukları ve “Kara Reichswehr”i oluşturdukları teşhir edildi. Böylece Sachsen ve Thüringen'in tüm gerici taraflardan hedef olarak seçilmesinde ve Bavyeralı darbecilerin ilk saldırılarının da buraya yönelik olmasında şaşılacak bir şey yoktur.

Ne var ki, olaylar 1923 sonbaharında, Stinnes ve Thyssen'in, Kahr ve Hitler'in bekle-diklerinden daha da farklı bir gelişme gösterdiler. Çünkü daha onlar saldırıya geçmeden önce, Berlin Hükümeti, Sachsen ve Thüringen'e kendi birliklerini gönderdi, oradaki hükümeti görevinden aldı ve her iki eyalette SPD'li ve KPD'li işçilerden oluşan proleter mücadele birliklerini dağıttı. Bu eserini gerçekleştiren SPD, İmparatorluk Hükümeti'nden geri çekildi ve yerini diğerlerinin yanı sıra

DİPNOTLAR

- (1) Reichswehr: Alman İmparatorluğu'nun düzenli ordusu.
- (2) “Üretime katılan burjuvazi” deyimini Naziler kullanıyordu. Onlar işçi sınıfının burjuvazi ile ittifakını sağlayabilmek için burjuvazinin bir kesiminin de üretime katıldığı demagojisine başvuruyorlardı, burjuvaziyi demagojik bir tarzda asalak ve üretime katılan burjuvazi diye ikiye ayırıyorlardı.
- (3) Kasım Devrimi: Almanya'nın birinci dünya savaşında yenik düşmesinden sonra Kasım 1918'de yapılan ve Cumhuriyetin ilan edildiği devrimdir.
- (4) Weimar Cumhuriyeti: 1919'da Weimar'da Anayasa'yı hazırlamak üzere toplanan kurucu meclis tarafından ilan edildi.

Reichstag: İmparatorluk Parlamentosu.

Metal ücret turlarında

Yüzde 6,5 zam telebinin tam olarak gerçekleştirilmesi için mücadele!

İşverenler metal ücret turlarında en fazla yüzde 2 zam teklifinde bulunmak istediklerini söylüyorlar. Sonuçta en fazlasından yüzde 3'e yakın bir anlaşma yapılmasını belkide kabul edebileceklerini belirtiyorlar. Ancak işçi ve memurlar için yüzde üçlük bir ücret anlaşması tartışmaya bile değmez. Hatta bunun iki katı bile gerçek ücretlerimizi garanti altına almaya yetmez.

10 Aralık 1982'de Bonn-Bad Godesberg'te yapılan Alman İşveren Birlikleri Federasyonu (BDA)'nın üye toplantısında, işverenler başkanı Otto Esser şöyle diyordu: 1983 toplu sözleşme sonuçları "1982'ninkinin oldukça açık seçik bir şekilde altında olmalıdır." Toplu sözleşme turlarına hakim olan

te bulunacaklar"

Ve "Handelsblatt" devamla önceden şu haberi veriyor: "Her iki toplu sözleşme tarafının da inış yapma noktasını hesaplayacağı hedef alanı böylece somutlaşmaktadır. Sık sık 'yüzde üç dolayında' bir ücret değeri verilmektedir. Gerçek ücret anlaşmazlığını yüzde onda birlik

bir kapitalist olamaz.

Esser'in kendisi ve adına konuştuğu beyler büyük bir zenginliğin içerisinde yüzmekte ve lüks bir hayat sürdürmektedirler. Bu ise onu; zaten az bir gelirleri olan ve bunu ağır şartlar altında kazanan işçilerden ve hizmetlilerden gerçek ücretlerinin yeniden düşürülmesini kabullenmelerini ve kemerleri daha da sıkılmalarını talep etmekten alıkoymaz. Bu kendi refahını düşünmenin ta kendisidir.

Nitekim iş güçlerini pazarda satmak zorunda kalanları sömürerek kârlarına kâr katan işverenlerin düşüncesi bundan

Yoksa bazıları Esser beyin şunu bilmediği düşüncesinde mi: Gerçekleştirilemeyen yatırımlar hiç bir şekilde yeterli para ya da sermaye olmadığından dolayı değil, tam tersine başka yatırım alanları daha kârlı (örneğin iyi faiz getiren değerli kağıtlar, ücretlerin düşük olduğu ülkelerde yatırımlar vb.) olduğundan dolayı yapılmadı.

Yoksa acaba Esser bey, son yıllarda yapılan yatırımlarda rasyonelleştirme, yani işletmeye otomatik makinalar yerleştirme bölümün sürekli büyüdüğü, buna karşılık genişletme yatırımlarının alabildiğince düştüğünü çok berrak bir tarzda ortaya koyan istatistikleri tanımıyor mu?

Yakın geçmişte bir basın konferansına katılan IG Metall sendikası Yönetim Kurulu üyesi ve "toplulara sözleşme uzmanı" Hans Janssen tamamen haklı olarak şu açıklamada bulundu: Ücret artışlarından kaçınmanın fiyatları sabitleştireceği, işyerlerini koruyacağı, veya yenilerini yaratacağı ve daha fazla yatırımlara yol açacağı iddiası son iki yılda yaşanan gerçekler tarafından "gereğinden fazla yürütüldü." Az yatırım yapılmasına sözüm ona az kâr elde edilmesi değil, başka yatırım türlerinin kârlı olması ve özellikle ülke içinde metalara rağbetin azalmasına yol açtı.

Peki durum buysa, neden IG Metall Yönetimi sürekli, Janssen'in anlamsız olarak adlandırdığı "ücret artışlarından kaçınma" tutumunu takınıyor?

Aynı basın konferansında Janssen, aşağı yukarı geçen yıl toplu sözleşmelerde elde edilen aynı ücret anlaşmasını yapmayı yeğlediklerini açıkladı. O zaman IG Metall yüzde 4,2 ücret anlaşması yapmıştı. Ancak yüzde 4,2 bu yılda gerçek ücretlerde çok tesirli bir düşüş anlamına gelir. Bunu inkâr eden birisi sendika tabanını avutmak istiyordur.

IG Metall Yönetimi'nin tabandaki tüm protestolara rağmen ileri sürdüğü yüzde 6,5 zam talebi, tam olarak gerçekleştirilmesinde bile gerçek ücretleri tam olarak garantilemeye yetmiyor. Bunun için bu talebin bile tam olarak gerçekleştirilmesini mümkün kılmanın önemi daha da artıyor ve bunun için tüm güç seferber edilmelidir.

Şimdi IG Metall'in hedefi yüzde 6,5 zam talebini tam olarak gerçekleştirmek olmalıdır! Kuşkusuz ki bugünkü şartlar altında bu hedefe yalnızca gerçek bir greve ulaşılabilir. Fakat bu uğurda savaş vermek, zahmete değer.

(Kampf für 6,5 Prozent ohne Abstriche!)

başka bir şey olabilir miydi?

Esser ve tayfası yalnızca kendi refahlarını düşünmekle de yetinmiyorlar. Onlar, bundan öte, herkesçe malum yalancı ve dolandırıcılar. Nitekim onlar kendileri bile, "yeniden yatırım yapılabilmesi ve ekonominin canlandırılabilmesi için" işçilerin ücretlerinden vaz geçmelerinin gerekli olduğunu gerçekten inanmamaktalar.

Patronlar ve sendika ağaları kendi aralarında buluştular

Aşağıda "Stern" dergisinin 9.12.1982 tarihli sayısında çıkan IG Metall Kuzey Ren Vestfalye Örgütü baş temsilcileriyle demir çelik işveren birliği temsilcilerinin randevusu üzerine bir yazısını aynen yayınlıyoruz. Bu buluşma acaba gündemde olan ücret turları için mi düşünülmüştü?

"Buluşma oldukça gizliydi. 8 bay tek tek ve karanlıkta geldiler. Essen-Kettwig'deki 'Schloss Hugenpoet' tarihi restoranının kırmızı salonunda onlar lokanta sahibinden kendilerine büyük menü önerilmesini istediler: ... Değerli tura katılanlar... Sanayi İşçileri Sendikası Metall'in Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Örgütü'nün dört yöneticisi, başkanı Mannesmann Yönetim Kurulu üyesi Dr. Franz Josef Weisweiler'in çektiği demir ve çelik sanayisi İşverenler Birliği yürütme kurulu. Sohbetten sonra İşverenler Birliği Baş Sekreteri Dr.

Lampnenau, Amerika'ya özel seyahatları, evin bahçesindeki çiçekler ve ailevi yaşantıları üzerine sohbet ettiklerini söyledi. Köln'deki IG Metall şefi Karl Heinz Brauer 'oldukça uygun atmosferde' yalnızca hangi sorunlar üzerine konuşmadıklarını açıkladı: 'önemli olan hiç bir şey üzerine'. Brauer, özellikle gelecekteki toplu sözleşme turları üzerine bir tek kelimenin dahi konuşulmadığına dair şu sözünü söyledi: 'Hayır, hayır, inanın ki bir tek kelimeyle dahi bahsedilmedi!' (Bosse und Bonzen im trauten Kreis)



Dünya Haberleri

Türkiye'de "demokratikleşme":

15800 kişiye karşı dava, 3000 idam cezası talebi

Faşist cuntanın her türlü muhafefeti tasfiye etme girişimleri yeni yılda da tüm hızıyla sürüyor. Aynı şekilde yeni yılda da faşist cuntanın "terörist muhafefet" diye adlandırdığı devrimciler, sendikacılara karşı yoğun saldırlar gündemde.

Batılı politikacıların sık sık övdükleri "demokratikleşme sürecinde" görevlerini sürdüren askeri mahkemeler yeni yılın başlangıcında 15800 sanığa karşı dava dosyalarını hazırladı ve bunların 3000'i hakkında idam isteniyor.

Faşist cuntanın "bağımsız" yargıçları Diyarbakır'da, Fatsa'da, İstanbul'da ve Türkiye'nin diğer şehirlerinde başlayan davalarda sanıkların bir çoğu hakkında ağır hapis cezaları ve idam talep ediliyor.

Örneğin İzmir Tarihî işgalini "yapmakla" suçlanan 167 işçi ve sendikacının davasında Kenan Evren cuntasının mahkemeleri alınan ilk kararları açıkladılar. Bu davada yargılanan 19 sanık hakkında 4 ile 15 yıl arasında

değişen ağır hapis cezaları verildi.

Askeri mahkemelerin salonlarında duyulan korkunç haberlerin yanı sıra sık sık tutukluların işkence gördükleri, düzenleme ifadelerin işkence altında alındığı üzerine haberler de giderek her tarafa yayılıyor. Örneğin eski milletvekili ve "Barış Derneği" üyesi Mustafa Gazelci, mahkeme önünde Ankara Askeri Cezaevinde bir çok işkence kurbanlarını gördüğünü, özellikle gençlerin Askeri Cezaevinde işkencede kollarının ve ayaklarının kırıldığını söyledi.

Aynı şekilde İstanbul TDKP davasında yargılanan Metris Cezaevindeki devrimciler de mahkeme heyeti önünde işkence gördüklerini ve ifadelerinin işkence altında alındığını söylediler.

Bu davada yargılanan devrimcilerin 32'si hakkında idam, 197'si hakkında ise 1 ile 15 yıl arasında değişen hapis cezaları isteniyor.

Federal Almanya'nın yardımıyla cuntanın teçhizatlandırılması sürüyor

Batılı emperyalist ülkelerin faşist cuntaya desteği Ankara'ya yapılan silah satışında da görülmektedir. Batı emperyalist ülkelerin yardımıyla Türkiye NATO'nun güçlü bir kalesi, Batılı emperyalistlerin Orta Doğu'ya saldırıları için bir üss yapılmak isteniyor.

Hamburg Blohm und Voss AG'nin bir sözcüsünün açıkladığına göre, Türk Deniz

Kuvvetleri'ne dört savaş gemisi verilecek. Geçen yılın aralık ayında faşist cuntayla bu yönde bir anlaşma yapıldı. Silah üreticileri bu dört savaş gemisinin tutarının ne olduğunu ve bunun nasıl finanse edileceğini açıklamadılar. Faşist cuntanın siparişinde Blom und Voss AG'nin yanı sıra, Howaltswerke-Deutsche Werft AG ve Thyssen-Rheinstahl-Technik GmbH'da yer alıyor.

El Salvador'da güç denemesi

SAN SALVADOR. — Aşırı bir gerici ve katil ölüm komandolarının sorumluğu olarak tanımlanan albay Sigfredo Ochoa Perez, Savunma Bakanlığı'ndan alınarak Salvador'un Uruguay Büyük Elçiliği'ne gönderilmek isteniyordu. Buna karşı çıkan Ochoa, bazı yüksek rütbeli askeri yöneticilerin de izniyle çeşitli birliklerin güçlü desteğini alarak Canabaz şehrinde isyan etti. Ülkenin gerici ordusu içinde yapılan bu güç denemesinden sonra hükümetle Ochoa arasında görüşmeler yapıldı ve onun görevinde kalması kararlaştırıldı. Ayaklanmayı örgütlemesinin onun için hiç bir etkisi olmayacak.

Gerici burjuva orduları için oldukça tipik olan bu neticeyi, Ulusal Kurtuluş Cephesi

FMLN'li devrimci savaşçıların geristikleri büyük saldırı hareketinin etkisi altında değerlendirmek gerekir. Gerici ordu, içinde olan büyük çelişkilere rağmen, kurtuluş örgütünden duyduğu korkudan dolayı gene de birliğini korumaya çalışıyor.

Geçen hafta başında Ulusal Kurtuluş Cephesi birlikleri gerici güçlere karşı yeniden yoğun bir saldırı başlattı. Bu saldırı sonucunda Kuzey'deki bir şehirde gerici güçlerin bazı mevzilerini ele geçirdiler.

Öte yanda El Salvador gerici ordusu askerleri bir içki aleminde sonra 10 Ocak'ta San Cayetano Istepengue'de toplu halde bulunan sivillerin üzerine el bombası attı, 9 insanı katletti ve 14'ünü ise yaraladılar.

ABD VW tesislerinde bir işçi sözcüsü intihar etti

PİTTSBURG. — VW'nin ABD'deki tesislerinde çalışan siyah derili işçilerin bir sözcüsü intihar etti. VW'de çalışan siyah derili işçiler, VW tekelini siyah terili işçilere ayrıcalık bir tutum takındığından dolayı mahkemeye vermekle dikkatleri üzerlerine toplamışlardır.

Davacıların sözcülüğünü yapan 32 yaşındaki William Brock'tu. Brock, intihar etme-

den önce yazdığı mektubunda VW tekel yönetimini ağır bir dille suçlamaktadır. O, VW yöneticilerinin, kendisini diğer siyah derili işçilerin davadan vaz geçmelerini sağlaması için tehdit ettiklerini yazmaktadır.

İşçiler tekelde 70 milyon tazminat talep etmişler. Çünkü tekel yönetimi onlara, kendileri ile aynı işi yapan beyaz işçilerden daha az ücret ödemişti.



Bugünkü şartlar altında yüzde 6,5 zam talebini tam olarak gerçekleştirmek ancak kararlı ve gerçek bir mücadeleyle mümkündür.

hedef tasavvuru enflasyonun denkleştirilmesi değil, "işletmelerin ürün ve yatırım gücünün kuvvetlendirilmesi olmalıdır."

Kapitalist ekonomi gazetesi, "Handelsblatt" ise 13 Ocak tarihli sayısında şunu yazıyordu: Metal işverenleri "tahminen basamak basamak artırılacak ve virgülden önde yüzde 2 ile sonuçlanması gereken bir teklif-

puan oluşturacaktır ki, bu da en fazlasından yeni bir hareketliliği haklı kılar, ama hiç bir şekilde bir iş mücadelesini değil."

"İşletmelerin ürün gücünün kuvvetlendirilmesi"—Otto Esser'in ve tayfasının bu tür bir hedef gütmelerinde şaşılacak bir şey yoktur. Çünkü bir kapitalist daima yüksek kârları elde etme "hedefini" gütmese, o zaman

İşçilerin çıkarları doğrultusunda bir ücret politikası mı?

Geçen yılın 10 Aralık tarihinde Bonn-Bad Godesberg'te yapılan Alman İşveren Birlikleri Federasyonu'nun (BDA) üye toplantısında Federal Ekonomi Bakanı FDP'li Otto Graf Lambsdorff da bir konuşma yaptı. Bu konuşma gerek vurgulanışı gerekse de içeriği açısından sendikacılara karşı bir saldırganlığı ifade ediyordu.

Lambsdorff, konuşmasında zenginlerin lehine acımasızca bir dağıtım, sosyal hakları acımasızca kökünden biçme politikasını savundu.

Fakat ekonomi kontu (bakan gerçekten bir kont) aynı zamanda sendika yönetimi için de bir kaç sıcak söz söyledi: O, sendikaların şu anki ücret politikasının yönü, üzerindeki memnuniyetini dile getirdi. Bakan, "bilinçli olarak" şu anki ücret turlarının gidişatı üzerine ihtiyatlı

davranmak istediğini", çünkü "toplulara sözleşmede yer alan taraflar şu an hangi ücret artışının çalıştırma, brans ve işletme politikası açısından henüz kabul edilebilir olduğunun farkındalar" diyor. O, bu olumlu umudunu "sendikaların da yer aldığı Federal Başbakanla ve diğer buluşmalarda dört duvar arasında sürdürülen görüşmelerde edindiği izlenimlerine" bağlıyor.

Demek ki, dört duvar arasında bazı DGB Yöneticileri Lambsdorff gibi "ortakları"yla, dışarda yaptıkları resmi açıklamalardan tahmin edilenden daha iyi anlaşılıyorlar. Her neyse, Graf Lambsdorff'un hem fikir olduğu bir ücret politikası, işçilerin çıkarlarından yola çıkan bir politika değildir. (Lohnpolitik im Sinne der Arbeiterinteressen?)